



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 94

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 94

vom 16.12.2015

del 16/12/2015

Präsident
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann
Dr. Roberto Bizzo

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 94

vom 16.12.2015

Inhaltsverzeichnis

*Landesgesetzentwurf Nr. 61/15: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Stabilitätsgesetz 2016",
Landesgesetzentwurf Nr. 62/15: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für die Finanzjahre 2016, 2017 und 2018 (Stabilitätsgesetz 2016)" und*

*Landesgesetzentwurf Nr. 63/15: "Haushaltsvorschlag der Autonomen Provinz Bozen für die Finanzjahre 2016, 2017 und 2018" (Fortsetzung) . . .
.....Seite 1*

Tagesordnung Nr. 1 vom 15.12.2015, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend betriebliche GesundheitsförderungSeite 43

Tagesordnung Nr. 2 vom 15.12.2015, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend Teil-Krankenstand Seite 46

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 94

del 16/12/2015

Indice

Disegno di legge provinciale n. 61/15: "Disposizioni collegate alla legge di stabilità 2016",

Disegno di legge provinciale n. 62/15: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per gli esercizi 2016, 2017 e 2018 (legge di stabilità 2016)" e

*Disegno di legge provinciale n. 63/15: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per gli esercizi 2016, 2017 e 2018" (continuazione)
..... pag. 1*

Ordine del giorno n. 1 del 15/12/2015 , presentato dal consigliere Köllensperger, concernente promozione della salute a livello aziendale pag. 43

Ordine del giorno n. 2 del 15/12/2015, presentato dal consigliere Köllensperger, concernente congedo parziale per malattia pag. 46

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann

Ore 10.03 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung hat sich die Abgeordnete Artioli entschuldigt.

Punkt 278 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 61/15: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Stabilitätsgesetz 2016"*,

Punkt 279 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 62/15: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für die Finanzjahre 2016, 2017 und 2018 (Stabilitätsgesetz 2016)"* und

Punkt 280 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 63/15: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für die Finanzjahre 2016, 2017 und 2018"*. (Fortsetzung)

Punto 278) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 61/15: "Disposizioni collegate alla legge di stabilità 2016"*,

punto 279) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 62/15: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per gli esercizi 2016, 2017 e 2018 (legge di stabilità 2016)"* e

punto 280) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 63/15: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per gli esercizi 2016, 2017 e 2018"*. (continuazione)

Ich erinnere daran, dass sich am Ende der gestrigen Sitzung der Abgeordnete Köllensperger für eine Wortmeldung vorgemerkt hat. Bitte, Sie haben das Wort.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Herr Präsident, auch zum Fortgang der Arbeiten! Die Anwesenheit des Landeshauptmannes wäre natürlich wichtig. Wenn er hier ist, dann passt das! Danke schön für das Verständnis!

Ich werde mich relativ kurz fassen. Der Haushalt selbst umfasst ja schon viele haushaltsfremde Artikel. Also werde ich versuchen, hier keine haushaltsfremde Rede zu halten. Eines sei aber angesprochen. Gestern wurde von den meisten meiner Vorredner die zentralistische Reform der Regierung Renzi, die Renzi-Boschi-Reform und das Referendum, das auf diese Reform wahrscheinlich folgen wird, kurz thematisiert. Die Fünf-Sterne-Bewegung wird natürlich nicht nur hier, sondern in ganz Italien alles, was in ihrer Macht steht, tun, um eine Kampagne für das Nein bei diesem Referendum gegen die Reform zu stützen. Ich schließe mich hier meinen Vorrednern an und setze voraus, dass auch die SVP hier in Südtirol eine Kampagne für das Nein zu dieser zentralistischen Reform machen wird. Wenn man noch die Verhandlungen in Rom und den Kuhhandel mit der Schutzklausel irgendwie nachvollziehen könnte, dann wäre doch alles andere als ein klares Nein zu dieser Reform den Südtiroler Bürgern gegenüber bei einem Referendum praktisch ein Verrat, weil wir genau wissen, dass sich diese zentralistische Reform - Schutzklausel hin oder her - für Südtirols Zukunft rein negativ auswirken würde. Da, glaube ich, besteht auch ein großer politischer Konsens. Ansonsten kann sich die SVP ja gleich einen Olivenzweig statt dem Edelweiß als Logo anbringen, wenn nicht eine klare entschiedene Position gegen diese Reform zumindest den Bürgern gegenüber auch medial vertreten wird.

Zurück zu unserem Haushalt! Ich hatte letztes Jahr beim Haushalt 2014 anfänglich auch zusammen mit Kollegen Heiss und anderen Kollegen kritisiert, dass unzureichende Mittel vor allem für das Sozial- und Gesundheitswesen sowie für den Bereich Familie zur Verfügung gestellt wurden. Wie vom Landeshauptmann damals

versprochen, wurde dieses Versprechen mit dem Nachtragshaushalt nachgeholt. Der heurige Haushalt 2015/2016 für die nächsten drei Jahre geht mehr oder weniger vom Stand des Nachtragshaushaltes des letzten Jahres aus und es scheint, dass der Bedarf heuer schon für diese drei Sektoren ohne einen Nachtragshaushalt im Grunde genommen gesichert wird. Eine Forderung in meiner Rede des letzten Jahres - damit hat uns mittlerweile das 118er Dekret des Staates beglückt - war nämlich, dass wir endlich einen konsolidierten Haushalt machen, in dem uns auch die Landesgesellschaften und die Beteiligungen des Landes aufscheinen. Außerdem sollte es einen stark verkürzten und synthetischen Haushalt sowie eine Rechnungslegung geben, welche auch für den normalen Bürger verständlich und lesbar erscheint. Das wird es jetzt geben und soll praktisch ungewollt oder gewollt nachgereicht werden. Deswegen ist diese Kritik in einem gewissen Sinne heuer obsolet.

Zu begrüßen ist die Tendenz, die auch heuer weitergeschrieben wird, nämlich Steuerentlastungen anstatt des Modells, hohe Steuern und danach Subventionen zu verteilen. Dies kann man natürlich im Geiste absolut teilen, so wie auch durchaus positive Aspekte da sind, sprich die Erweiterung der No-Tax-Area, der IRPEF bei einem weiterhin niedrigen Steuersatz von 1,23, die Anhebung des Freibetrages auf 28.000 Euro, die weiterhin tiefe IRAP bei nur 2,68 Prozent und insgesamt die Entlastungen um circa 300 Millionen Euro. Diese sind ja wichtig, weil die Südtiroler Wirtschaft unter dem hohen italienischen Steuerdruck stark zu leiden hat. Was aber bedacht werden muss, ist, dass der Haushalt, der zwar etwas gestiegen und im Grunde genommen stabil ist, auch für die nächsten Jahre so sein wird, da wir gleichzeitig mit einer starken Zunahme beim Bedarf von unten herauf zu rechnen haben. Diesen stellen wir jetzt schon fest und damit werden wir in Zukunft noch stärker rechnen müssen. Ich denke an das soziale Mindesteinkommen, die Sozialhilfe und an das Gesundheitswesen. Es gibt mittlerweile ein Heer von Alleinerziehern, Arbeitslosen und Mindestrentnern, die an der Armutsschwelle stehen oder diese teilweise bereits überschritten haben. Der Haushalt ist also auch ein Mittel, ein Weg zur Umverteilung der Mittel, ein Weg, um soziale Gerechtigkeit zu garantieren und gegen die Verarmung gewisser Bevölkerungsschichten vorzugehen. Sozialpolitik so quasi als ein Nebenprodukt einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik einzustufen, Herr Landeshauptmann, ist doch bedenklich. Wenn man diesen Gedanken weiter trägt, wird das wahrscheinlich dazu führen, dass die Schere zwischen arm und reich in Südtirol in Zukunft weiter auseinanderklaffen wird.

Die Lebensqualität der Südtiroler Bürger insgesamt zu verbessern, ist das wahre Ziel der Verwendung der öffentlichen Mittel im Haushalt. Die Wirtschaft ist sicher ein Mittel zum Zweck dazu. Zur Lebensqualität gehören aber auch eine intakte Umwelt und soziale Gerechtigkeit. Wir wissen leider - mittlerweile ist es so -, dass Arbeit nicht vor Armut schützt und dass die Pensionen gerade in einem teuren Land mit so hohen Lebenskosten wie in Südtirol für die meisten schon lange nicht mehr für einen richtig sonnigen Lebensabend reichen. Was durchaus stimmt, ist, dass eine dynamische und gesunde Wirtschaft zu einem soliden Haushalt beiträgt. Ab diesem Moment aber ist die Verteilungsgerechtigkeit der Haushaltsgelder der entscheidende Faktor, denn damit Konsumenten und Familien genug Geld in der Tasche haben, um sich in einem Land wie Südtirol, das immerhin einen 5,4 Milliarden Euro Haushalt hat, einen angemessenen Lebensstil leisten zu können, was sich ja wieder positiv auf die Gesamtwirtschaft auswirkt, muss dieses Geld zirkulieren und der Konsum steigen. Was ist das für ein Land, wo wir jetzt sehen, dass sich Altersheime teilweise nicht einmal mehr in der Nacht einen Pfleger für jedes Stockwerk leisten können, wo alle Eltern arbeiten müssen und zu wenig Zeit für die Erziehung ihrer Kinder haben? Also gibt es hier doch noch einiges Potential nach oben. Und überhaupt nach Ihrer Haushaltsrede, Herr Landeshauptmann, fragt man sich, was eigentlich Ihre Vision für Südtirol ist, über die Dauer einer Legislaturperiode und über die Dauer eines Haushaltes hinaus. Aus Ihrer Haushaltsrede wird mir das zumindest nicht besonders klar. Sie schreiben in dieser Rede Ihre Erfolge fest: das Finanzabkommen, die Heimholung der Energie, die - vor allem das Zweite - durchaus einen Applaus verdient, das muss man auch anerkennen. Aber als Zutaten einer erfolgreichen Zukunft für unser Land steht eigentlich nur etwas von einem funktionierenden Flughafen. Und das scheint mir als Zutat etwas wenig, wie ich meine. Als Politiker, gerade als Regierungschef, sollte man eben über die eigene Wirkungszeit hinaus denken und heute schon gerade auch beim Haushalt die Weichen stellen, damit der Einsatz der öffentlichen Ressourcen die Grundlage für die zukünftige Entwicklung des Landes legt. Nächstes Jahr werden wir mit dem Zero-Base-Budgeting die Probe aufs Exemple sehen.

Bisher schreiben wir ja mehr oder weniger die historischen Haushalte weiter mit prozentuellen Veränderungen plus und minus. Nächstes Jahr beim Zero-Base-Budgeting wird dieser Beweis erbracht werden müssen und dann geht es wirklich darum, die Zukunft zu gestalten. Eines aber, ganz unabhängig davon, welche Vision, welche Aussichten wir für unser Land in Zukunft haben, sollte uns klar sein: Wenn die Politik das Vertrauen der Bürger nicht zurückgewinnen kann, dann werden wir die schon in naher Zukunft nötigen Eingriffe, die zu einem guten Teil auch nicht populär sein werden, kaum umsetzen können. Das gilt für die gesamte Politik, weil uns allen hier der soziale Konsens dazu fehlen wird.

Kritik sei angebracht, nicht einmal so sehr an den Inhalten des Haushaltsgesetzes, sondern an der Art, wie der Landtag, der ja der Souverän sein sollte, hier behandelt worden ist, die Zeiten, die Fristen, die man hatte, um sich mit diesem wichtigen Gesetz auseinanderzusetzen, die Anlagen, die Anzahl der Änderungsanträge und die Anzahl der blinden Passagiere, die sich unter diesen befanden, deuten nicht auf eine Aufwertung des Landtages hin. Dieser kann nicht im Ankauf von iPad's oder in einer besseren Zugangskontrolle bestehen, dieser muss über eine Stärkung der Rolle des Landtages als Legislative erfolgen. Eine gute Demokratie braucht eine gute Legislative und eine gute Legislative braucht eine gute Opposition. Ich bin zwar erst seit zwei Jahren hier, aber ich habe oft den Eindruck, dass wir hier in einem legislativen Organ sitzen, das kaum oder gar nicht Gesetze produziert oder gar nicht kann, das eher dazu dient, jene der Exekutive abzusegnen. Die Rolle der Gesetzgebungsausschüsse und des Landtages insgesamt wäre hier doch eindeutig zu stärken und auf dies sollten wir bei der Aufwertung des Landtages wirklich pochen. Es geht auch noch in dieser Tonart weiter. Es ist wohl kaum akzeptabel, wenn Gesetzgebungsausschüsse um 9.00 Uhr in der Früh einberufen werden, um in einer Stunde schnell ein, zwei Gesetzentwürfe, vor allem, wenn sie von der Opposition kommen, abzuschließen. Das sieht eher aus wie eine Truman Show der Demokratie als eine ehrliche Stärkung des legislativen Souveräns.

Auch die Verabschiedung der Finanzordnung der Gemeinden von vor zwei Tagen war eigentlich eher ein Trauerspiel. Die Tatsache, dass es keine Gegenstimmen gab, sollte von der Regierung nicht als Erfolg gewertet werden, sondern eher als ein Beweis der Schwächung des Landtages in seiner Rolle als Legislative. In diesem Sinne besteht eine gewisse Hoffnung auf das nächste Jahr. Nächstes Jahr soll mit dem Zero-Base-Budgeting ernst gemacht werden. Der Performance-Plan soll eine Grundlage werden. Das heißt, man wird endlich einmal einen Haushalt schreiben, der vorwärts schaut und sich nicht mehr auf historische Daten beruft. Die Leistungsdaten sind zu erheben und anhand dieser Leistungsdaten sollen in Zukunft auch die Ressourcen wieder umverteilt werden. Das heißt jetzt, effektiv Zukunft gestalten und nicht mehr Vergangenheit weiter schreiben. Ich fordere die Landesregierung und im Besonderen den Landeshauptmann auf, bei dieser Zukunftsgestaltung den Landtag im nächsten Jahr auf eine angemessene Weise einzubinden, und nicht wie das heuer erfolgt ist. Danke!

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Der Kollege Schiefer hat gestern mit dem Blauburgunder aufgehört. Ich glaube, wir können heute das Damenprogramm eröffnen und deshalb holen wir vielleicht den Goldmuskateller hervor. Es kommt das Damenprogramm und damit folgen auch die höheren Töne.

Es ist dies der dritte Haushalt, der von dieser Landesregierung vorgelegt wird, für uns das zweite Mal Gelegenheit, ein Feedback über die geleistete Arbeit zu geben. Das erste Lebensjahr dieser Legislatur, dieser Regierung war wie die Zeit nach der Geburt gewesen. Das neue Kind wurde allgemein bestaunt und begutachtet. Man suchte nach Ähnlichkeiten mit dem Alten, man versuchte den eigenständigen Charakter des Kindes zu erahnen. Es brauchte und erhielt viel Aufmerksamkeit. Die würde ich auch gerne haben, Herr Landeshauptmann!

Wir alle hatten unseren Blick auf das Mantra der Erneuerung gerichtet, das den Wahlkampf beherrscht hatte und an dem sich die Landesregierung seitdem messen musste und muss. Wir wiesen immer wieder darauf hin, wenn die Kontinuitäten mit dem Alten allzu eklatant waren. Selten haben wir indes eine Replik erhalten. Es war ein wenig so, als ob sich die Landesregierung lieber der politischen Auseinandersetzung entziehen wollte, im Sinne des "Lasciateci lavorare" (di berlusconiana memoria).

Was vordergründig wie Sachpolitik aussieht, ist dabei oft mehr oder weniger gut kaschierte Besserwissererei. Manchmal wohlthuend rational und unideologisch, oft unerträglich streberhaft und langweilig. Verweilen wir einen Augenblick: Denn es ist natürlich löblich, wenn die Regierung gut informiert und fundiert argumentiert. Zugleich ist Politik auch mehr als nur besser informiert sein und manches Mal war der erhobene Zeigefinger nicht nur Warner oder Belehrer, sondern auch Schockgefrierer von Visionen. Und doch müssen genau Visionsdiskurse im Landtag Platz haben. Politik ist weder ein Intelligenztest noch ein Quizspiel mit Hauptgewinn, sondern immer auch ein Wettstreit der Ideen und das Aushandeln von, warum nicht, kreativen Lösungen. Davon findet hier sehr, sehr wenig statt.

Am Übergang zum zweiten Lebensjahr dominieren in der frühkindlichen Entwicklung die Themen der Trennung und folglich der Sicherheit (so gesehen hat der Sicherheitsdiskurs von der vorjährigen Haushaltsrede des Landeshauptmanns eine fast schon freud'sche Bedeutung!). Und es geht um Disziplin. Vielleicht können wir auch von daher die eiserne Vorbereitungsarbeit erklären. Im zweiten Lebensjahr hat das Kind nun das Gehenlernen hinter sich. Die zentrale Bedeutung des zweiten Jahres liegt in der Entdeckung der Grenzen und der Eroberung des Neuen. Treppensteigen, Laufen, Springen gehören zu den Bildern des zweiten Jahres. Dazu gehört allerdings auch das Hinfallen, das Fehler machen dürfen. Die Natur kennt das Trial-and-Error Prinzip nur zu gut, es ist eines

der wichtigsten Prinzipien der Erneuerung. Als PolitikerInnen dürfen wir jedoch keine Fehler machen. Somit ergibt sich ein schwieriges Spannungsfeld. Wir müssen erneuern, ohne Fehler zu machen, eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit.

Ich bin daher überzeugt, dass der echte Mut nur darin besteht, Fehlerpotenziale im eigenen Handeln zuzulassen und auszuhalten. Dass sich daraus ein Minenfeld ergibt, dessen Durchschreiten gefährlich und schmerzhaft ist, weiß nicht nur mancher neue Bürgermeister, sondern jeder und jede, die einmal unverstanden und belächelt eine neue Idee lanciert hat. Von der Landesregierung würde ich mir hier immer wieder einmal genau diesen Mut erwarten. Meistens aber erleben wir, dass der Unfehlbarkeitsanspruch an sich selber die Grenzen enger stecken lässt als möglich wäre.

Beispiele dafür, dass das Treppensteigen im heurigen Jahr noch nicht so mutig riskiert wurde, gibt es zuhauf: Die vielen "technischen" Gesetze, die oft prämissen- und richtungslos aufgestellt wurden; die laue Haltung in der Flüchtlingsfrage, die uns nach einer Aussage des Typs: "Des derpock mer" dürsten ließen. Ich habe mir auch jetzt noch einmal kurz das Papier der SVP durchgesehen, in dem ich ein wirklich auch armseliges Verschieben des Problems an die Außengrenzen der EU nachgelesen habe und in dem ich die Frage und eine humane Antwort auf die Frage, wem eigentlich Europa gehört, nicht gefunden habe, sondern nur das Abschieben an die Grenzen und der Ruf nach der stärkeren Bewachung dieser Grenzen. Weitere Beispiele sind: Die vertane Chance im Kulturgesetz, endlich die Kulturen wirklich zusammenzuführen; das x-mal nachgebesserte Personalgesetz (di Schalleriana memoria diesmal), das eine echte Neuausrichtung entweder nicht beinhaltete oder gut verbarg - währenddessen die Landesangestellten weiterhin um eine würdige Anpassung ihrer Gehälter an die aktuelle Kostensituation ringen müssen; das Mediengesetz, das schon alt wirkte, noch bevor es fertig geschrieben war, und das Flughafenkonzept, das genau jene Landebahnverlängerung beinhaltet, von der Vater Durnwalder immer geträumt hatte, die aber genau unter ihm irgendwann tabu geworden war. Herr Schiefer, Kollege des Unterlandes, ich möchte dich rügen für deine wirklich lauwarmer Haltung, mit der du in die Flughafendebatte gehen willst. Ich erwarte mir, dass du das Unterland mit seinen ganzen Belastungen eindeutig und stark vertrittst. Wenn der Landeshauptmann seine ganze Länge auf die Waagschale werfen wird, dann wirst du das sicher auch tun dürfen. Das Gewicht wollte ich nicht nennen, da die Länge eindeutig und ausdrucksstärker ist.

Eine Sternstunde - in der Haushaltsrede wurde von den Sternstunden geredet und ich würde jetzt mit dem Lob kommen - und ein seltenes (zu seltenes) Zugeständnis an die Symbolpolitik war die Würdigung der Widerstandskämpfer auf Schloss Tirol, ein Signal, auf das viele im Land schon lange gewartet hatten. Wenn auch auf einer anderen Ebene war auch die entrüstete Würdigung der so genannten Rabenmütter seitens der Landesrätin Deeg in diesem Landtag zwar nicht eine Sternstunde, aber doch ein lang erwartetes Lebenszeichen der Südtiroler Sozialdemokratie. Andernorts überwog leider das Schweigen und Wegschauen, wo es eine Prise an sozialer Modernität gebraucht hätte. Ich denke an die leidvollen Debatten im Regionalrat zum Thema Frauenpräsenz in der Politik oder an so manche verschrobene Diskussion zu Leitkultur und Abwandlung, (Konzepte, die in diesem Saal all zu oft mit Normalität und Devianz verwechselt werden) und wo, ich sage es noch einmal, die progressive Stimme total gefehlt hat. *Lo ridico in italiano, non a caso: è mancata, in questo consiglio in questo anno, completamente la voce dei progressisti, della socialdemocrazia, del centrosinistra. Avremmo bisogno di questa voce, colleghi del PD. Non solo il vostro elettorato ne avrebbe bisogno, la società sudtirolese ne avrebbe bisogno, e anche il nostro dibattito politico, spesso così macchiettistico e superficiale e a volte ai confini con la reazionalità. Dovreste avere qualcosa da dire, e dirlo.*

Neues Erobern - das betrifft die Inhalte, aber noch mehr die Prozesse und deren Gestaltung. Ganz viel scheint die Öffentlichkeit davon nicht erreicht zu haben, ablesbar auch daran, dass die neue Kurzzeitfrisur des Landeshauptmannes, der Kater Chiko und natürlich die Sommerhitze medial weit größeres Gewicht hatten als etwa die Auseinandersetzung darüber, wie wir die Südtiroler Demokratie revitalisieren, die Intelligenz der BürgerInnen nutzen und das Vertrauen in die Politik wieder herstellen können.

Hierzu hat es wohl einige Versuche gegeben, etwa von Landesrat Achammer, etwa beim Bildungs- und Kulturgesetz. Der Landesrat hat sich hier gerade durch die Neugestaltung der Gesetzeschreibung ein Ansehen erarbeitet, das ihm vorher von vielen nicht zugetraut wurde. Dass das Prozedere innerhalb inhaltlich vorab eng gesteckter Grenzen ablief, brachte leider auch eine innere ideelle Zensur, wenn nicht Kastration, mit sich.

Das meiste Neue kam nicht von oben, sondern von weiter unten. Etwa als sich, entgegen aller Widerstände, der Häme und Verhinderungsversuche, Abgeordnete mehrerer Fraktionen aufmachten, um ein Gesetz für die direkte Demokratie vielhändig und im Austausch mit Bevölkerung und Interessensgruppen zu schreiben. Und ich möchte hier drinnen noch einmal darauf hinweisen, dass wir uns für die 20.000 Euro, die uns dieser Prozess in der ersten Phase gekostet hat, x-mal rechtfertigen mussten, während das in etwa der Preis für die provisorische

Wasserpumpe fürs Aquarium im Naturmuseum war, um nur einen Vergleich zu machen. Und dass auch der zweite Teil des Prozesses wieder zum Spießrutenlauf zu werden droht.

Neues kam noch mal von weiter unten, als sich zum Beispiel Teile der Mehrheit aufrappelten und selber begannen, Anfragen und Gesetze zu schreiben. Dafür brauchen wir sie nun nicht mehr zu loben, für das Verrichten von normaler parlamentarischer Tätigkeit haben sie reichlich Lorbeeren geerntet.

Oder als die Menschen mit besonderen Bedürfnissen hier im Landtag uns dazu gebracht haben, weniger und langsamer zu sprechen.

Als die Frauen des Landtags gemeinsam eine Anhörung zum Thema Geburt forderten.

Als die Volksanwältin hier im Saal unverblümt der Landesregierung des Spiegel vorgehalten hat.

Als die Jugendlichen beim Kinderlandtag klar wie niemand sonst vom Recht auf Natur, Umweltschutz und gesunden Lebensraum gesprochen haben. Was für eine Frische und Radikalität, vor allem wenn man an die aufgewärmte Pressemitteilung zum Klimaschutz denkt, die die Landesregierung vorgestern am Ende der Klimakonferenz in Paris aus reinem Pflichtgefühl verschickt hat.

Dabei findet sich noch nicht mal der Footprintrechner auf den Seiten des Bürgernetzes - Landesrat Theiner, ich habe noch einmal nachgeschaut -, geschweige denn ein konkreter Plan, wie wir die Klimaziele umsetzen wollen. Er fehlt übrigens auch in der Haushaltsrede des Landeshauptmannes, ebenso wie jeder andere Bezug auf die Umwelt jenseits des Triumphgetöses zum Energiekoloss - der genau das Umgekehrte von dem ist, was der Bevölkerung im Wahlkampf versprochen wurde - oder der unterstützenswerten Bahnanbindung an die Schweiz und an Cortina. Sie wird unser Land endlich der Unerreichbarkeit entreißen, zusammen mit dem Airport Bozen natürlich. Wie der ins Klimaziel von vier Tonnen CO₂ im Jahr 2020 passt und wie man das mit der Alpenkonvention in Einklang bringen will, bleibt auch in dieser Haushaltsrede ungesagt. Ebenso, warum man nicht auch die Landeshauptstadt erreichbarer machen will, nicht von China oder St. Petersburg aus, sondern von Kaltern oder Eppan.

Umwelt, Natur, Landschaft, Klima, das waren leider in diesem zweiten Jahr keine Protagonisten der Südtiroler Politik.

Einzig über das Gesetz zu den kleinen und mittleren Wasserkraftkonzessionen ist das Energiethema in den Landtag vorgedrungen. Wenn nicht wir als Abgeordnete mit Beschlussanträgen und Anfragen zu den Umweltagenden ausgeholfen hätten, hätten diese praktisch keine Stimme bzw. keinen Diskurs hier im Landtag gehabt. Das neue Raumordnungsgesetz mag auf dem Weg sein. Aber über nachhaltige Abfallbewirtschaftung, über die Zukunft der Autobahn und die Stickoxidproblematik, über die ökologische Konversion von Tourismus und Landwirtschaft, über umweltfreundliche Mobilität jenseits der nun wirklich sehr bescheidenen "Green Mobility", darüber werden wir uns doch irgendwann unterhalten müssen?

Key-word der Haushaltsrede war "Vernetzung". Jenseits der Imagekampagnen, die das an den Bushaltestellen, gleichsam als Mahnung an sich selbst, schon vorausbeschworen hatten, wurde allerdings manches alte Arroganzmuster fortgeschrieben. Dies ist am deutlichsten dort erkennbar, wo neben der Budgetverwaltung in jedem System Macht und Arroganz geprüft werden kann, nämlich am Agendasetting. Hier nun lässt der Perfektionswahn der Landesregierung, wie meine Mutter Schneiderin gesagt hätte, Stiche aus.

Gesetze kommen halbfertig in den Landtag, nachdem man meist im Kaffeehaus von aufmerksamen BürgerInnen oder Interessensvertretungen erfahren hat, dass sie am Entstehen sind. Sie werden hier durchgeschleust, als ob es sich beim Landtag um einen fakultativen Schnellrockengang der Waschmaschine handeln würde. Sie werden stapelweise vorgelegt, sodass keine anständige und wachsame Prüfung stattfinden kann. Das ist eine wahre Geringschätzung nicht nur der Aufgabe der politischen Minderheit, sondern auch des Landtages und der Gesetzgebung selbst.

Die Praxis der Omnibusgesetzgebung hat mit dem Regierungswechsel keinen Abbruch erfahren, ebenso wenig jene der blinden Passagiere, die unser Kollege Hans Heiss in den Laderäumen der Omnibusfrachter immer wieder aufspürt. Hier, liebe KollegInnen der Landesregierung, wäre indes eine Professionalisierung angesagt und auch die dringende Zurkenntnisnahme der demokratischen "temp". Und ein wenig mehr Entgegenkommen und Würdigung der Arbeit der politischen Minderheit schreibe ich auch gleich auf den Wunschzettel. Denn wie etwa das Konventgesetz hier im Alleingang durchgezogen wurde, ohne nicht einmal die Zeiten einer gemeinsamen Diskussion anzupassen, das war keine demokratische Sternstunde, werte KollegInnen der Mehrheit.

Ein Alleingang - oder vielleicht einer schlecht gewählten Begleitung geschuldet - war auch der große demokratische Fauxpas des Jahres, den der Landeshauptmann in Sachen Benko begangen hat. Praktisch kommentarlos und quasi als Verwaltungsakt getarnt haben Sie einen Gemeinderatsbeschluss gekippt. Da haben Sie mich enttäuscht, Herr Landeshauptmann.

Abschließend komme ich noch einmal zurück zu den Besonderheiten des zweiten Lebensjahres. Denn im zweiten Lebensjahr passiert noch etwas Wesentliches: Das Kind erkennt sich selbst. Es ist also der Moment, in dem die eigene Rolle, die Mission, das Profil, klar erkennbar werden müsste. Hier tun wir uns indes ziemlich schwer. Wir erleben eine weitgehend defensive Politik, die fast schon entschuldigend agiert und aus dem Verwalten und dem Managen das eigene Selbstverständnis ableitet. Das mag legitim, ja es kann sogar sexy sein. Allerdings nur, wenn es auch funktioniert, denn nichts ist schlechter als schlechtes Management. Ohne noch einmal das Thema Gesundheitsreform in seiner ganzen Tragweite aufzureißen, so muss doch gesagt werden, dass dessen Management ein totales Desaster war. An die Wand haben wir nicht das Sanitätssystem Südtirols gefahren, sondern derweil schon die Motivation und Innovationskraft des engagiertesten Sanitätspersonals unseres Landes. Im Jahr der Sicherheit - so war es ausgerufen - wurde ein gesellschaftlicher Schlüsselsektor wie die Sanität zu tiefst verunsichert, und zwar nicht durch Innovation, sondern durch fehlende Strategie, den Mangel an partizipativer Kommunikation und den Grundfehler, vom System aus zu denken und nicht vom Menschen.

Das ist die Gefahr, die diese politische Führung insgesamt läuft und vor der ich warnen möchte. Vergessen Sie die Menschen nicht! Sie haben Sie in der Haushaltsrede kaum genannt. Sie denken in Strukturen, Sie vernetzen Systeme, Sie managen Projekte und Prozesse. Unsere Gesellschaft erwartet dies und braucht das auch. Sie braucht zunehmend aber auch Beziehung, Identifikation, Austausch und Bindung. Sie braucht ein gemeinsames Projekt und in diesem Sinne auch Heimat. Das Konzept von Heimat zu aktualisieren, das könnte der Auftrag für das dritte Jahr sein. Das wäre auch ein weit humaneres Vorhaben für den Konvent als die abstrakte Reform einer Autonomie, die bis heute nicht in das Leben - Hans Heiss sprach vom Herzen - der Menschen vorgedrungen ist.

Am 1. Jänner dieses Jahres, an dessen Ende wir nun stehen, ist meine Mutter gestorben und ich möchte diese Betrachtungen mit einem Gedanken an sie beschließen. Denn sie hat Zeit ihres Lebens wichtige Sätze gesammelt und es geliebt, mit ihren Freundinnen und uns Kindern darüber alltagszuphilosophieren. Einer ihrer Lieblingsätze lautete: Die Rücksicht auf das Recht des anderen, das ist der Frieden. Es wäre ein gutes Motto für die Arbeit an unserer vielsprachigen Südtiroler Heimat mit ihrer verletzlichen Natur inmitten des Alpenraums, mit den vielfältigen Beziehungen im Inneren und nach Außen. Es wäre vor allem auch ein guter Leitsatz, um sowohl die Veränderung als auch die Erhaltung des Bestehenden gleichermaßen zu ertragen und zu gestalten. Und die Verantwortung dafür zu übernehmen und auf so viele Schultern zu verteilen wie es Menschen gibt in unserem Land. Für unser Zusammenleben und für unsere Demokratie wäre das ein wahrlich großer Schritt. Vielen Dank!

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Naturgemäß komme ich etwas pragmatischer zur Haushaltsrede, das ist mein Zugang. Ich möchte mit der Rede des Landeshauptmannes beginnen. Die bisherige Debatte ist auch ein Spiegelbild unserer derzeitigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ist-Situation. Das Leben, Arbeiten, die politische Ausrichtung und Wertehaltung unseres Landtages und unseres Landes wird in Prioritäten eingeteilt und ist in Kapiteln und Zahlen wieder zu finden. Auch Ansätze für Zukunftsperspektiven werden aufgezeigt und verweisen auf zukünftige Entwicklungen. Ich möchte einige meiner Überzeugungen nach positiven, aber auch fehlenden Entwicklungen aufzeigen.

Positiv vermerke ich die politische Arbeit für den Ausbau und der Stärkung der Europaregion Tirol - es gibt für mich keine andere Europaregion als die Europaregion Tirol -, den Ausbau des Europäischen Verbunds territorialer Zusammenarbeit, EVTZ, und der ARGE ALP, die Mitgestaltung beim Neubau, beim Forum Alpbach, den gemeinsamen kulturellen, sprachlichen Austausch unter Jugendlichen von Trient, Tirol und Südtirol sowie das gemeinsame Mobilitätskonzept. Ich will auch den Einsatz loben, die einvernehmliche Zustimmung bei der Reform zum Autonomiestatut. Ich bin Optimist und vertraue diesbezüglich auf Zusagen und Abmachungen. Der Haushalt zeigt auch auf, dass der Landeshauptmann als Wirtschaftsrat seine Bereiche Wirtschaft gut im Griff hat. Manchmal denke ich, dass es gut wäre, auch die Landwirtschaft in diesem Boot Wirtschaft aufzunehmen, denn diese - so empfinde ich das oft - wird als Stiefkind betrachtet und manchmal auch dementsprechend behandelt.

Nun zu drei Bereichen, zu denen ich meine Überlegungen einbringen möchte, nämlich dem Bereich Leistungen und Altersarmut der Frauen, dem Bereich Gesundheitsversorgung und Sanitätsreform und - wie kann es auch anders sein - dem Bereich Landwirtschaft und deren Zukunftsperspektiven.

Zunächst zum Bereich Gesundheitsreform - Sanität! 57 Prozent der Finanzmittel vom Landeshaushalt werden für Gesundheit, Bildung und Soziales verwendet. Auf den ersten Blick ist das sehr viel, aber 57 Prozent für die gesamte Bevölkerung - und bei der Gesundheit kommen noch viele Touristen dazu -, relativiert diesen Betrag. Ziel muss es sein, dass auch in Zukunft alle in Südtirol lebenden Menschen gleichwertigen Zugang zur Gesundheitsversorgung und Bildung haben. Aufgepasst! Bei der Gesundheitsreform darf am Ende nicht eine Zweiklassenme-

dizin herauskommen. Es tut mir leid, wenn die zuständige Landesrätin hier nicht anwesend ist. Ich hätte diesen Beitrag gerne an Sie gerichtet.

Dasselbe gilt auch im Bildungsbereich. Auch hier fehlt der zuständige Landesrat. Zugang zu Bildung muss mit ganz unterschiedlichen Maßnahmen gefördert werden. Als Beispiel nenne ich den Transport für Kindergartenkinder. Bevor bereits im Kindergarten spezielle pädagogische Angebote einer zweiten Sprache gemacht werden, müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Voraussetzungen geschaffen werden, dass alle Kinder den Kindergarten besuchen können.

Zurück zur Gesundheitsreform! 2016 soll die Gesundheitsreform auf die Schiene gebracht werden. Im Bericht steht: *"Damit die Reformvorhaben zwischen Landesabteilung Gesundheit und Südtiroler Sanitätsbetrieb optimiert werden, müssen die Zuständigkeiten neu definiert werden."* Da verstehe ich, dass Macht konzentriert wird. Partizipation zwischen Verwaltern, Ärzten, Pflegepersonal, Krankenhaus im Territorium und Gemeinden und die sogenannten Vertrauensärzte werden abgeschafft. Ich bin davon überzeugt, dass - wie in allen Berufen - die Identität zum Betrieb eine wesentliche Rolle für die Motivation und die daraus folgenden großen Leistungen spielt. Aufgepasst! Wenn sieben Krankenhäuser in Südtirol ihre Dienste anbieten, so wie im Regierungsprogramm vorgesehen, dann braucht es vor Ort auch Menschen und Identifikationsfiguren, die mitbestimmen können. Dass die Arbeitszeitenregelung nicht von gestern auf heute gekommen ist, wissen wir alle. Zehn Jahre steht diese EU-Bestimmung schon da und die Regionen rings um uns haben bereits vor Jahren angefangen, die Pflicht der Arbeitszeitenregelung umzusetzen.

Noch ein Wort zu den Ärzten! Hierzu eine Frage an die Landesregierung: Wie schaut das Marketing für die Bewerbung der Ärzte aus? Ein Beispiel: Die Tourismusbetriebe werben, dass Menschen nach Südtirol kommen, um die schönste Zeit im Jahr hier im Urlaub zu verbringen. Es gibt positive Beispiele von Gemeinden, aber auch von einzelnen Krankenhäusern, wie sie erfolgreich Ärzte werben bzw. die Beziehung zu den Kindern einer Gemeinde aufrecht erhalten. Da möchte ich auch eine Antwort von Seiten der Landesregierung. Bis jetzt - so habe ich von Jungärzten erfahren - merken sie nicht, dass Ärzte hier in Südtirol angeworben werden. Dass wir den Menschen mit Botschaften wie der Belastung der Überalterung oder chronisch Kranker keine Hoffnung bzw. Sicherheit vermitteln, ist wohl allen klar. Unsere Mitmenschen wollen sich auf uns verlassen können, auf uns, ihre politischen Vertreter. Unsere Antwort darauf ist sehr unterschiedlich und hat sich im Jahr der Reform zu oft geändert. Damit vermitteln wir Unsicherheit und nicht Vertrauen, sondern Misstrauen. Mahnwachen und Protestkundgebungen sind die Antwort der Bürgerinnen und Bürger. Es mir völlig bewusst, dass wir die Augen von der zukünftigen Entwicklung nicht verschließen dürfen. Wenn wir wissen, dass laut Statistik die alternde Bevölkerung bis 2030 um 40 Prozent zunimmt, dann ist es unsere Aufgabe, diese neue Herausforderungen zu bewältigen, Strategien zu entwickeln und Lösungsansätze aufzuzeigen, ohne das Problem der Lösungen auf die Bürgerinnen und Bürger abzuschieben. Die Entwicklung im Blick Ja, Pessimismus Nein!

Ich möchte noch auf eine Entwicklung verweisen, die meiner Ansicht nach weder nachhaltig noch zufriedenstellend ist. Und jetzt komme ich zum zweiten Bereich Frauenarbeit und Altersarmut von Frauen. Es geht um den Beruf der Kinderbetreuung und der Tagesmutter. Diese Berufsbilder werden zwar dringend von der Gesellschaft gebraucht, doch ihre soziale Absicherung ist in keiner Weise zufriedenstellend im Hinblick auf ihre Leistungen. Kleinkinderbetreuung ist mehr, als Kinder zu versorgen oder auf Kinder aufzupassen. Kinderbetreuung ist Investition in die Zukunft. In der Aus- und Weiterbildung dieses Berufes wird immer wieder auf die große Verantwortung dieser Arbeit hingewiesen. Wie Kinder in den ersten Lebensjahren gefördert werden und welche Werterhaltung sie vermittelt bekommen, ist ausschlaggebend für jede spätere Entwicklung. Landauf, landab arbeiten die Frauen motiviert in diesem Sinne in der Kinderbetreuung. In der Politik auf Landes- und auf Gemeindeebene geben wir in Sachen Kinderbetreuung keine Antwort auf diese Leistung. Es geht nur darum, ob es leistbar ist, aber nicht um die Leistung, die erbracht wird. Es gibt ganz große Schwachstellen bei den Löhnen der Kinderbetreuung, da sich das natürlich automatisch auf ihre Sozialabsicherung und die soziale Absicherung der Tagesmutter, die mit dem Kollektivvertrag Hausangestellte angemeldet ist, auswirkt. Ich wiederhole hier, dass es keinen schlechteren Kollektivvertrag wie jenen der Hausangestellten gibt. Wir wissen, dass die Hausangestellte weiblich ist. Wenn ich diesen Kollektivvertrag für die Kinderbetreuung hernehme, dann sage ich, dass wir die Augen vor der Realität verschließen. Unser Rentenexperte Helmuth Renzler weiß genau, was mit dem Kollektivvertrag Hausangestellte am Ende der Arbeitszeit an Pension herauskommt: Zu wenig, um zu leben, zu viel, um zu sterben. Das bedeutet ganz konkret: Diese Frauen sind im Alter auf Sozialhilfe angewiesen. Das darf nicht sein! Das ist nicht nachhaltig, das ist fehlende Anerkennung für diese wichtige Arbeit an der Zukunft unseres Landes. Dasselbe gilt aber auch bei der Anvertrauung von Minderjährigen. Wenn Minderjährige einer Familie anvertraut werden - und es liegt vor allem an den Frauen, ob sie die Bereitschaft haben, diese Kinder auch in ihre Familie aufzunehmen -, dann er-

halten die Frauen zwar eine Entschädigung für diese Tätigkeit und eine Haftpflichtversicherung, doch keine Sozialversicherung. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Die gleiche öffentliche Hand, die Sozialleistungen an jene vergibt, die es nicht schaffen, über die Runden zu kommen, versichert andererseits jene Frauen nicht für diese Tätigkeiten. Daran müssen wir arbeiten. Wenn 2016 die Kinderbetreuung für 2017 mit Gemeinde und Land neu aufgestellt wird, dann muss dieses Bild stimmiger werden. Dann brauchen wir auch finanzielle Zuwendung, denn wir müssen in Generationen denken.

Nun, aber zu meinem Kerngeschäft, der Landwirtschaft! Im Haushalt 2016 sind 5,4 Milliarden Euro - 100 Prozent - vorgesehen. 1,6 Prozent davon sind für die Landwirtschaft bestimmt. Natur- und Kulturlandschaft ist eine Ressource für Land und Leute bzw. es ist das gemeinsame Haus, in dem wir alle leben. Die Intensivierung der Lebens- und Arbeitsrhythmen ist ein Zeichen unserer Zeit und hat auch vor der Landwirtschaft nicht Halt gemacht. Die vielen Nebenerwerbsbauern, welche in Vollzeit Angestelltenverhältnisse außerhalb der Landwirtschaft haben und in der verbleibenden Zeit ihre Betriebe bewirtschaften und gleichzeitig einen Beitrag für Kultur, Natur und Ernährungssicherheit leisten, erhalten meiner Meinung nach viel zu wenig nicht Geld, sondern Anerkennung. Das Gemeinwohl, das durch die Bewirtschaftung entsteht, die natürliche Schutzfunktion von Umwelteinflüssen, wie starker Regen und Schnee, welche durch die flächendeckende Bewirtschaftung große Schäden verhindern kann und als Sicherung für die in der Ortschaft lebenden Menschen dient, wird als selbstverständlich hingenommen. Die Ernährungssicherheit, von der wir eigentlich in unseren Gebieten und unseren Regionen nichts spüren, weil wir tagtäglich vor vollen Regalen stehen, ist nicht einfach nur gegeben. Wenn Bauern und Bäuerinnen nicht mehr Nahrungsmittel produzieren, verliert das ganze Land eine Ressource, die nicht von einem Jahr aufs andere wieder hergestellt werden kann. Die Bauern brauchen mehr denn je größere Wertschätzung und nicht nur verpflichtende Verantwortung und Strafen. Das ständige Aufzählen von finanziellen Unterstützungen von Seiten der EU-Programme nützt trotzdem nichts, denn jährlich geben 100 Bauern die Milchwirtschaft in Südtirol auf. Die Tendenz zur Hofübernahme erfolgt sehr spät und das hat natürlich auch mit Sozialabsicherung und der Rentenerhöhung zu tun. Wovon sollte der Altbauer leben, wenn er noch keine Rente erhält? So wird oft eine Generation bei dieser Hofübernahme ausgelassen und ist nicht an der Entwicklung der Landwirtschaft beteiligt. Die Folge davon sind fehlende Identität und Motivation, Ideen für Zukunftsperspektiven in der Landwirtschaft zu suchen. Wenn dann noch die fehlende Wertschätzung von Seiten der Gesellschaft dazukommt, ist der Ausstieg vorprogrammiert. Wer arbeitet schon gerne in einem Bereich, der von ganz vielen Mitmenschen nur mit Kritik belastet wird?

Positiv hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang das neue Vergabegesetz, in dem zum ersten Mal Regionalität und bürokratische Erleichterungen für Produzenten festgeschrieben sind und somit neue Absatzmöglichkeiten vor Ort begünstigt werden. Gut und richtig ist auch der Aktionsplan für die Berglandwirtschaft mit der Uni Bozen und der Laimburg, doch in der Berglandwirtschaft ist eine andere Dynamik zu erkennen. Meine Sorge ist es, dass wir mit dem Aktionsplan für die Berglandwirtschaft, der sich über Jahre hinzieht, zuviel Zeit verlieren. Wenn die Resignation einmal in den Köpfen ist, kann das Handeln nicht mehr aufgehalten werden.

Zurück zu meinen Bereichen! Ich möchte noch einmal hervorheben, wie wichtig mir das Thema Frauenarbeit und Anerkennung dieser großen Leistung, die die Frauen in der Kleinkindbetreuung machen, ist. Wir haben die Verantwortung, diese Frauen auch sozial abzusichern, so dass sie im Alter von diesen Sozialbeiträgen leben können. Wichtig ist mir die Gesundheitsversorgung durch den Sanitätsbetrieb, nicht eine Machtkonzentration auf Einzelne zu legen, sondern dass weiterhin draußen, so wie vorgesehen, in allen Krankenhäusern auch Partizipation möglich ist, dass sie auch in Zukunft an der Entwicklung teilhaben können. Ich denke, das ist die beste Absicherung und das ist auch die beste Motivation für Ärzte, ein Krankenhaus zu wählen.

Der letzte Punkt: die Landwirtschaft! Hier wird viel zu oft davon geredet - ich wende mich ganz konkret an den Landesrat -, dass noch Schulden aufzuarbeiten sind, dass die Beiträge deshalb umstrukturiert werden müssen. Ich bin davon überzeugt, dass die Landwirtschaft nicht nur von den Beiträgen - ich möchte das schon anerkennen - lebt, sondern von der Überzeugung, von der Begeisterung und von der Anerkennung für ihre Arbeit. Danke schön!

NOGGLER (SVP): Herr Präsident! Ich soll jetzt natürlich im Doppelschlag ausholen, nach der Bäuerin Maria kommt der Bauer Josef. Ochse und Esel fehlen noch! Herr Landeshauptmann, ich möchte Ihren Bericht zum Haushalt als insgesamt gut bewerten. Da wir aber nicht hier sind, uns gegenseitig zu loben - loben wird dann der Kollege Steger -, sondern Anmerkungen in bestimmten Themenbereichen zu machen, glaube ich, dass es angebracht ist, hier mögliche Schwachstellen aufzuzeigen und damit auch kritische Anmerkungen anzubringen.

Der erste Themenbereich, zu dem ich einige Worte sagen möchte, ist jener der Energie. Herr Landesrat! Ich möchte dem Landeshauptmann deshalb ein Kompliment machen, weil ich voriges Jahr noch nicht daran ge-

glaubt habe, dass es zu einem Abschluss kommen wird. Die Verhandlungspositionen waren sicherlich nicht einfach und die Position der SEL-AG und des Landes befanden sich in keiner starken Position. Die Partner, mit denen sie zu verhandeln hatten, waren alle besser aufgestellt und haben natürlich gepunktet. Die Eisackwerke haben gepunktet, sodass das Privatunternehmen zwei E-Werke für sich ergattern konnte. Die Etschwerke haben nicht so sehr mit dem prozentuellen Anteil gepunktet, sondern in erster Linie damit, dass alle Werke außerhalb der Provinz errichtet und angekauft wurden, von den Etschwerken eigentlich nicht so richtig funktioniert hatten und eher minderwertig waren. In der gemeinsamen Ehe trägt man jetzt auch die negativen Werke mit. Deshalb sind diese Werke nicht unbedingt so ausschlaggebend für die Entwicklung der Etschwerke. Man hat ihnen nun den Namen "Alperia" gegeben und natürlich ist alles besser als der Name "SEL", der mit Skandal behaftet ist. Wenn man den Namen "Alperia" in der Aussprache abändert, könnte man fast zu einem Alpenjodler kommen. Aber ich glaube, dass man sich daran gewöhnen wird. Alperia wird unsere zentrale Gesellschaft für das Energiewesen sein. Insgesamt können sich die Verhandlungen im Energiewesen sehen lassen. Das Wichtigste ist, dass auf jeden Fall einmal Ruhe eingeleitet ist. In diesem Bereich ist natürlich vieles zu tun. Ich spreche hier die Verhandlungen mit dem Vinschgau an. Dieses Jahr möchte auch das Vinschgau punkten. Deshalb müssen wir verhindern, dass bestimmte gesetzliche Maßnahmen dies unterbinden. Die Verhandlung mit der Edison ist noch offen. Der Delmi-Verlust bzw. der Verlust der Delmi-Aktien wiegt schwer. Viele Millionen an Steuergeldern gehen verloren. Die Einbindung der Gemeinden ist ein erklärtes Ziel des Landeshauptmannes und des zuständigen Landesrates. Hier wird man beginnen müssen. Die Vorteile für die Bürger, die auch im Bericht enthalten sind, werden Sie im nächsten Jahr ansprechen müssen, denn man denkt auch noch Vorteile durch eine gezielte Tarifpolitik im Energiewesen an. Der Energietransport über den Reschen ist natürlich noch offen, jener über den Brenner mit 80 Millionen Kilowattstunden nahezu abgeschlossen. Das ist ein Geschäft, die Gemeinden sind damit einverstanden, nicht so ist es natürlich im Vinschgau. Man wird dort die Bevölkerung mehr mit einbeziehen müssen. Man wird nicht mehr die Ausrede haben können, dass man diese Verbindung für die Rettung des Siliziumwerkes in Sinich braucht. Mittlerweile ist man auch ohne dieses Werk ausgekommen.

Erfreulich im Bericht ist außerdem das, was über die Wasserstofftechnologie gesagt wurde. Ich muss Landesrat Mussner ein Kompliment aussprechen, nämlich, dass er uns einen super Bericht geliefert hat. Zum Thema Elektrifizierung der Vinschger-Bahn wurde ja damals ein Bericht gefordert. Der Bericht ist eingetroffen. Er ist sehr lang, sehr ausführlich und auch sehr gut. Ich denke, dass Kollege Köllensperger diesen Bericht gelesen haben wird. Vermutlich wurde ihm sogar warm ums Herz, wenn er von diesen Möglichkeiten der Wasserstofftechnologie gelesen hat. Ich glaube einfach, dass wir es riskieren sollten, einen Schritt weiterzugehen. Wir sollten es auch riskieren, wenn es im ersten Moment mehr kostet. Aber wir haben die Möglichkeit über eine Querfinanzierung der EU. Und ich glaube schon, dass wir uns mit dieser Wasserstofftechnologie empfehlen lassen können.

Den zweiten Themenbereich, den ich ansprechen möchte - und soeben geht die Landesrätin bei mir vorbei -, ist die Baustelle Sanität. Ich bin nicht überzeugt vom Sanitätsdirektor Dr. Schael und ich glaube, dass er ein Fehlgriff der Landesregierung war. Seine arrogante Weise passt nicht zu Südtirol. Herr Landeshauptmann, Sie haben offensichtlich ein Problem mit den abgehaltenen Mahnwachen und Fackelumzügen. Ich kann Ihnen sagen, dass ich und auch viele andere der hier im Saal Anwesenden dabei waren. Es ist nichts anderes als ein Ausdruck der Bevölkerung, um aufzuzeigen, dass ihr die peripheren Spitäler sehr wichtig sind. Ich möchte dazusagen, dass die Bezirksgemeinschaft Vinschgau vor 40 oder 50 Jahren einzig und allein deshalb gegründet wurde, damit ein Spital in unser Land kommt. Jetzt soll dieses Spital vor dem Aus sein. Das ist natürlich ein großes Problem für die dortige Bevölkerung, sie hat Angst. Nach wie vor wird mit diesen Ängsten gespielt. Diese Worte gehen in Richtung Dr. Schael. Aber auch die Landesregierung versteckt sich hinter Rom. Frau Landesrätin, von Ihnen stammt der Satz: "Wenn man etwas will, so findet man die Wege, wenn man es nicht will, so findet man Gründe oder Argumente." Wenn Sie also wollen, dass die peripheren Spitäler samt Geburtenstationen offen bleiben, dann werden Sie sicherlich die Wege dafür finden. Sagen Sie den Bürgern und der Bevölkerung in der Peripherie, wie es um die Spitäler steht! Das Spiel mit den Ärzten ist der Sache unwürdig!

Der dritte Themenbereich, den ich ansprechen möchte, sind die Gemeinden, Kollege Schuler. Viele Gemeinden sind mit der neuen Gemeindenfinanzierung nicht einverstanden und haben damit auch ein großes Problem. Sie haben laufende Programme und genehmigte Dekrete, so zum Beispiel für einen Schulbau. Mit der neuen Gemeindefinanzierung werden sie aber nicht imstande sein, dieses bereits angegangene Projekt in absehbarer Zeit abzuschließen. Speziell kleinere Gemeinden werden Probleme damit haben, da ihnen die nötigen finanziellen Mittel fehlen. Mittelpunktsgemeinden mit vielen Fraktionen, wie das Sarntal - und ich möchte bei Gott nicht den Bürgermeister von Sarntal, Herrn Locher, verteidigen -, aber auch Gemeinden im Vinschgau wie Graun oder Martell, waren nicht imstande, die Gemeinde mit den zur Verfügung gestellten Mitteln zu finanzieren. Sie haben

sich natürlich auch um weitere Einnahmequellen für die Gemeinde umgesehen, damit sie finanzierbar bleibt. Nun werden all diese Gemeinden bestraft. Sie werden insofern bestraft, als dass man sagt: "Passt auf, ihr habt eigene Einnahmen und deswegen bekommt ihr weniger Landesbeiträge!" Das ist eigentlich nicht das, wofür die Bürgermeister über all die Jahre gearbeitet haben. Jene, die nicht gearbeitet und abgewartet haben, sind jetzt die Nutznießer. Sie sprechen in diesem Bericht davon, dass im ersten Trimester die institutionelle Reform auf den Weg gebracht ist. Das erste Trimester betrifft die Monate Jänner, Februar und März. Das weiß ich noch von der Schule. Aber es ist so, dass sehr viele hier im Landtag auch Bürgermeister, ehemalige Präsidenten der Bezirksgemeinschaften, Ausschussmitglieder der Gemeinden und Gemeinderäte waren, die diese Arbeit über viele Jahre gemacht haben. Die meisten denken noch sehr gerne an diese Zeit zurück, mit einer Ausnahme: Kollege Schiefer hat gestern erklärt, dass er das nicht mehr machen möchte. Deshalb sollten Sie diesen Kollegen die Möglichkeit geben, mitzuarbeiten, mitzudenken und sich an dieser institutionellen Reform mit der Übertragung von Zuständigkeiten an der Gemeinde mitzubeteiligen.

Ich komme nun zur Landwirtschaft, nicht zum ländlichen Raum, Herr Kollege! Ich bin besorgt um die extreme Berglandwirtschaft. Immer mehr Bergbauern verlassen ihre Höfe, da ein Wirtschaften auf den Höfen nicht mehr lohnend ist. Seit dem Jahre 2000 haben 1.171 Milchlieferanten - das sind fast 20 Prozent - aufgegeben. Von den ursprünglichen 6.000 Milchbauern im Jahre 2000 sind jetzt nur noch 4.700 übrig geblieben. Die Wiesen werden nicht mehr gemäht. Es genügt ein Blick auf manche Gegenden des Gadertals, des oberen Pustertals, aber auch des oberen Vinschgaus. Sie, Herr Landesrat, waren auf einer der ersten Versammlungen im Langtaufferer Tal, im oberen Vinschgau. Dieses Tal wird so möglicherweise keine Zukunft haben. Die Menschen dort leben von der Landwirtschaft, aber bei der Arbeit in der Landwirtschaft kommt nichts rein. Es gibt noch eine Schule, einen Kindergarten und zwei Kirchen, aber keinen Pfarrer mehr. Die Jugend geht in die Schweiz, in den Zentren. Da möchte ich einen Artikel aus der FF zitieren, der vor kurzer Zeit von einem Bauern aus dem Ahrntal geschrieben wurde: *"Unsere echte Berglandwirtschaft ist kleinstrukturiert, hat kaum Alternativen zur Milchproduktion, ist sehr arbeits- und maschinenaufwändig. Genau deswegen sind 80 Prozent der jungen Menschen, die einen Bergbauernhof übernehmen sollten, heutzutage in einer Ausbildung zu einem anderen Beruf. Was dies bedeutet, sehen wir in 15 bis 20 Jahren, nämlich die Auflassung unserer Berglandwirtschaft. Wenn diese einmal aufgelassen ist, wird man sie niemals mehr reaktivieren können, denn die jungen Menschen von heute werden dann ihrem gelernten Beruf nachgehen und sicher nicht mehr für wenig Geld der Gratislandschaftspfleger für andere Wirtschaftszweige sein - und das zu Recht."* Sie haben gesehen, Herr Landesrat, dass es in diesem Langtaufferer Tal keine andere Möglichkeit gibt, als die Landwirtschaft zu betreiben. Natürlich ist eine kleinstrukturierte Landwirtschaft mit wenig Kühen, mit wenig, sprich 5 bis 6 Hektar, Grund nicht mehr zu bewirtschaften. Wir wissen auch, dass alle anderen Initiativen - auch der Anschluss an das Kauner Tal - vom Bozner Alpenverein als nicht zulässig erachtet werden. Dieser und jener Eingriff sollte nicht gemacht werden usw. Deshalb ist es ein Problem, wenn man diesen Bauern nur mehr die Landwirtschaft lässt, dass sie auch in der Landwirtschaft hier noch weiterleben können. Ich möchte an das erinnern, was Altlandeshauptmann Wallnöfer in Tirol damals im Landtag gesagt hat, als die Kauner Bergbahnen gebaut werden sollten. Auch dort war man der Meinung, dass man sie eigentlich nicht braucht. Er hat gesagt: "Soll ich ins Kauner Tal gehen und den Kaunertalern klar machen, dass sie weiterhin die Hungerleider des Landes Tirol bleiben sollen?" Ich glaube, dass die Situation bei uns ähnlich ist. Wir müssen uns mehr für die Berglandwirtschaft bzw. für die extreme Landwirtschaft einsetzen, als wir bisher gemacht haben. Natürlich hat bereits meine Kollegin Maria gesagt, dass wir bereits einen Rekordhaushalt von 5,4 Milliarden Euro haben, also soviel wie noch nie. Für die Landwirtschaft sind gerade einmal 1,6 Prozent vorgesehen, also so wenig wie noch nie. Noch nie wurden so wenig Mittel für die Landwirtschaft bereitgestellt. Ich glaube eurem Kreisdiagramm, auf dem die Angabe von 1,6 Prozent enthalten sind. Es bringt natürlich auch nichts in dem Moment, in dem Sie sagen, dass 17 oder 20 Millionen Euro für die Entwicklung oder für die Universität bereitgestellt werden, welche bis zum Jahre 2020 Maßnahmen für die Landwirtschaft untersuchen sollen. Bis zu diesem Zeitraum sind wieder sehr viele Höfe zugesperrt. Deshalb glaube ich einfach, dass wir mit den Förderungen in Richtung Berglandwirtschaft nicht so sparsam sein sollten. Es bringt auch wenig, wenn wir sagen: "Die Bauern bekommen ja 100 Euro pro Milchkuh." Kollege Renzler, auch dir ist es immer wieder ein Anliegen, den Bauern nicht unbedingt zuviel zu geben. 100 Euro pro Milchkuh Jahresbeitrag sind natürlich bei den kleinstrukturierten Betrieben von 6 bis 8 Kühen 600 bis 800 Euro, die ein Bauer zusätzlich zu dem bekommt, was er erwirtschaftet. Ich habe mir erlaubt, auch weil ich noch Zeit habe, eine Tagesordnung mit meinen Kollegen Wurzer Albert und Kuenzer Maria einzubringen. Ich gehe davon aus, Herr Landesrat, dass Sie diese Tagesordnung auch annehmen. Da habe ich versucht zu analysieren, wie ein Bergbauer arbeiten muss. Ich habe einen Bergbauernvollerwerbshof im Vinschgau auf 1.350 Meter Meereshöhe hergenommen. Er hat 101 Erschwernispunkte und laut Landesvorgaben hat er die

Möglichkeit, maximal 12 Großvieheinheiten zu halten. Er kann 6 Hektar Fläche bearbeiten und damit werden 50.000 Liter Milch produziert. Die 50.000 Liter Milch, die produziert werden, ergeben 25.000 Euro insgesamt an Jahreserlös. Hinzukommen noch 4.000 Euro öffentliche Beiträge, macht also insgesamt 29.000 Euro, die dieser Hof mit drei Leuten, Bauer, Bäuerin und dem Sohn in Teilzeit, erwirtschaften. Dem gegenüber steht die Kostenseite für Kraftfutter, Instandhaltung, Maschinen, Strom, Versicherung, Krankenkasse, Diesel, Tierarzt usw. Der Aufwand in diesem Betrieb beträgt 27.000 Euro. Es bleiben also 2.000 Euro übrig, wobei die Arbeitsleistung des Bauern und der Bäuerin nicht enthalten sind. Sie arbeiten in Vollzeit, und zwar an 365 Tagen. Auch die Arbeitsleistung des Jungbauern ist nicht dazugerechnet, welcher in einem Nebenerwerb arbeitet. Ähnliches passiert auch auf dem Naturnser Sonnenberg, auf dem Schlanderser Sonnenberg, wo eine Familie drei steile Höfe bewirtschaftet, weil zwei Höfe aufgelassen worden sind. Es sind fünf Leute, die bewirtschaften. Der Jungbauer wurde nun in die Fürstenburg zur Schulausbildung geschickt und hat dann Bescheid bekommen: "Nein, du bekommst keinen Beitrag für das Heim, denn ihr habt zuviel Großvieheinheiten auf dem Bergbauernhof." Natürlich haben sie mehr Großvieheinheiten, als sie eigentlich für ihren Hof haben dürften, weil sie ja zwei andere Höfe mitbewirtschaften. Aber es bleibt bei der Großvieheinheit und beim Bergbauer bei weitem nichts übrig. Deshalb ist auch diese Maßnahme, die man hier in Erwägung bringt, nicht zielführend. Ich glaube auch diesbezüglich wäre einiges zu machen. Weshalb bleibt dann dieser Bauer noch auf dem Bergbauernhof? Ganz sicherlich nicht des Wirtschaftens wegen, sondern einfach der inneren Überzeugung wegen! Er ist mit weniger zufrieden. Er ist nicht unbedingt darauf aus, das große Geschäft zu machen. Wenn dem so wäre, müsste er lange schon schließen.

Wir sind eher knickerisch bei den Beiträgen und haben die Förderungen lange Zeit ausgesetzt. Herr Landesrat, Sie haben die Bauern für ein Jahr lang in Schwierigkeit gebracht, da Sie die Beiträge nicht auszahlen konnten. Wir sind aber Weltmeister in Vorschriften machen, beispielsweise bei der Streichung eines Beitrages für eine Planierung. Wie soll ein Bergbauer noch mit der Sense das Heu mähen? Mit dem Einverständnis vom HGV, Entsteinen, Entstrauchen, die Vorschriften zum Schutz der Sonderkulturen, der Bau der Zufahrtswege, die Ausbringung von Gülle und Mist, die EU-Vorschriften zur Tierhaltung, die Vorschriften der Arbeitssicherheit. Der Bauer muss aber weiterhin Grund und Boden hergeben, wenn Skipisten, Langlaufpisten, Fahrradwege, Wanderwege usw. benötigt werden.

Bevor ich zum Finanzgesetz komme, hätte ich noch zwei Fragen: Wie steht es um die Finanzierung, Herr Landesrat, der Elektrifizierung der Vinschger-Bahn? Sind in diesem Haushalt Mittel dafür vorgesehen? Ich finde keine. Wenn Sie mir das mitteilen könnten, wäre ich froh. Wie gedenkt man die Elektrifizierung der Vinschger-Bahn zu finanzieren?

An Landesrat Theiner hätte ich die Frage: Wie steht es um die erneute Einführung der Kulturlandschaftsprämie? Sie wissen, dass wir in der letzten Debatte eine Tagesordnung des Kollegen Leitner auf deren Wiedereinführung angenommen haben. Er hat gesagt, dass nicht bekannt sei, dass mittlerweile die Kriterien geändert worden sind, nicht nur für die Natura-2000-Gebiete, sondern für sämtliche Gebiete. Wenn Sie mir das beantworten könnten, wäre ich sehr dankbar.

Jetzt komme ich noch ganz schnell zu einem Passus in Artikel 14, welcher die authentische Interpretation bei diesem Kulturbonus vorsieht. Das ist natürlich immer wieder ein Problem. Der Kollege der Grünen, Hans Heiss, hat bereits in der letzten Legislaturperiode gesagt: "Passt auf, ich glaube, das ist zuviel des Guten, was hier gemacht wird." In der Raumordnung haben wir unter Artikel 127 Absatz 3 auch drinnen, dass die Landesregierung die Möglichkeit hat, dieses Gesetz zu drehen bzw. zu biegen. Es ist jetzt soweit gekommen, dass wir damals, wenn es eingeführt worden ist, den Kubaturbonus ausschließlich für Sanierung und Instandhaltungen vorgesehen haben. Ich glaube, dass als Datum der 1. Jänner 2005 drinnen steht. Dieser Bonus gilt also ausschließlich für all jene Gebäude, die vor dieser Zeit errichtet worden sind. Das heißt, es ist eigentlich ganz klar, dass das nicht neue Gebäude sein können, wenn sie vor 2005 errichtet worden sind. Daraufhin hat die Landesregierung diesen Artikel angewandt und versucht so zu drehen, dass ein Bonus für ein neues Gebäude entsteht. Das Verwaltungsgericht aber hat gesagt: "Nein, liebe Landesregierung, nicht Sie, sondern der Landtag ist zuständig!" Jetzt kommen wir mit der authentischen Interpretation in den Landtag, Kollege Theiner, und der Landtag sollte jetzt interpretieren, dass das, was die Landesregierung erst kürzlich beschlossen hat, eigentlich der Einbringer des Gesetzes damals gemeint hat. Das ist aber nicht so. Es ist damals nie und nimmer von einem Neubau die Rede gewesen, sondern ausschließlich von Sanierungen und von Instandhaltungen. Deshalb verstehe ich diese Maßnahme nicht. Sie werden mir das sicherlich erklären können. Ich habe ganz sicherlich kein großes Problem damit, dem auch zuzustimmen, wenn Sie mir den Grund dafür nennen. Landesrat Laimer hat damals klipp und klar gesagt, dass das unter die Philosophie des Sparens von Kulturgrund fällt. Wenn ich ermögliche, dass bei Sanierungen zusätzliche Kubaturen errichtet werden können, dann spare ich Kulturgrund. Wenn ich diesen Kubaturbonus auch für Neubauten

eröffne oder zulasse, dann gilt er natürlich auch für die Neubauten und ich spare damit ganz sicherlich keinen Kulturgrund.

Ich möchte hiermit abschließen. Ich ersuche um Beantwortung dieser zwei Fragen und möchte das Wort dem nächsten Redner weitergeben. Danke schön!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man über einen Landeshaushalt befinden kann, der einen Umfang von 5,4 Milliarden Euro hat, dann hat man sehr viel Geld zu verteilen. Die Frage ist natürlich, ob die Verteilungsgerechtigkeit, die bereits genannt wurde, dann auch wirklich zum Tragen kommt. Ich möchte zuerst einen allgemeinen Teil vortragen und dann auf einzelne Bereiche eingehen, bei denen ich denke, dass man Verbesserungen machen kann. Auch ich schicke voraus, dass man dem Bericht des Landeshauptmannes im Prinzip in weiten Teilen zustimmen kann. Es ist eine schöne Rede, aber Papier ist bekanntlich geduldig und der Teufel liegt im Detail. Wir werden sehen, was bei den einzelnen Bereichen herauskommt. Über die politischen Aussagen - die möchte ich vorweg anführen - mache ich mir Sorgen. Ich habe zwar keine Angst, da ja in den Debatten sehr viel von Angst die Rede gewesen ist. Angst ist ein schlechter Ratgeber, wie der Landeshauptmann meint, aber den Leuten Angst einzureden, dass sie dann ein schlechtes Gewissen haben, ist nicht die richtige Form der Politik. Man muss jeder Herausforderung mit Mut begegnen. Ich setze der Angst den Mut entgegen. Kollege Heiss, du bist zwar ein guter Analytiker, aber das sollte dich nicht dazu verleiten, so negativ eingestellt zu sein, vor allem wenn es um neue Herausforderungen und neue Visionen geht. "Autonomie" war das Stichwort. Sie darf aber nicht geändert, sondern nur reformiert werden. Man darf sie nicht in eine andere Form weiterentwickeln. Wir würden sie uns in Richtung mehr Unabhängigkeit wünschen. Der Freistaat ist unser Ziel, unsere Vision, damit sich das Land selber gestalten kann. Davor braucht man doch keine Angst zu haben! Hier ein Schreckgespenst an die Wand zu malen, das kann ich nicht verstehen. Wir behandeln diesen Landeshaushalt vor dem Hintergrund von wirklich weltweiten Umwälzungen, wenn ich an den Klimagipfel, an die Flüchtlingsproblematik und an die internationalen Konflikte denke. Es finden Kriege ohne Völkerrechtsmandat statt. Im Kleinen ist Südtirol auch stets davon betroffen. Natürlich können wir hier sehr wenig einwirken, das ist mir schon klar, aber trotzdem beobachten auch unsere Leute die internationale Entwicklung, in die wir eingebettet sind. Wenn ich gerade an die Flüchtlingsthematik denke, mache ich mir schon große Sorgen. Angst habe ich insofern keine, als dass ich zu denen gehöre, die wissen, was sie zu verteidigen haben. Aber wenn man die Einwanderungspolitik in Europa einem Pastor und einer Pastorentochter überträgt, dann kann die Geschichte nicht gut gehen. So läuft es derzeit in Europa ab. Also, da bin ich nicht bereit zuzuschauen. Es gibt schon noch andere Gesichtspunkte oder Sichtweisen, wie man dem Problem irgendwo entgegen kann. Dann haben wir noch eine Medienlandschaft, die das natürlich einseitig begleitet. Bei den Entwicklungen in Europa denke ich an die unlängst stattgefundenen Regionalwahlen in Paris, bei denen Schreckensszenarien entwickelt werden. Es gibt unter den anderen Parteien in Europa wenig Gemeinsamkeiten, aber wenn es darum geht, jene zu verhindern, die den Volkswillen vertreten, dann halten sie zusammen. Ich bin nicht der Zwangsverteidiger von Le Pen oder eines anderen Politikers in Europa, aber wenn Kräfte in Europa so stark werden, dann werden sie von Leuten gewählt. Die Linken sprechen allen die Zurechnungsfähigkeit fast ab, wenn sie nicht links wählen. Das ist die Wahrheit! Und die Gründe, dass Leute so wählen ... wir haben linke Regierungen geschaffen. Wenn wir die Zustände in Europa sehen, dann ist Südtirol Gott sei Dank noch in einer glücklicheren Lage, beispielsweise in Bezug auf die Arbeitslosenrate. Wenn Sie so wollen, auch der Politik und den Menschen sei Dank! Es wird in Südtirol immer so getan, als ob das Heil alles von der Politik kommen würde. Diese Verteilungspolitik hat der Vorgänger des Landeshauptmannes Kompatscher sehr gut verstanden. Ich habe sie immer "Nikoluis-Politik" genannt. Der Nikolaus kommt einmal im Jahr, aber der "Nikoluis" ist alle Tage gekommen. Das Geld, das die fleißigen Menschen zahlen, sind Steuergelder. Uns geht es deshalb so gut, weil die Menschen fleißig arbeiten. Wenn sie die Politik dann gut einsetzt, ist das sicherlich richtig.

Ich muss noch einen Satz zur Medienlandschaft sagen. Auch diesbezüglich mache ich mir Sorgen. Ich stelle fest, dass die Menschen bei uns einseitig, teilweise halbherzig, aber auch falsch informiert werden. Wir haben Journalisten in diesem Land, die nicht nur das Handwerk nicht gelernt haben, sondern sogar glauben, dass sie in gut und böse unterteilen und diesen und jenen fertig machen können. Und dabei denke ich nicht an die Politiker. Die Politiker können sich wehren, aber andere Menschen können sich teilweise nicht wehren. Da wird von oben herab, so ex cathedra eingeteilt, wer gut und wer böse ist, wer etwas sagen darf und wer nicht. Dann haben wir auch noch die Justiz. Immer öfter macht die Justiz Politik. Ich spreche das ganz deutlich an. Es kann doch nicht sein, dass, wenn ein Landtagskollege eine Anfrage stellt, wie viele Verfahren beim Rechnungshof behängen, wie viele positiv und wie viele negativ ausgehen, sich ein Staatsanwalt dann anmaßt zu sagen, dass wir das gar

nicht fragen dürfen. Es wäre eine Unverfrorenheit, so eine Frage zu stellen. Wo leben wir denn? Auch die Justiz gehört zum gesamten demokratischen System. Wenn wir die Gewaltenteilung haben wollen, dann müssen wir sie auch einfordern. Die Politik ist vor der Justiz in Südtirol in die Knie gegangen. Das kann nicht sein! Vor dem Bischof könnte ich es eher noch verstehen. Er hat zumindest eine religiöse Würde, wenn man ihn als Amtsvertreter sieht. Aber man sollte eigentlich vor niemandem in die Knie gehen, sondern sich auf Augenhöhe begegnen. Diese Autonomie ist so stark wie die einzelnen Teile sind, wenn also auch die Gewaltenteilung funktioniert. Die Bürger sind ja in der ganzen Kette die Letzten nach der Politik, den Medien, der Justiz und den Interessensgemeinschaften. Der Bürger ist irgendwo ganz unten und hilflos. Auch das hat mit Verantwortung und Vertrauen zu tun. Die Politik macht natürlich Fehler wie jeder andere auch. Wenn man das Vertrauen der Menschen verliert, muss man alle Formen suchen und finden, um dieses Vertrauen wieder zurückzugewinnen.

Die Autonomie steht auf dem Prüfstand. Es wurde hier richtigerweise gesagt, dass der Autonomiekonvent im Bericht des Landeshauptmannes gar nicht vorkommt. Das heißt für mich im Umkehrschluss, dass man ihn schon abgeschrieben hat. Der Autonomiekonvent wird zwar gemacht, ist aber sprichwörtlich für die Katz. Das kann man jetzt schon ohne Übertreibung sagen. Das ärgert mich auch nicht. Wir haben nicht zugestimmt, weil er nur von zwei Parteien von insgesamt neun getragen wird. Auch innerhalb dieser Parteien gibt es keine Einhelligkeit. Neulich hat der PD eine große Veranstaltung in Bozen gemacht. Wir kennen die Forderungen, diese sind ja nicht neu. Das Autonomiestatut ist mittlerweile über vierzig Jahre alt und stammt von 1972 bzw. 1974. Dass es anzupassen ist, versteht jeder. Ich habe mich aber gewundert, dass man als großen Erfolg bei der Verfassung verkündet hat, dass es jetzt reformiert, aber nicht geändert wird. Man hat sozusagen "Wortklauberei" betrieben. Ich warne vor einer Reform! Eine Anpassung Ja, aber wenn man das Autonomiepaket aufschnüren würde, würde man wirklich die Büchse der Pandora öffnen. Dann gnade uns Gott! Ich habe auch eine Tagesordnung eingebracht, was die Beobachtung der europäischen Entwicklung anbelangt. Wir brauchen unbedingt wieder ein Europabüro, denn die Gefahren - das hat schon Landeshauptmann Durnwalder einmal in seiner Rede gesagt - drohen uns nicht mehr aus Rom, sondern die größten Gefahren drohen uns aus Brüssel. Das wird viel zu wenig beachtet. Wir haben alle aufgejault, als diese Geschichte mit dem ESF herausgekommen ist. Wir hätten nicht gedacht, dass die Europäische Kommission so genau hinschaut, was mit dem Geld passiert, das uns von Brüssel geschickt wird. Aber eines ist das Geld und das andere sind die Normen, die in Europa entwickelt werden. Stichwort "Transatlantisches Abkommen"! Wir haben es hier mehrmals diskutiert und auch Beschlüsse dazu gefasst, dass hier transparenter vorgegangen werden muss. Aber wir müssen auf Europa schauen, weil wir davon abhängig sind, wenn es stimmt, dass mittlerweile zwei Drittel aller Gesetze, mit denen unsere Leute leben müssen, in Brüssel gemacht werden, also nicht mehr in Rom und schon gar nicht in Bozen. Wir können das höchstens noch akzeptieren. Dann weiß man, woher der Wind weht! Wenn ich aber in der internationalen Entwicklung sehe, wie wenig sich diese Europäische Union an die eigenen Gesetze und an die eigenen Bestimmungen hält, dann mache ich mir Sorgen, ob die Menschen unten bzw. im Kleinen bereit sind, alles zu schlucken. Der kleine Bürger hat keine Chance. Wenn er einen Strafbescheid bekommt, muss er zahlen. Die Europäische Union ignoriert beispielsweise die eigenen Verträge bei der Einwanderung. Dass die Sicherung der Außengrenzen eine Pflicht ist, hat man vergessen. Alle herein und dann verteilen, das war die Merkel-Politik, die natürlich nicht funktionieren kann. Sie bricht Verträge, indem das Schengen-Abkommen außer Kraft gesetzt wird, die Außengrenzen aufgemacht werden usw. Und dann wundert man sich, dass die Menschen im Kleinen irgendwann einmal sagen: "Dieser Politik kann man nicht mehr vertrauen!" Man zettelt Kriege an, ohne Völkerrechtsmandat. Das hatten wir schon und dann teilen sie - alles unter der Egide der Vereinigten Staaten und der Nato - ein, wo die Guten und wo die Bösen sind. Was diese Kriege in der Vergangenheit gebracht haben, haben wir gesehen. Ob das Afghanistan, Iran oder Libyen war, man hat die Diktatoren weggebombt und einen Scherbenhaufen hinterlassen, nur verbrannte Erde und kein Friede! Europa sollte sich aus bestimmten Streitfällen gefälligst heraushalten. Die Probleme sind vor Ort zu lösen. Dann hätten wir auch das Flüchtlingsproblem nicht in dieser Form, denn die Ursache für die Flucht ist teilweise auch die Politik, die der Westen durch Ausbeutung usw. gemacht hat. Man muss auch an die eigenen Fehler erinnern. Wir haben ja als Freiheitliche hier einen Begehrensantrag ans Parlament gestellt, der leider nicht angenommen wurde. Demnach sollte man mehr investieren und nicht sagen: "Einmal alle her usw.!" Man macht wirklich eine miserable Politik, wenn man zuschaut, wie Menschen im Mittelmeer ersaufen. Sie dürften gar nicht starten. Wenn sie den Flüchtlingsstatus haben, dann sollten sie mit sicheren Schiffen hergebracht werden, aber nur wenn sie den Flüchtlingsstatus auch wirklich haben. Alles, was heute unter dem Deckmantel von Asyl passiert, ist in Wahrheit zum Großteil illegale Einwanderung. Das muss man in aller Deutlichkeit sagen! Dann fehlt die Hilfe genau bei jenen, die sie wirklich bräuchten. Wir haben auch unsere Verpflichtung, unseren Anteil zu leisten, Flüchtlinge unterzubringen, wenn es - und ich sage das noch einmal - Flüchtlinge sind. Illegale Einwanderer sind abzuschieben. Wir

sollten nicht die Kinder der Familien abschieben, sondern die illegalen Einwanderer, wenn man das Wort "abschieben" in diesem Zusammenhang überhaupt benutzen darf. Also, die Flüchtlingspolitik betrifft uns sehr. Sie wird in der Bevölkerung mehr diskutiert, als es die Politik vielleicht wahrhaben will. Hier hat man gesehen, wie man vorgeht. Wenn wir Flüchtlinge aufnehmen - und wir müssen ja 0,9 Prozent der Flüchtlinge Italiens aufnehmen bzw. unterbringen -, dann muss man die Menschen hier rechtzeitig informieren. Wir Freiheitliche haben eine Obergrenze vorgeschlagen, was leider auch nicht akzeptiert wurde. Horst Seehofer in Bayern hat das dann auch gefordert. Wenn man sich die Diskussionen in Deutschland bei diesen sogenannten Talkshows anschaut, die eigentlich Volksverblödung und Desinformation schlechthin darstellen, frage ich mich, ob man sich so schwer tut, einen neuen Begriff zu finden. Man möchte schon begrenzen, aber das Wort "Obergrenze" darf man nicht sagen, genauso wie man in Österreich von "Abschottung" oder "Ausgrenzung" sprechen kann, nicht aber von "Zaun". Das Wort "Zaun" darf man nicht verwenden. Man kann es umschreiben, wie man will. Man meint zwar eine Obergrenze, aber man darf es nicht so nennen, weil es ja von jemand anderem kommt. Das ist ja unglaublich, was hier passiert! Wenn in Südtirol Flüchtlinge kommen, dann muss man die Gemeinden rechtzeitig informieren. Der Bürgermeister der Gemeinde Wiesen und die Gemeinde St. Ulrich haben es aus den Medien erfahren. Das kann doch nicht sein, wie es auch nicht sein kann, dass wir Politiker keine Antwort bekommen, wenn wir eine Frage stellen, ob die vermeintlichen Dschihadisten in Meran Sozialbeiträge kassiert haben. Die Medien nennen Namen und Zahlen, während man zu uns sagt: "Das ist Privacy bzw. Datenschutz." Meine liebe Damen und Herren der Landesregierung, das ist nicht Datenschutz, sondern Versteckspiel, was man hier betreibt! Wenn jemand angeklagt wird - ich bin ein Vertreter des Rechtsstaates -, dann hat er das Recht, sich zu verteidigen. Und solange er nicht verurteilt ist, ist er auch nicht schuldig. Aber es ist klar, dass zumindest einer unter einem falschen Vorwand hier hergekommen ist. Er ist hier hergekommen, weil er in seinem Land fliehen musste, weil er von einer islamistischen Vereinigung verfolgt wurde. Was ist herausgekommen? Er ist selber Mitglied dieser islamistischen Vereinigung und vertritt die Thesen dieser islamistischen Vereinigung. Dann ist der Rechtsstatus für mich nicht mehr gegeben. Dann hat er nicht nur geschwindelt, sondern ist eine Gefahr. In dem Fall muss er abgeschoben werden, ohne Wenn und Aber. Wenn man diesen Mut nicht hat, dann glaubt uns die Bevölkerung überhaupt nichts mehr in dieser Frage. Ich möchte das in aller Deutlichkeit sagen, weil die Flüchtlingspolitik die Menschen mehr interessiert, als hier vielleicht angenommen oder zugegeben wird.

Bei der Verwaltungs- und Verfassungsreform, beim Autonomiekonvent usw. mahne ich zur äußersten Vorsicht! Noch einmal: Das Autonomiestatut ist anzupassen, aber es braucht keine Reform. Wenschon braucht es eine neue Vision, was man nach der Autonomie macht. Kollege Tinkhauser und ich haben versucht, mit dem Antrag eine volkswirtschaftliche Rechnung aufzustellen, ob Südtirol allein überlebensfähig wäre. Und wir werden diesen Schritt weiterbetreiben. Wir werden weitergehen und weitere Elemente ins Feld führen. Wir sind davon überzeugt und auch diese Expertise der EURAC sagt ja eigentlich aus, dass diese Forderung nicht ausgeschlossen ist. Es gibt diesen Weg noch nicht. Es gibt keinen Präzedenzfall, aber das ist im Völkerrecht immer so. Das Völkerrecht ist nichts Statisches. Niemand muss heute Angst vor Selbstbestimmung haben. Wir hatten unlängst eine Delegation aus Gagausien hier - die Gagausier sind eine Minderheit in Moldawien -, die natürlich weit entfernt sind von unserer Autonomie, wo man das Wort "Unabhängigkeit" im Parlament nicht aussprechen darf, weil man dann möglicherweise verfolgt wird. Da sind wir schon einen wesentlichen Schritt weiter. Ich habe schon gesagt, dass der Unterfertigte einmal verhaftet wurde, weil er für Selbstbestimmung demonstriert hat. Das ist allerdings auch schon dreißig Jahre her. Das wird heute keinem mehr passieren. Heute braucht in Südtirol keiner Angst zu haben, wenn er sagt: "Ich bin für die Selbstbestimmung." Er wird möglicherweise von einigen noch belächelt, aber eine Gefahr ist sicherlich nicht gegeben.

Was ich ansprechen möchte, ist nicht nur die Verfassungsänderung im Staat, sondern auch die ganze Geschichte mit den Wahlgesetzen. Ich beobachte seit einigen Jahren, dass es eine Tendenz gibt, von den Regierungen immer dann, wenn die Gefahr besteht, dass sie die Macht verlieren könnte, Wahlgesetze zu ändern, und zwar zu ihren Gunsten. Für Südtirol kann nur das Verhältniswahlrecht das richtige sein, da wir drei Sprachgruppen haben. Alles andere als ein Verhältniswahlrecht ist in Südtirol nicht sinnvoll oder zumindest ungerecht. Wir kämpfen mit der vierzig-Prozent-Hürde. Wenn man bei den Staatswahlen mitmacht, dann muss eine Minderheitenpartei in Südtirol vierzig Prozent der Stimmen erreichen. In der Türkei sind es zehn Prozent. Die ist nicht gerade demokratisch. (Ich warne davor, die Türkei in die EU aufzunehmen.) Klammer auf und Klammer zu! Wenn man beispielsweise die Gemeinde Bozen hernimmt, so sind allzu hohe Hürden sicherlich nicht gut. Es braucht eine Flurbereinigung, aber die Minderheitenrechte müssen im Wahlgesetz auf jeden Fall abgesichert sein. Davor möchte ich in aller Deutlichkeit warnen.

Ich sage noch einen Satz zur direkten Demokratie. Wir Freiheitlichen sind sehr wohl auch für direkt demokratische Formen und für Mitbestimmung, aber hier braucht es aus unserer Sicht ganz klare Abgrenzungen. Wir sind für ein Beteiligungsquorum, das natürlich abzusenken ist, denn vierzig Prozent sind entschieden zu hoch angesetzt. 15 Prozent reichen aus unserer Sicht aus. Und die Einstiegshürde sollte ungefähr die eines Vollmandats sein: 8.000 Stimmen. Damit könnte man leben. Es ist uns wichtig, dass die Bevölkerung nicht nur bei Wahlen befragt wird, sondern sich auch unter der Zeit zu wichtigen Themen äußern kann. Nächstes Jahr kann sie dies beim Flughafenreferendum tun. Dazu komme ich dann später noch.

Zur Verfassungsänderung hat der Landtag einen Beschluss gefasst und ich empfehle allen Kolleginnen und Kollegen, diesen Beschluss noch einmal nachzulesen. Die Südtiroler Freiheit hat einen Beschlussantrag eingebracht, den wir unterstützt haben, der aber zerpfückt wurde. Er wurde so modifiziert, dass er nicht aus der Sicht der Einbringer, sondern aus der Sicht des Landtages lächerlich ist. Wir haben nämlich beschlossen, dass sich unsere Abgeordneten in Rom gegen die Zentralisierung aussprechen, sich aber nicht dagegen aussprechen sollen. Das wurde abgelehnt. Das kommt mir so vor, wie bei den Herausforderern hier im Landtag. Mittlerweile gibt es innerhalb der Volkspartei eine Gruppe, die "Herausforderer" heißen. So werden sie öffentlich genannt. Ich darf zwar schimpfen, aber ich muss dafür stimmen. Wer glaubt euch so etwas? Ich sage den Herausforderern: "Macht euch nicht lächerlich! Wenn ihr wirklich die Schneid habt, dann müsst ihr nicht nur kitzeln, sondern auch beißen!" Aber das getraut ihr euch natürlich nicht.

Zentralismus ist natürlich eine große Gefahr. Er wird zwar von allen abgelehnt, aber man stimmt dann zu. Das muss man den Leuten auch irgendwo erklären. Die Schutzklausel ist sicherlich eine Verbesserung, keine Frage. Ob sie dann schlussendlich auch hält, wird man sehen. Der Staat hat immer dann zugegriffen, wenn er kein Geld hat. Wir hatten schon das Mailänder Abkommen. Ich kann mich noch gut an die Schlagzeile des Mailänder Abkommens erinnern: "Wir bekommen jetzt weniger Geld, das aber sicher." Was ist daraus geworden? Wir haben weniger Geld bekommen und das viel später oder gar nicht. Wir haben freiwillig drei Milliarden Euro gezahlt. Das ist keine gute Finanzpolitik und keine gute Verhandlung. Für die Zukunft mag das sicherlich eine Verbesserung sein.

Beim Konvent wurden auch die Aussagen von Senator Francesco Palermo angesprochen. Francesco Palermo ist ein Techniker, den man durchaus zugestehen kann, dass er sich Gedanken macht und auch etwas vom Geschäft versteht. Aber wenn ein Techniker Politik macht, dann muss man aufpassen. Ich mache nur ein Beispiel. Es ist wenigen aufgefallen, dass Palermo künftig nicht mehr von Kompetenzen, sondern von "funzioni", also von Funktionen, spricht. Bei Funktionen wird immer der Große gewinnen. Da braucht man sich nichts vorzumachen. Das sind Kleinigkeiten, auf die man vielleicht zu wenig hinschaut.

Ich komme jetzt noch zu einigen Schwerpunktthemen zum Haushalt selber. In der Wirtschaftspolitik, Herr Landeshauptmann, machen Sie eine gute Politik. Die Wirtschaftspolitik hat jene Ausrichtung bekommen, die wir Freiheitlichen immer vorgeschlagen haben. Das möchte ich ausdrücklich loben, und zwar weg von der Gießkanne, hin zu mehr Eigenverantwortung, weniger Steuern braucht weniger Beiträge. Dieses System umzudrehen, ist nicht leicht. Da wurden Schritte gesetzt, die in die richtige Richtung gehen und uns auch gefallen. Auch die Entlastung für die Bürger, was den IRPEF-Zuschlag anbelangt, ist zu begrüßen. Zu Beginn der Legislatur wurde ja ein Beschlussantrag der Freiheitlichen genehmigt, welcher besagt, dass der IRPEF-Zuschlag - wenn möglich - nach und nach abgeschafft werden sollte. Die sogenannte No-Tax-Area wurde von 20.000 auf 28.000 Euro erweitert. Dazu hat das AFI, das Arbeitsförderungsinstitut - das haben wir erst gestern bekommen - eine interessante Studie herausgegeben, bei der der regionale IRPEF-Zuschlag und die Eingriffsmöglichkeit in Südtirol genau analysiert werden. Also, die Anhebung dieses Freibetrages von 20.000 auf 28.000 Euro bedeutet für jeden Steuerzahler jährlich 344 Euro mehr an Kaufkraft. Das ist sicherlich positiv und verdient ausdrücklich Unterstützung. Die Schlussfolgerungen, ob eine weitere Ausdehnung oder eine Abschaffung möglich ist, lässt das AFI offen. Darüber wird derzeit sicherlich noch diskutiert. Ich bin auch Realist genug zu sagen: Eines ist, was man sich wünscht, und etwas anderes ist, was der Landeshaushalt hergibt, wo man sparen, abzwacken usw. kann. Das ist uns schon klar. Der Haushalt ist sicherlich nicht ein Wunschzettel ans Christkind, weil wir jetzt gerade vor Weihnachten sind. Das ist uns allen klar.

Erfolge hat es auch beim Strom gegeben. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen. Jedenfalls möchten die Menschen, dass der Strom billiger wird. Herr Landesrat, Sie haben auf eine Anfrage geantwortet, dass wir diesbezüglich wenig Möglichkeiten hätten, weil der Hauptteil des Preises vom Staat vorgegeben wird. Das ist schwierig, den Menschen zu erklären. Wir haben eine neue Gesellschaft mit dem Namen "Alperia" gegründet. Im Bereich Wirtschaft ist anstelle von TIS, EOS, BLS und SMG die IDM getreten. Aber der Austausch mit Kürzeln allein sagt

noch nichts über den Inhalt aus. Wir hoffen, dass das wirklich Synergien freisetzt, damit die Wirtschaft weiterhin eine gute Entwicklung nehmen kann.

Auf der anderen Seite steht der soziale Bereich. Über die Sanität ist schon viel gesagt worden. Ich möchte jetzt nicht weitere Watschen an die Frau Landesrätin austeilen. Sie wird in der Bevölkerung zum Teil auch ungegerechtfertigterweise abgewatscht. Aber es ist der Bevölkerung schwer zu vermitteln, angesichts von großen Projekten zu sagen: "Bei einem kleinen Krankenhaus muss man sparen." Natürlich hat das eine mit dem anderen nicht direkt zu tun, aber die Menschen machen den Vergleich, wie sie ihn beispielsweise auch im Zusammenhang mit der SEL gemacht haben. Der SEL wurden 600 Millionen Euro Steuerschulden vorgeworfen. Dann hat die SEL mit der Agentur der Einnahmen verhandelt und jetzt muss sie nur mehr 36 Millionen Euro bezahlen. Mehrere Bürger haben mich gefragt: "Wie funktioniert das?" Auch sie wären von Equitalia aufgefordert worden, bestimmte Steuerschulden im Ausmaß von 10.000 oder 6.000 Euro zu bezahlen, und würden keinen Nachlass erhalten. Sie bekommen also keine Verminderung und könnten als Privater nicht mit der Agentur der Einnahmen verhandeln. Natürlich habe ich ihnen geantwortet, dass die Differenz immer der Steuerzahler bezahlen muss. Aber der einzelne Bürger - das sage ich persönlich - kann das nicht machen.

KOMPATSCHER (SVP): *(unterbricht)*

LEITNER (Die Freiheitlichen): Aber wer macht das, Herr Landeshauptmann? Es stimmt schon, dass man diesbezüglich noch mehr Aufklärungsarbeit leisten muss. Das ist sicherlich notwendig.

Im sozialen Bereich haben wir in einigen Bereichen Handlungsbedarf, wenn ich an die Pflege und daran denke, wie sich die Pflege entwickelt. Wir haben zwar immer noch die Absicht der Landesregierung, die Pflege aus dem Steuertopf zu finanzieren, also ohne Abgabenlast. Ob das aufrechtzuerhalten ist, weiß ich nicht. Aber wir müssen auch an die Ausbildung des Personals denken. Im Pflegebereich gibt es vor allem beim Personal der Altenpflege Unzufriedenheit. Dieses Personal ist teilweise wirklich überlastet. Wenn man bei 30 Altersinsassen nur zwei, drei Leute im Einsatz hat, ist das wahrscheinlich nicht leicht zu bewältigen. Es ist eine schwere Aufgabe gerade für Frauen. Wir haben von der Vorsitzenden des Arbeitskreises erfahren, wie viele Pflegerinnen Bandscheibenbeschwerden haben. Leute, die sich selber nicht mehr bewegen können, hin- und herzuheben, ist eine schwere körperliche Aufgabe. In diesem Bereich haben wir auch sehr viel ausländisches Personal tätig. Und ich mache erneut den Vorschlag, dass man das ein bisschen umgehen könnte, indem man ein soziales Jahr für Jungen und Mädchen einführt. Es gibt keinen Militär- und Zivildienst mehr. Es gibt nur mehr den freiwilligen Dienst. Aber ich denke, man könnte in diesem Bereich auch aus Eigenverantwortung für die ältere Generation als Dank vielleicht andere Schritte setzen. Das ist meine ganz persönliche Überzeugung.

Die Berechnungsmechanismen im Sozialbereich, sprich EEEV, diese einheitliche Einkommens- und Vermögenserklärung, muss man ein bisschen gerechter gestalten. Es kann nicht sein, dass Leute, die fleißig arbeiten und sich etwas gespart haben, dann auch noch bestraft werden. Es darf nicht sein, dass die EEEV zu einer Bestrafung der Fleißigen und zu einer Belohnung der Schlaunen wird. Diese Gefahr besteht hier. Eine hundertprozentige Gerechtigkeit im Sozialbereich wird es nie geben, weil es jeder ein bisschen subjektiv empfindet.

Ich muss noch einen Satz zum Einkaufszentrum sagen. Die Südtiroler wollen offensichtlich mehrere Einkaufszentren. Dem steht ein derzeit geltendes Gesetz entgegen. Ich habe damals schon geschmunzelt, als wir das Gesetz erlassen haben. Ich habe damals bereits gefragt - einige können sich vielleicht noch daran erinnern -, wie sich das auswirken wird. Wir erlassen ein Gesetz, mit dem wir bestimmen: Südtirol darf nur ein Einkaufszentrum haben und das in Bozen. Wir haben erlebt, dass zwei Projektanten, nämlich Benko und Oberrauch, über Monate gestritten haben. Jetzt lesen wir in der Zeitung, dass ein Dritter hinten herum eine große Einweihung gemacht hat. Wir haben das Einkaufszentrum Twenty, welches ein Landeseinkaufszentrum ist. Als solches wird es nämlich auch beworben. Das heißt für mich jetzt im Umkehrschluss, dass wir kein anderes mehr zulassen dürfen. Ist das so? Wir haben also ein Gesetz, das wir nicht anwenden. Darauf möchte ich verweisen. Hier gibt es aus meiner Sicht den lachenden Dritten. Damit sage ich nicht, dass man eins, zwei, drei oder vier Einkaufszentren machen soll. In der Realität haben wir ja schon mehrere im Land. Jedenfalls ist ein Gesetz noch in Kraft, welches eigentlich nicht mehr angewandt wird.

Meine Redzeit ist um. Ich hätte noch viel zu sagen. Ich möchte nur noch darauf verweisen, dass die Bereiche Jugend und Familie im Bericht eindeutig zu kurz kommen. Diese Bereiche sind auf jeden Fall zu stärken. Wir dürfen die Jugend nicht immer nur vor den Wahlen herausziehen und sagen: "Die Jugend ist unsere Zukunft - die Jugend ist wichtig!" Wenn es dann ums Eingemachte und um die konkreten Dinge geht, sind wir zu schwach. Da tun wir zu wenig. Und auch im Zusammenhang mit den Familien - letzter Satz - habe ich bereits gesagt, dass wir

nicht die Kinder aus den eigenen Familien, sondern - wenschon - die illegalen Einwanderer abschieben sollen. Ich möchte nicht das negativste Beispiele der letzten Tage bringen, welches kein Einzelfall ist. Ich mache mir Sorgen, wenn wir weiß Gott wie viele Schulpsychologen anstellen wollen und dann zuschauen müssen, wie den Familien im Zusammenwirken von Sozialassistenten, Psychologen und dem Jugendgericht die Kinder entzogen werden. Es gibt sicher Fälle, bei denen die Kinder vernachlässigt werden, aber in den meisten Fällen ist die Familie aus meiner Sicht immer noch der beste Hort.

PRÄSIDENT: Bevor ich dem Kollegen Renzler das Wort gebe, möchte ich die Klasse II A und II C Sozialwissenschaftliches Gymnasium Bozen mit Professor Pescosta recht herzlich hier in der Aula begrüßen, herzlich Willkommen!

Abgeordneter Renzler, Sie haben das Wort, bitte.

RENZLER (SVP): Danke, Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon viel von meinen Vorrednern zu den drei hier zu behandelnden Gesetzentwürfen gesagt und ich möchte mich nicht wiederholen. Aber einiges muss doch noch gesagt werden. Ich erkenne die Bemühungen der Landesregierung durchaus an, hier einen ausgewogenen Landeshaushalt vorzulegen. Ich muss auch zugeben, dass ihr dies beinahe gelungen ist, aber nur beinahe. Bevor ich eigentlich auf den Haushalt eingehe, vielleicht noch zwei Bemerkungen, eine zur Bemerkung von Kollegen Blaas Walter im Zusammenhang mit dem Jobs-Act. Dazu gibt es zu sagen, dass die Kombination zwischen Ihrer Reduzierung und den neuen Bestimmungen, vor allem die Beitragsbestimmungen, zwar nicht dazu geführt haben, neue Arbeitsplätze zu schaffen, aber sie haben unweigerlich dazu beigetragen, zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse in zeitlich unbefristete Arbeitsverhältnisse umzugestalten. Und ich glaube, das ist sicherlich ein positiver Aspekt, der nicht vernachlässigt werden darf. Allerdings warne ich davor und rate, in Zukunft auch darauf ein wachsames Auge zu halten. Denn es hat sich unter anderem auch herausgestellt, dass zum Teil Betriebe dies ausgenützt haben, um diese 4.000/5.000 Euro pro Arbeitskraft vom Staat zu beziehen, obwohl sie die gleichen Leute in der Beschäftigung beibehalten haben. Das heißt also, auch hier müssen Kontrollen eingeführt werden, damit diese Maßnahmen ein bisschen genauer und gerechter angewandt werden. Aber im Großen und Ganzen hat die Kombination IRAP-Reduzierung auf Seiten des Landes und die staatliche Vergünstigung bei Neueinstellungen bzw. Umwandlung zeitlich befristeter Arbeitsverhältnisse in zeitlich unbefristete sicherlich dazu beigetragen, dass die Arbeitsplätze in den letzten Jahren trotz Krise einigermaßen erhalten werden konnten bzw. noch weiter ausgebaut wurden.

Kollege Noggler ist leider zur Zeit nicht hier, aber trotzdem eine kurze Bemerkung zu seiner Aussage mir gegenüber, dass es mir ein großes Anliegen wäre, den Bauern nicht zuviel zu geben. Das stimmt! Es ist mir ein großes Anliegen, den Bergbauern soviel wie möglich zu geben und die Bergbauern zu unterstützen. Aber es ist mir auch ein großes Anliegen, dass jene landwirtschaftlichen Betriebe, die eigentlich keine Bauern mehr sind, sondern landwirtschaftliche Betriebe mit Umsätzen von 100.000 Euro und mehr pro Jahr, beim Reingewinn dieselben Steuern bezahlen müssen wie jeder Lohnabhängige. Das ist heute leider nicht der Fall. Sie nehmen die Steuervergünstigungen in Anspruch wie jeder Bauer, sind aber eigentlich landwirtschaftliche Unternehmen und als solche sollten sie eigentlich die normale Einkommenssteuer entrichten müssen. Ich glaube, es wird höchste Eisenbahn, dass wir hier sei es auf staatlicher Ebene als auch auf Landesebene Lösungen finden, um ein bisschen mehr Steuergerechtigkeit herbeiführen zu können.

Der Landeshaushalt sieht eine Menge vor, allerdings vielleicht zu wenig Finanzmittel, was die Arbeitnehmer betrifft. Und in diesem Zusammenhang erhebe ich die Forderung nach einer Erhöhung von zehn Prozent der Finanzmittel, die die Landesregierung für die Vertragsverhandlungen der öffentlichen Bediensteten zur Verfügung gestellt hat. Die zur Verfügung gestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus, um eine angemessene Erhöhung gewährleisten zu können. Ich glaube, nach fünf bis acht Jahren Gehaltsstopp wird es langsam Zeit, dass auch den öffentlichen Bediensteten wieder Gerechtigkeit zuteil wird und sie eine entsprechende Lohnerhöhung beziehen können.

Muttersprachlicher Unterricht. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass ein ausgewogener Unterricht in der eigenen Muttersprache die Grundlage für den Erhalt der Volksgruppe ist. Ohne Muttersprache, ohne ausreichende Kenntnisse der eigenen Sprache ist jede Volksgruppe und Minderheit zum Verschwinden bzw. zur Assimilierung verurteilt. Ich beziehe mich da vor allem auf die ganze Problematik in den Kindergärten und in den Volksschulen. Es müssen hier Lösungen gefunden werden, dass die Kindergärten wirklich wieder von deutschsprachigen Kindern besetzt werden können bzw. dass sie im Kindergarten ihre eigene Muttersprache sprechen können und nicht

von anderen Sprachen bzw. Volksgruppen oder Bevölkerungsgruppen unterwandert werden. Dasselbe gilt auch für die Volksschule.

Gesundheitsreform. Ich komme auf meine alte Forderung zurück und wiederhole sie hier. Bevor wir nur einzelne Maßnahmen einer Reform diskutieren wäre es sicherlich angebracht, eine Grundsatzdiskussion zu führen, wie viel uns die Gesundheit in Zukunft wert sein soll und wie viel wir bereit sind, von unserem in Südtirol erwirtschafteten Reichtum für die Gesundheit auszugeben. Das heißt also, es muss klar definiert werden, wie viel Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes wir bereit sind, für die Gesundheit zur Verfügung zu stellen, denn nur wenn wir diesen Prozentsatz kennen, können wir innerhalb dieses Rahmens auch daran gehen, eine vernünftige Reform soweit - wenn notwendig - zu gestalten bzw. umzusetzen.

Herr Landeshauptmann, Sie sind begeisterter Befürworter des Flughafens Bozen. Sie stehen zu Ihrer Einstellung für den Ausbau des Bozner Flughafens. Ich bin ein Gegner dieses Ausbaues und stelle eigentlich nur eine Frage: Was ist wichtiger für uns: 177.000 Fluggäste oder das Wohlbefinden und die Lebensqualität von über 120.000 Einwohnern der Stadt Bozen und des Unterlandes? Meiner Ansicht nach hat die Lebensqualität Vorrang vor der Wirtschaftlichkeit bzw. vor den Interessen einiger Wirtschaftstreibender, wobei ich Ihren Aussagen im Zusammenhang mit der Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze wenig abgewinnen kann.

Was mir im Landeshaushalt aufgefallen ist, ist die unzureichende Wohnbauförderung. Es stehen viel zu wenig finanzielle Mittel für eine sinnvolle Wohnbauförderung zur Verfügung. Und ich darf daran erinnern, dass noch in den 80er und Anfang 90er Jahren jemand mit einer öffentlichen Förderung beinahe die Wohnung zu hundert Prozent gefördert bekommen hat, während man heute, wenn es gut geht, maximal noch 27 Prozent des Kostens einer Wohnung gefördert werden.

Ein besonderes Anliegen ist mir die finanzielle und personelle Ausstattung des Arbeitsförderungsinstitutes. Das Arbeitsförderungsinstitut wurde von den Arbeitnehmern auf Betreiben der Arbeitnehmer gegründet als Gegenpol zum WIFO, also dem Forschungsinstitut der Handelskammer, um die Arbeitnehmerthematiken durch Forschung und Unterstützung besser und für die politischen Entscheidungsträger als Hilfsinstrument zu verwenden. Leider sind wir heute auf dem Punkt, dass das WIFO eine Finanzierung von circa 100.000 Euro hat, während dem Arbeitsförderungsinstitut AFI nicht einmal die Hälfte von dem Betrag zur Verfügung steht und damit eigentlich keine Gleichberechtigung zwischen den beiden Forschungsinstituten gewährt ist. Auch hier ersuche ich, dem Rechnung zu tragen und die Finanzierung bzw. die Personalausstattung des AFI's zu erhöhen bzw. zu verstärken.

Ein klares Nein muss ich leider zum Versuch, einzelne Berufsgruppen bzw. einzelnen Kategorien Lohnerhöhungen zu gewähren, aussprechen, wie immer sie auch genannt werden, während der Großteil der Südtiroler öffentlichen Bediensteten nur geringfügige bzw. beinahe unanträgliche Gehaltserhöhungen zu erhoffen hat. Klartext: Es kann nicht sein, dass man einigen leitenden Funktionen bis zu 20 Prozent Lohnerhöhung erteilt oder zugesteht, während es für die 15.000 Beschäftigten 0,9 bis 1 Prozent Lohnerhöhung gibt. Das kann nicht sein und kann von mir aus gesehen so auch nicht akzeptiert werden.

Arbeitsplätze. Wir haben vorhin gehört, dass durch die kombinierte Maßnahme zwischen IRAP-Senkung und staatlichen Förderungen Arbeitsplätze in Südtirol erhalten werden bzw. zum Teil sogar ausgebaut werden konnten. Gut. Sobald die Krise überstanden ist - und alle Anzeichen zeigen ja nach oben, dass dies demnächst der Fall sein wird -, muss man unbedingt wieder darüber reden, ob es sinnvoll ist, weiterhin die IRAP-Reduzierung in dem Ausmaß zu gewähren, wie wir sie heute haben. Es wäre vielleicht sinnvoll, auch dann wiederum die Wirtschaft dazu zu verpflichten, ein bisschen mehr für die Allgemeinheit zu tun bzw. durch eine erneute Erhöhung der IRAP ein bisschen mehr Steuergerechtigkeit herbeizuführen.

Energie. Kollege Leitner hat es bereits angedeutet. Die ganze Energiegeschichte bzw. die Energiepolitik, wie wir sie letztthin erfolgreich betrieben haben, muss aber jetzt auch dazu führen, dass die Vorteile dieser Politik für die Bevölkerung spürbar sind. Kollege Heiss bzw. Kollege Dello Sbarba hat gesagt, die Energie müsste eigentlich teurer werden. Ich bin eher der Auffassung, dass die Vorteile, die wir durch diese Maßnahmen und durch diese Politik erzielen können, nicht nur aufgrund der Verteilung von den jeweiligen zu erwartenden Mehreinnahmen an Steuern genannt werden, sondern es muss - damit sie von der Bevölkerung mitgetragen werden können - ein spürbarer Effekt auf die Brieftasche jedes einzelnen Südtiroler Bürgers auszumachen sein.

Personalordnung. Bei der Personalordnung gibt es eigentlich nicht recht viel zu sagen, außer einem Punkt, zu dem ich einen Abänderungsantrag eingebracht habe. Es kann und darf nicht sein, dass wir bei der Arbeit nach der Pensionierung einen Unterschied zwischen ehemaligen öffentlichen Bediensteten und ehemals in der Privatwirtschaft versicherten Personen machen. Das heißt also, die Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst, vor allem die Referententätigkeit, muss für beide Gruppierungen, für beide Arten von Pensionisten möglich sein. Es kostet nichts und wäre ein Akt der Gerechtigkeit.

SAD. Wir haben in der letzten Zeit aus den Medien vernommen, dass der Betrieb SAD nicht gerade gewerkschaftsfreundlich eingestellt ist bzw. dass die Aussagen seines neuen Generaldirektors das Maß des Erträglichen bei weitem übersteigen. Warum sage ich das hier und warum sage ich das gerade in dieser Rede? Die SAD ist ein Konzessionsbetrieb und wird von Privaten geführt, die meinen, nachdem sie ihre Aktienanteile zu einem sehr hohen Preis gekauft haben, jetzt einfach , übers Personal bestimmen zu können, wie sie wollen. So geht's nicht! Herr Landesrat Mussner, Sie haben Zusagen im Zusammenhang mit den Vertragsverhandlungen gemacht. Sie haben die Verpflichtung übernommen, dafür zu sorgen, dass bei der SAD weiterhin die Verträge eingehalten werden. Und ich habe Ihnen im guten Glauben geglaubt, dass Sie das tun können bzw. tun werden. Heute ist es so, dass die hausgemachten Termine mit den Gewerkschaften für Vertragsverhandlungen leider bis heute nicht eingehalten worden sind, Ich ersuche Sie deshalb, den nötigen Druck auf die SAD auszuüben, dass auch die Verträge, so wie sie in der Gesetzgebungskommission mit Ihnen vereinbart wurden, auch eingehalten werden. Wenn ich damals in der Gesetzgebungskommission verlangt habe, dass die Nichteinhaltung von Verträgen ein Verfall der Konzession ist, war das genau in der Annahme, dass das passieren wird, so wie es jetzt gerade passiert. Das kann es nicht sein, denn Arbeitnehmerrechte sind einzuhalten und sind zu respektieren. Da kann auch ein Generaldirektor der SAD nicht einfach hergehen und sagen: "In Südtirol arbeiten die SAD-Chauffeure weniger als im Rest von Italien.", weil dies nicht vergleichbar ist. Deshalb, Herr Landesrat, die Bitte: Üben Sie den Druck aus, damit die Verhandlungen weitergehen können, und zwar auf gleicher Augenhöhe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Zum Schluss nur soviel: Ich ersuche die Landesregierung, in Zukunft weniger Abänderungsanträge zu ihren eigenen Gesetzentwürfen im letzten Moment einzureichen, sondern ihren Zeitplan so auszurichten und so zu gestalten, dass eine vernünftige Arbeit in der jeweiligen Gesetzgebungskommission möglich ist, was diesmal leider nicht der Fall war. Herzlichen Dank und ich bin der sicheren Annahme und auch der guten Hoffnung, dass wir bei der Haushaltsdiskussion des Jahres 2016 Fortschritte gegenüber heuer machen können, damit einige dieser Fehler, die in der Vergangenheit passiert sind, in Zukunft nicht mehr passieren. Danke!

PRÄSIDENT: Bevor ich Landeshauptmann Kompatscher das Wort erteile, möchte ich noch ganz kurz die Hotelfachschule "Savoy" Meran mit den Kochlehrlingen und Professor Schweigl recht herzlich hier in der Aula begrüßen. Herzlich Willkommen!

Bitte, Herr Landeshauptmann, Sie haben das Wort.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Danke, nur zum Fortgang der Arbeiten! Es ist zu Recht die Frage aufgeworfen worden, wie wir in Bezug auf die Debatte zum Haushalt selbst, also zum Einnahmen- und Ausgabenteil, vorgehen. Bisher gab es Fragen zu den Haushaltsgrundeinheiten, die gestellt worden sind, die entsprechende Information und dann die Abstimmung zu den entsprechenden Kapiteln. Das ist jetzt in der Form nicht mehr möglich, weil wir nur zu den Programmen abstimmen können. Die Frage ist: Können wir dann auch die Fragen nur zu den Programmen stellen, was das Ganze sehr schwierig gestalten würde? Diese Frage ist zu Recht aufgeworfen worden. Dann müssten wir immer den ganzen Haushalt abfragen, um zu dem Punkt zu kommen, den wir eigentlich gerne geklärt haben wüssten. Deshalb würde ich vorschlagen, dass man eine kurze Unterbrechung der Sitzung macht, um das auch auf technischer Ebene zu klären und um Ihnen die Arbeit zu erleichtern. Ich denke, wir haben eine Idee für eine Lösung, dass wir ähnlich, wie es in der Vergangenheit war, spezifische Fragen stellen können und dann auch auf Antrag eine Abstimmung zum entsprechenden Programm machen könnten. So könnten wir die Geschäftsordnung respektieren und Ihnen gleichzeitig die Arbeit erleichtern. Es müsste gemeinsam abgeklärt werden. Es gäbe jetzt eine Idee, das zu machen. Sonst wird das nicht funktionieren. Die Arbeit würde für Sie schwer werden. Deswegen beantrage ich, die Sitzung kurz zu unterbrechen, um das zu klären!

PRÄSIDENT: Das ist auf jeden Fall sinnvoll. Dem Antrag wird stattgegeben. Ich würde - um die Zeiten zu verkürzen - gleich vorschlagen, die Sitzung für zehn Minuten zu unterbrechen, damit sich die FraktionssprecherkollegInnen mit den Technikern, dem Generalsekretär beraten können. Wir sollten das klären, denn es geht darum - wenn wir so fortfahren -, dass einige Anfragen und die Klärung einiger Programme und Haushaltskapitel neu geschrieben werden müssen. Da Sie wissen, dass das laut Geschäftsordnung nur bis zum Ende der Generaldebatte möglich ist, ist es sinnvoll, dass wir das jetzt machen, damit sie dann die Zeit haben, das neu zu schreiben.

Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich ersuche Sie, nach dieser Unterbrechung - nachdem uns die Landesregierung mitgeteilt hat, was herausgekommen ist -, die Sitzung für eine halbe Stunde zu unterbrechen, damit sich die politischen Minderheiten beraten können.

PRÄSIDENT: Gerne. Das heißt, wir berufen jetzt das Kollegium der Fraktionsvorsitzenden ein und ermöglichen anschließend auch den Minderheiten, sich in einer Sitzung beraten zu können. Somit schlage ich vor, die offizielle Vormittagssitzung zu schließen. Einverstanden? Gut.

Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 12.12 UHR

ORE 14.32 UHR

(Namensaufruf - appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren mit der Behandlung der Landesgesetzentwürfe Nr. 61/15, Nr. 62/15 und Nr. 63/15 fort. Wer wünscht das Wort zur Generaldebatte? Abgeordneter Bizzo, bitte.

BIZZO (Partito Democratico - Demokratische Partei): Durante questo dibattito generale e anche in altre occasioni ho sentito ripetere che l'autonomia del Trentino-Alto Adige sarebbe in fortissimo pericolo e a testimonianza di questo fatto viene spesso citata una battuta fatta dal ministro Maria Elena Boschi. A dire il vero quella battuta spesso viene riportata in maniera parziale, cioè nella parte in cui Maria Elena Boschi dice che non esistono più ragioni per il mantenimento delle autonomie speciali. Però, siccome ero presente quando l'ha detto, la frase prosegue, il ministro Boschi aggiunge: "Ad eccezione di quella del Trentino Alto Adige e probabilmente anche della val D'Aosta". A me sorge un dubbio, che vi sia uno sport che molto spesso viene praticato da qualche nostro collega parlamentare a Roma, e qualche volta anche qui, di presentare dei problemi come gravi e irrisolvibili per poi farsi carico di averli risolti, che però in realtà sono inesistenti, perché mai come in questo momento nei rapporti fra Provincia e Governo la nostra autonomia è stata messa al riparo. Questo per una serie di prove che esistono all'atto e non solo per l'inserimento della clausola di salvaguardia, per il rafforzamento e la stabilizzazione delle competenze che spettano alla Provincia, per l'accordo sulla finanza provinciale, siglato e rafforzato dal presidente Kompatscher e che segue la scia dell'Accordo di Milano del 2010. Tra parentesi, tutte le volte che si parla di centralismo e di storia delle autonomie in questo Paese, si tenga presente che un conto è il centralismo e un conto è l'autonomismo o l'antiautonomismo, e che le due cose non sono strettamente correlate. Già è capitato di far rilevare che le autonomie speciali nascono nella Repubblica italiana nel 1948, circa 20 anni prima che nascano le regioni a statuto ordinario. Sono due concetti completamente differenti e il ritorno ad un centralismo dello Stato che riguarda le regioni a statuto ordinario non è immediatamente ricollegabile al concetto di eliminazione o di soppressione delle autonomie.

Ma dicevo, non solo le prove per quanto riguarda i rapporti fra lo Stato e la nostra autonomia sono davanti a noi a testimonianza del buono stato dei rapporti con il governo, clausola di salvaguardia, competenze, accordo sulla finanza pubblica, ma il nostro stesso bilancio, il più alto di sempre, testimonia come lo stato di salute della nostra autonomia grazie al rapporto con questo Governo sia solido e duraturo. Il fatto poi che il nostro bilancio sia il più alto di sempre, se da un lato è un dato che conforta la nostra autonomia, ci deve fare porre l'attenzione su un dato, perché il vero problema del fatto di avere un bilancio che è più alto rispetto agli anni precedenti, ci pone anche l'obbligo di accelerare su alcuni tipi di riforme. Su questo bilancio abbiamo ancora l'agio di alcune centinaia di milioni che sono frutto di interessi sui passati esercizi, e dobbiamo fare attenzione che le risorse che oggi abbiamo a disposizione ci facciano correre con alcune riforme che sono urgenti e indifferibili.

Il vero problema che dovremo affrontare nei prossimi anni non sarà quello della carenza delle risorse economiche, sarà quello della carenza delle risorse umane. Oggi ciò che accade nella sanità ne è un primo modesto segnale di avviso. La nostra società afflitta di un invecchiamento profondo, da una denatalità marcata e da una impermeabilità dovuta ad una rigidità del sistema è una società che già mostra una insufficienza nel ricambio generazionale e in particolare nel ricambio delle professioni a più elevato indice di qualifica. Per questo è importante il segnale che viene ripreso anche all'interno di questo bilancio, che prosegue su una serie di politiche virtuose già iniziate nella precedente legislatura, che le riprende e le rafforza. Ne cito alcune soprattutto: quelle relative alla

fiscalità provinciale, che persegue la politica della riduzione della pressione fiscale sui cittadini a partire da quelli con i redditi in maggiore sofferenza e più esposti alla crisi, ma anche quella che riguarda le imprese e l'economia privata, cercando di lasciare maggiori risorse con le manovre sull'Irap nelle tasse degli imprenditori ed avviando un processo virtuoso per cui invece che dare contributi si lasciano risorse in tasca agli imprenditori, che è un modo per evitare burocrazia e per rendere più agili le nostre imprese. C'è poi quella sull'impiego privato con il sostegno all'occupazione, il sostegno alla ricerca e all'innovazione, perché una delle conseguenze dell'invecchiamento della società e dell'impoverimento complessivo delle risorse umane di una società ha come conseguenza immediata che nel futuro, siccome saremo in meno a produrre risorse, ognuno di noi dovrà produrre un Pil procapite superiore e questo lo si può ottenere solamente attraverso un processo che si chiama innovazione diffusa che vada attraverso tutti i settori. Fra parentesi ormai Martini ed altri hanno dimostrato che un posto di lavoro a elevata qualifica, a elevato valore aggiunto nel settore dell'ingegneria, della ricerca ecc. genera automaticamente 5 posti di lavoro creati nei settori dei servizi. Un ingegnere informatico all'interno di una grande azienda comporta che complessivamente la ricchezza si ridistribuisca all'interno della società e che faccia crescere 5 posti di gommista, di barbiere, barista ecc. Per questo è importante segnalare che anche all'interno di questo bilancio si ritrova, cioè una marcata decisione sulle politiche fiscali, sulle politiche del lavoro, sull'innovazione e altro.

Questo è il motivo per il quale occorrerà anche affrontare la riforma del nostro statuto, cercando di ragionare con l'ottica di chi guarda avanti e non di chi guida guardando nello specchietto retrovisore, che corre il rischio di non accorgersi di ciò che gli si sta parando davanti e di andare a sbattere. Mi auguro che questo non accada, per il bene non soltanto nostro ma soprattutto per quello delle future generazioni.

Grazie, signor presidente, e con questo annunciamo il nostro voto favorevole a questo bilancio.

STIRNER (SVP): Herr Präsident! Ich möchte dort anknüpfen, wo Hans Heiss gestern in seiner brillanten Stellungnahme aufgehört hat, als er von der veränderten Rolle der Politik und der Politiker gesprochen hat. Er hat nicht so sehr die veränderte Rolle, sondern vielmehr die veränderte Wahrnehmung, die wir jetzt alle seit einigen Jahren spüren, gemeint. Hans Heiss hat auf die Rolle der alten und der neuen Medien hingewiesen und hervorgehoben, dass es sicherlich einer Korrektur bedarf. Auch ich bin dieser Meinung und stelle eigentlich immer wieder mit Erschrecken fest, welche Macht unsere Medien haben, wenn es darum geht, die Stimmung in der Bevölkerung anzuheizen, Aggression und Hass zu schüren. Sie tragen eigentlich auch dazu bei, ein völlig übertriebenes Bild der Politik und des Einsatzes der Politik im Sinne eines negativen Bildes darzustellen, was letztendlich auch zu dieser Nein-Haltung oder Nein-Kultur - wie ich sie nennen würde - in der Bevölkerung führt. Das ist mit Sicherheit eine große Herausforderung für uns alle. Dieses Nein zu allem, was gemacht wird, erschwert natürlich die Arbeit von uns allen, ganz egal, ob es die politische Mehrheit oder die politische Minderheit betrifft. Es führt unter Umständen sogar dazu, dass der eine oder die andere die Lust an der politischen Arbeit verliert.

Was die Südtiroler Bevölkerung betrifft, muss ich sagen, stelle ich diese große Veränderung ganz massiv fest und bin oft erstaunt über diese gewisse Kleinkariertheit, Engstirnigkeit und zum Teil auch über dieses ungebildete und arrogante Verhalten. Ich würde mir wünschen, dass mehr Leute über den Tellerrand hinausschauen würden, um sich andere Realitäten anzuschauen, um zu sehen, wie andere Realitäten funktionieren. Letztendlich leben wir immer noch in einem Land, in dem fast alles, wenn nicht alles, funktioniert. Ich bin froh darüber - das möchte ich noch einmal betonen - , dass wir das Mediengesetz so verabschiedet haben, wie wir es verabschiedet haben. Wir haben gezeigt, dass wir nicht mit uns umspringen lassen, wie es manchen Leuten gefällt, angefangen bei den Hasskommentaren, bei den vielen Trollen im Internet, die glauben, sie könnten sich alles leisten. Laut eines Spiegel-Berichtes, der heute im Internet unter Zeit-online drinnen ist und Bezug auf Deutschland nimmt - wir können das zum Teil aber auch auf unsere Realität übertragen -, haben die Menschen in Deutschland Angst vor der Zukunft. Laut Umfrage wären es circa 55 Prozent. Das, wovor sie am meisten Angst haben, ist die wirtschaftliche Verschlechterung, das Ansteigen der Arbeitslosigkeit und - was jetzt kommt, kann man wirklich auch auf unsere Realität übertragen - die Schuld der Flüchtlingskrise zu geben, also Angst vor der Arbeitslosigkeit während der Flüchtlingskrise. Diese führt - das können wir ja auch feststellen - zu einem Rechtstrend, zu Angst vor Überfremdung und stellt die nationalen Interessen in den Vordergrund. Das, was wir in Deutschland zur Zeit erleben, nämlich diese Übergriffe auf Flüchtlingsheime, sind Ausdruck eines unverständlichen Verhaltens von Seiten des Mobs. Ich hoffe, dass etwas Derartiges bei uns im Land niemals geschieht. Wenn man die Weltpolitik und vor allem die europäische Politik betrachtet - da wiederhole ich das, was Hans Heiss gestern gesagt hat -, sieht man wirklich, wie manche rechte Rattenfänger einen Schwarm an Ratten hinter sich herziehen, angefangen beim Präsidentschaftskandidaten der USA Donald Trump, der mit seinen wirren Ideen doch die eine oder andere Zustimmung erhält, weiter in Frankreich mit Marine Le Pen, dann Frauke Petry bis zu Matteo Salvini. Sie sind gestern

schon genannt worden. Ich glaube, dass diese Rattenfänger eigentlich nur gefährlich sind und nichts Positives für unsere Welt bringen, im Gegenteil!

Jetzt möchte ich auf die Bildungspolitik übergehen und die Gelegenheit wahrnehmen, dem zuständigen Landesrat meine Anerkennung auszusprechen. Ich sehe mit Freude, dass sich in einigen Bereichen, die mir besonders am Herzen liegen, sehr viel bewegt. Ich möchte mit dem Wunsch beginnen, die Mehrsprachigkeit in unserem Lande zu fördern, also nicht nur die Zweisprachigkeit, sondern die Mehrsprachigkeit. Es tut mir leid, wenn ich immer wieder feststelle, dass es Leute gibt, sowohl auf deutscher Seite als auch auf italienischer Seite, die eine starke Abneigung gegen den Erwerb der zweiten Sprache an den Tag legen. Für mich ist das Ausdruck von Ignoranz und im Gegensatz zu einem meiner Vorredner, der von der Gefahr einer Überfremdung in Kindergarten und Schule spricht, sehe ich diese Gefahr nicht gegeben. Ich glaube, es gibt viele Möglichkeiten, die persönliche Identität und Kultur sowie die eigene Muttersprache trotzdem zu pflegen, auch wenn im Kindergarten und in der Grundschule Kinder sind, die einer anderen Muttersprache angehören. Im Gegenteil! Ich finde es eigentlich eine Bereicherung und deshalb ist es mir auch ein Anliegen, dass in Bezug auf das Auslandsjahr, das ja jetzt von der vierten Klasse Oberschule auf die dritte und zweite Klasse übertragen werden soll, keine zu starren Regeln angewendet werden. Es ist immer dieser Notendruck, der da herauskommt. Es kann ja gerade für Schüler, die vielleicht einmal negativ in einem Fach bewertet wurden, ein Ansporn bzw. eine Bereicherung sein, eine andere bzw. anderssprachige Schule zu besuchen. Deshalb sollte man diesen ständigen Notendruck, der das Leben der Schüler eh schon manchmal bis zum nicht mehr Aushalten belastet, in diesem Bereich wegnehmen.

Ganz positiv finde ich auch das Rahmenkonzept zur Vorbeugung des Schulabbruchs. Es ist ganz wichtig, dass man gezielt daran geht, Maßnahmen gegen einen vorzeitigen Schulabbruch zu ergreifen. Es ist eigentlich ganz klar, dass Menschen bzw. Jugendliche, die keine Ausbildung haben, dann die Sozialhilfeempfänger von morgen sind. Indem wir in diese Thematik investieren, um den Schulabbruch so gering wie möglich zu halten, leisten wir Präventionsarbeit und sparen im Endeffekt auch.

Meine Kritik möchte ich am Benotungssystem anbringen, dass teilweise Lehrer - ich höre die Lehrer immer wieder über die Anzahl von Noten, die sie unbedingt vorweisen müssen, klagen - enorm unter Druck geraten und dadurch natürlich auch die Schüler unter Druck setzen. Da arbeiten wir einfach am Ziel vorbei. Das bringt meiner Meinung nach nichts.

Ich möchte weiterhin eine Lanze für alternative Schulformen brechen. Wir haben mittlerweile - das habe ich bereits öfters gesagt - sehr engagierte Elternschulen, sehr engagierte Südtiroler und Südtirolerinnen, die sich die Mühe geben, alternative Schulformen ins Leben zu rufen. Ich glaube, dass diese unterstützenswert sind. Es passen nun mal nicht alle Kinder und Jugendlichen in unser relativ starres System hinein, wobei ich sagen muss, dass sich in den letzten Jahren schon einiges zum Positiven geändert hat. Wir haben uns vor kurzem in einem Beschlussantrag dafür ausgesprochen, dass das Fach Bürgerkunde eventuell wieder eingeführt wird. Ich muss Ja und Nein sagen. Auf der einen Seite ist es natürlich wichtig und auf der anderen Seite haben wir eh schon viel zu viele Fächer. Wenn wir uns die Stundentafeln der Mittel- und Oberschulen ansehen, dann müssen wir schon sagen, dass einfach zu viele unterschiedliche Fächer unterrichtet werden, was meiner Meinung nach nicht positiv ist.

Ein Anliegen ist mir eine gute Fremdsprachenausbildung der Lehrer, ganz wichtig. Wenn wir wollen, dass unsere Kinder eine Fremdsprache gut lernen, dann ist die Voraussetzung dafür, dass die Lehrer die Fremdsprache gut beherrschen. Darüber habe ich mit dem Landesrat bereits einmal geredet. Mir ist es ein Anliegen, dass beispielsweise gerade Englischlehrer die Möglichkeit haben, sich nicht nur didaktisch, sondern auch sprachlich fortzubilden, und dass sie darin dementsprechend unterstützt werden.

Sport. Natürlich ist mir der Stellenwert des Sports ein Anliegen. Der Stellenwert des Sportunterrichtes in der Schule sollte nochmals erhöht werden, da er leider immer noch etwas stiefmütterlich behandelt wird. Wir wissen mittlerweile alle, dass Sport eine wichtige Form der Prävention ist und dass er nicht nur für den Körper, sondern auch für den Geist gut ist. In diesem Sinne möchte ich noch einmal darum bitten, dass Sport im Bereich der Wahlpflichtfächer bzw. in deren Anerkennung den nötigen Stellenwert erhält.

Die Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Problemen ist ganz ein wichtiges Thema, wobei hier ja nicht nur die Schule allein betroffen ist. Es ist wichtig, dass Schule, Elternhaus und eventuell auch Sozialdienste bzw. psychologischer Dienst zusammenarbeiten. Vor kurzem hatte ich das Gespräch mit einer Bekannten, die im Bereich Prävention arbeitet und mich noch einmal eindringlichst gebeten und gesagt hat: "Ja, wir haben jetzt die Kinder- und Jugendpsychiatrie, das passt und ist wichtig. Aber wir bräuchten noch viel mehr ambulante Betreuung von Kindern und Jugendlichen." Da ist diese Vernetzung ganz, ganz wichtig.

Ich beneide Landesrätin Stocker in dieser schwierigen Aufgabe nicht. Ich möchte schon anerkennen bzw. hervorheben, dass sie ihre Frau steht und sich mit Sicherheit auch durchkämpfen wird. Davon bin ich überzeugt.

Trotzdem habe ich ein paar Anliegen, und zwar in Bezug auf das Pflegepersonal. Wir haben bereits einmal darüber gesprochen. Wir wissen alle, dass die meisten von uns bis zum 67sten Lebensjahr arbeiten müssen. In manchen Berufen, gerade in Pflegeberufen, in denen Kranken- oder Altenpfleger sehr unter Druck stehen und eine Arbeit ausführen, die körperlich und geistig sehr belastend ist, muss man sich Gedanken darüber machen, wie man dazu beitragen kann, diese Arbeit auf die Dauer erträglicher zu gestalten. Es gibt in manchen Bereichen auch die Möglichkeit eines Sabbatjahres bzw. eines - wie es in anderen Bereichen genannt wird - psychophysischen Erholungsurlaubes. Ich glaube, bei aller Personalnot - und ich bin mir schon bewusst, dass natürlich die größte Schwierigkeit darin liegt -, wenn diese Menschen so lange in diesem schwierigen belastenden Beruf arbeiten sollen, dann müssen wir auch Wege finden, sie zu unterstützen.

Positiv finde ich, dass es jetzt weniger Transferleistungen und dafür mehr Steuererleichterungen gibt. Das trägt auch dazu bei, dass die Menschen in unserem Land irgendwann einmal mehr Eigenverantwortung entwickeln und sich nicht Beiträge für alles und jedes erwarten.

Im Bereich Mobilität tut sich einiges. Bereits unter Landesrat Widmann - das wird jetzt fortgesetzt - hat sich einiges getan. Was ich auch sehr positiv finde, ist diese Investition in den weiteren Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln mit dem Wunsch, eine größere Verkehrsberuhigung zu erzielen. Ich begrüße, dass in den letzten Jahren das Radwegenetz in ganz Südtirol ausgebaut worden ist, was man auf übergemeindlicher Ebene sehr wohl sagen kann, nicht aber unbedingt auf Gemeindeebene. Da wäre es mir ein Anliegen, dass die Landesregierung im Gespräch mit den Gemeinden die Gemeinden dazu anmahnt, mehr für den Radtransport, mehr für das sichere Radfahren in den Gemeinden, Städten und Dörfern zu unternehmen. Da besteht wirklich noch Handlungsbedarf.

Wichtig ist mir als Meranerin endlich die Fertigstellung des Küchelbergtunnels. Ich erlebe fast jeden Tag, dass die Fertigstellung von nur einer Hälfte zu einem Verkehrschaos führt. Bevor nicht die andere Hälfte, das zweite Bauabschnitt, fertig gestellt wird, ist die verkehrstechnische Situation in Meran sehr, sehr schwierig.

Ganz interessant ist natürlich der Ausbau des Zugnetzes und ich fände es ganz toll, wenn es uns gelingen würde, die Vinschger-Bahn auch mit der Schweiz und vielleicht sogar mit Österreich zu verbinden. Also, das wäre - glaube ich - in unser aller Sinne.

Ich hätte noch eine Frage, das hat mich ein bisschen verwundert. Wieso haben wir - ich weiß es eigentlich schon - kein Nachfahrverbot auf der Brennerautobahn? Das wäre im Sinne des Umweltschutzes und würde vor allem zu einer Vermeidung der Lärmbelastung führen. Es würde mich interessieren, wieso es noch nicht zu diesem Nachfahrverbot gekommen ist und wieso es immer noch diese vergünstigte Maut für den Schwerverkehr gibt.

Letztes Thema, welches dann auch in einer Tagesordnung behandelt wird, ist die Sonntagsöffnung bzw. der arbeitsfreie Sonntag. Auch das ist ein Thema, welches wir immer wieder besprochen haben und bei dem uns fast die Hände gebunden sind. Ich bin eine absolute Gegnerin der Sonntagsöffnung, aus diversen Gründen, die ich in der Vergangenheit immer wieder genannt habe. Ich bin dagegen, weil ich nicht einsehe, dass die betroffenen Mitarbeiter alle am Sonntag arbeiten müssen. Wir wissen, dass es Bereiche gibt, wo dies notwendig ist und wo man nicht ohne die Sonntagsarbeit auskommt. Aber es sollte nicht so sein, dass alle Geschäfte und - so wie es jetzt bereits ist - alle Supermärkte am Sonntag geöffnet sind. Ich glaube, dass wir diese Ruhepause brauchen, dieses Ritual des einen Tages, des Sonntags, der anders ist als die anderen Tage. Danke!

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: dott. Roberto Bizzo

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la consigliera Oberhofer, ne ha facoltà.

OBERHOFER (Die Freiheitlichen): Vielen Dank, Herr Präsident! Ich möchte einleitend auf die Aussage im Bericht eingehen, Herr Landeshauptmann, wo Sie den Zentralismus des Staates ablehnen. Ich bin froh, dass Sie das so sehen, und ich hoffe auch, dass Sie das ernst meinen, denn Südtirol ist spürbar ein Fremdkörper im italienischen Staat. Man spürt genau, dass man oftmals ein lästiger Klotz am Bein ist. Ich denke auch, dass es unangenehm ist, wenn man immer wieder über Sonderregelungen diskutieren muss, um den besonderen Bedürfnissen im Sinne der Autonomie gerecht zu werden. Wir wollen und sollen uns nicht mit anderen italienischen Regionen gleichschalten lassen, denn das wäre der Tod für unser Südtirol. Unsere Bedürfnisse werden in Rom oftmals belächelt, weil es vielen anderen Regionen viel schlechter geht als uns. Natürlich geht es Südtirol gut, aber das soll auch künftig so bleiben. Der Südtiroler darf nicht vergessen, dass unser Wohlstand aus reinem Bemühen und sehr viel Sinn für Fortschritt entstanden ist. Deshalb dürfen wir uns nicht zurücklehnen und müssen uns wei-

terhin anstrengen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Aber wie bleiben wir konkurrenzfähig? Indem wir uns weiterentwickeln, indem wir uns für die Gäste einsetzen, die hier im Land ihr Geld ausgeben, die durch ihren Aufenthalt Arbeitsplätze schaffen und erhalten, indem wir für diese Gäste erreichbar sind und dazu gehört nicht nur die Optimierung des Mobilitätsnetzwerkes. Wir dürfen nicht vergessen, dass viele Bewohner in Großstädten gar kein Auto mehr haben, weil sie es dort einfach nicht brauchen. Das dortige öffentliche Verkehrsnetz ist sehr professionell und arbeitet rund um die Uhr. Diese Menschen - so gehe ich stark davon aus - werden mit dem Zug, vielleicht mit dem Bus hier her zu uns kommen. Aber zu dieser Konkurrenzfähigkeit im Tourismus gehört auch der Ausbau und ein funktionierendes Konzept Flughafen. Nur ein gut funktionierender Flughafen wird uns für die Gäste aus dem fernen Ausland attraktiv machen. Der Mensch ist bequem und möchte am liebsten vor der Eingangstür des Hotels aussteigen. Wenn andere Länder für diese Gäste die Möglichkeiten schaffen, dann wird das sicherlich einen Grund haben. So wie der Flughafen bisher geführt wurde, war nicht in Ordnung. Das neue Konzept beinhaltet gerade deshalb einen ganz wichtigen Aspekt, und zwar ein klares Ausstiegsszenario, wenn die Ziele nicht erreicht werden. Zudem finde ich es von Seiten des Landeshauptmannes lobenswert und mutig, dass er mittels einer Volksabstimmung über den Flughafen abstimmen und das Volk mitentscheiden lässt. Ich hoffe in diesem Zusammenhang, dass die Südtiroler Bevölkerung einmal Mut beweist und dem Konzept im Sinne der Wirtschaft Südtirols eine Chance gibt. Ich hoffe noch mehr, dass der Südtiroler aus seiner Neinsager-Haltung heraustritt, weil er beweist, dass er fähig ist, über den Tellerrand hinauszuschauen. Ein fortwährendes Nein zu allem Neuen wird zwar das Gewohnte schützen - wir wissen, dass der Südtiroler ein Gewohnheitstier ist -, aber man wird damit auch einen Stillstand fördern. Das wird Südtirol auf Dauer und für die Zukunft sicherlich nicht weiterbringen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, um konkurrenzfähig zu bleiben, ist sicherlich die Sprachbildung unserer Jugend, ohne das gesunde und für die Sprachminderheiten in Südtirol unverzichtbare Bewusstsein für die eigene Muttersprache zu verlieren. Das Erlernen von Sprachen - und das auf die bestmögliche Weise und gelehrt in der Form eines modernen Fremdsprachenunterrichts, welcher eng gekoppelt an einen praktischen Teil, sprich mündliche Kommunikation, sein sollte - macht uns auf internationaler Ebene konkurrenzfähig und öffnet den späteren Arbeitgebern die Tore hin zu einem internationalen Kundenstock, weil ihre Arbeiter diesen sprachlichen Mehrwert mitbringen. Unsere Jugendlichen sollen die Möglichkeit haben, in den Schulen Fremdsprachen zu lernen. Sie sollen aber in erster Linie in ihrer Muttersprache gestärkt werden, denn das einwandfreie Beherrschen der Muttersprache ist ganz gewiss die Grundvoraussetzung für das Erlernen weiterer Fremdsprachen. Wir dürfen nicht vergessen, dass, insbesondere was die deutsche Sprachgruppe in Südtirol anbelangt, das Standarddeutsche nicht unsere aktiv gebrauchte Alltagssprache ist. Unsere tagtäglich verwendete Sprache ist eine Varietät des Deutschen. Aus diesem Grund kann man die Erfolge und die Studien mit der CLIL-Methode beispielsweise - es wird ja immer der Vergleich mit Deutschland gemacht - meiner Meinung nach nicht mit uns vergleichen, weil für uns im Unterschied zu Deutschland das Standarddeutsche nicht die praktizierte Alltagssprache ist. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, das Standarddeutsche als Öffentlichkeitssprache zu stärken. Dies muss in der Schule passieren.

Geschätzter Landeshauptmann, ich hatte in Ihrem Bericht etwas den Eindruck, dass Sie die Sorgen der Bürger und des Sanitätspersonals in Bezug auf das Gesundheitswesen etwas belächelt haben. Ich werde jetzt sicherlich nicht auf die Aussage eingehen, dass Angst immer ein schlechter Ratgeber ist, denn darauf wurde ja gestern schon eingegangen. Aber es ist doch gerade die Landesregierung, die immer wieder betont, dass man die Sorgen der Bürger ernst nehmen soll. Ich habe natürlich Verständnis dafür, dass Sie sich zum Teil an die Vorgaben des Staates halten müssen, aber ich plädiere an Ihr Bemühen, sich in Rom unermüdlich für die besonderen Bedürfnisse unseres Landes einzusetzen. Natürlich muss das Sanitätswesen reformiert werden, aber man muss einfach vorsichtig sein, dass die Reformen, die ja mit Einsparungen verbunden sind, nicht in erster Linie an Patienten oder beim behandelnden Personal angesetzt werden. Der Mensch wird älter, aber er wird nicht gesund älter. Die Anzahl der Patienten und die Anzahl der chronisch Kranken steigt stetig an und wir brauchen deshalb schon jetzt mehr Personal. Wenn das Personal im Krankenhaus 12-Stunden-Dienste schieben muss, um eine zu besetzende Stelle abzudecken, finde ich das etwas fahrlässig. Fahrlässig einfach aus dem Grund, weil dieser Beruf keine Fehler verzeiht. Wenn Menschen unter Zeitdruck arbeiten müssen, dann passieren Fehler und das kann gefährlich werden. Auch die EU-Arbeitszeitenregelung erschwert die Gewährleistung notwendiger Dienstleistungen und stellt das Gesundheitswesen vor große Herausforderungen. Sie macht die Versäumnisse der letzten Jahre, wie zum Beispiel die Rückgewinnung von Fachärzten, welche im Ausland arbeiten, noch evidenter. Um diesem Problem entgegenzuwirken, müssen wir attraktive Arbeitsplätze für Ärzte schaffen, aber vor allem noch attraktivere Facharztausbildungsplätze anbieten. Gerade weil man auf die Zusammenarbeit mit dem Bundesland Tirol setzt, neben der Zusammenarbeit mit dem Trentino, ist es für mich eine Möglichkeit, mit der Innsbrucker

Universität zusammenzuarbeiten, damit die Studenten hier in Südtirol ihre Praktika und Ausbildungen in Lehrabteilungen machen können. Wir haben ja keine medizinische Universität in Südtirol und brauchen das auch nicht, wenn wir mit Innsbruck gut zusammenarbeiten. Es liegt aber an uns, dass die angehenden Ärzte und Fachärzte für unsere freistehenden Arbeitsplätze begeistert werden. Natürlich ist das Ganze auch mit gewissen Zuckerlen verbunden. Man könnte zum Beispiel Voraussetzungen durch großzügige Stipendien schaffen. Das muss uns unsere Gesundheit jedenfalls wert sein.

Gerade was die Neuerungen im Sanitätswesen anbelangt, muss in meinen Augen das behandelnde Personal noch stärker als bisher miteingebunden werden, denn diese Personen wissen, was diese Patienten brauchen, wo man sinnvoll sparen und dennoch einen qualitativ hochwertigen Dienst gewährleisten kann. Es ist nie falsch, wenn man Praktizierende und Theoretiker an einen Tisch bringt, um das Bestmögliche für alle zu erreichen.

Zuletzt noch ein Bereich, der uns gegenüber anderen weiterhin konkurrenzfähig halten kann. Das ist der Schutz unserer kulturellen Eigenheiten, unserer besonderen Berglandwirtschaft, unserer Bräuche, unserer Landwirtschaft und ihren unvergleichlichen Produkten. In der Summe gesagt, es ist all das, was uns ausmacht, die Identität des Südtirolers. Diese Eigenheiten können durch gutes Marketing und erfolgsorientierter Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche und Sektoren auf internationaler Ebene noch größere Erfolge einfahren, weil hier meiner Meinung nach noch Luft nach oben ist. Dies kann aber nur gelingen, wenn wir an unserer Identität festhalten und diese stärken. Wir dürfen uns nicht für unsere Geschichte schämen. Wir müssen uns nicht dafür rechtfertigen, dass unsere vorigen Generationen und der Südtiroler auch heute noch ein fleißiger Mensch ist und unser Land zum derzeitigen Wohlstand geführt hat. Setzen wir deshalb alles daran, unseren Jugendlichen ein starke Südtiroler Identität vorzuleben und für die Zukunft mitzugeben! Südtirol kann an seiner Geschichte festhalten und im Ausbau der Autonomie und vielleicht in einem zweiten Schritt auch in seiner Form als Freistaat dennoch modern, innovativ und somit erfolgreich konkurrenzfähig sein. Danke!

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann

PRÄSIDENT: Abgeordneter Tschurtschenthaler, Sie haben das Wort.

TSCHURTSCHENTHALER (SVP): Danke, Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Kolleginnen und Kollegen! Südtirol liegt im Herzen Europas. Südtirol hat eine Brückenfunktion zwischen Nord und Süd. Südtirol hat sehr viele Chancen. Wenn wir die letzten zwei Jahre der Amtszeit der Regierung von Landeshauptmann Kompatscher sehen, sind viele Dinge in die richtige Richtung gemacht worden. Die Fusion SEL und Etschwerke, die Vergabe der Autobahnkonzession, die Zuweisung an eine Inhouse-Gesellschaft und das Sicherungspaket sind ja bereits aufgezeigt worden. Die Signale gehen in die richtige Richtung. Gerade das Sicherungspaket gibt dem Land Südtirol Planungs- und Finanzsicherheit, auch wenn es 476 Millionen Euro kostet. Wenn wir jetzt den Vergleich mit Sizilien machen, wo man einen anderen Weg gegangen ist und nicht dieses Abkommen abgeschlossen hat, sind wir jetzt endlich in der Lage, für die nächsten Jahre zu planen und zu wissen, wie viel wir dem Staat zahlen müssen. Da ich vorher von der Konzession der Autobahn gesprochen habe, möchte ich auf die entsprechenden Schritte verweisen, durch die die Querfinanzierungen für den Brennerbasistunnel weiterhin möglich sind.

Lassen Sie mich jetzt auf die Wirtschaft im Allgemeinen eingehen! Vorher ist es mir auch wichtig, aufzuzeigen - das ist viel zu wenig in den Mittelpunkt gestellt worden - , dass mit diesem Haushalt Familien und Betriebe um circa 302 Millionen Euro entlastet werden. Die Ausrichtung von Landeshauptmann Kompatscher war von Anfang an, mehr Geld in den Taschen der Menschen zu lassen. Das scheint in der ganzen Diskussion in den letzten Stunden oder auch gestern keine große Rolle gespielt zu haben. Ich sage: Es spielt eine sehr große Rolle! Wenn in den letzten Wochen und Tagen die Wirtschaftsdaten und die Prognosen für das nächste Jahr aufgezeigt worden sind und wenn die Arbeitslosigkeit wieder zurückgegangen ist, dann ist natürlich darauf zu verweisen, dass wir viele gute kleinere und mittlere Unternehmen, tüchtige Unternehmerinnen und Unternehmer mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben, die es trotz der schwierigen Jahre, die hinter uns liegen, geschafft haben, entsprechend gut zu wirtschaften. Ich möchte wieder auf den Haushalt zurückkommen und darauf verweisen, dass die Politik einen entsprechenden Rahmen dafür gegeben hat. Man spürt, dass wieder mehr Optimismus zurückkehrt. Wir Südtiroler werden schon ein besonderes Völkchen sein, dass wir uns auch nicht so schnell in die Knie zwingen lassen. Wir brauchen nur den Export hernehmen. In den letzten Quartalen ist der Export der Südtiroler Wirtschaft von Mal zu Mal angestiegen. Gerade hier hat sich gezeigt, dass sich viele Firmen aufgrund der schwierigen Situation am italienischen Markt umgestellt haben und der Export oder die Exportquote entsprechend

erhöht wurde. Durch all diese Maßnahmen sind Arbeitsplätze geschaffen worden und unsere Arbeitsplätze sind wieder sicherer geworden. Das ist insgesamt in einem Zusammenwirken von politischen Entscheidungen und Entscheidungen der einzelnen Firmen ein Grund zum Optimismus. Gerade mit dem Sicherungspaket bzw. diesem Abkommen fließt ein Zehntel mehr Mehrwertsteuer direkt in den Haushalt Südtirols hinein.

Ein wichtiges Thema, auf das Kollege Tinkhauser auch immer eingeht, ist die Forschung und Innovation. Hier haben wir - obwohl entsprechende Gelder für Forschungseinrichtungen ausgegeben werden - im Vergleich zu Nordtirol und dem Trentino noch entsprechenden Aufholbedarf.

Ein sehr wichtiges Signal für die Wirtschaft war die Verabschiedung des Vergabegesetzes. In den EU-Richtlinien wird gerade die Rolle der KNU's gestärkt. Im Grunde genommen gibt es in Südtirol nur Klein- und Mittelbetriebe, denn nicht viele Betriebe weisen über 500 Mitarbeiter auf. Deswegen haben wir jetzt mit diesem neuen Vergabegesetz die Chance, den Finanzkreislauf bzw. die Aufträge in Südtirol zu halten. So können die Firmen öffentliche Aufträge bekommen.

Mobilität. Ich war sehr erfreut über das Abkommen, das zwischen Südtirol und dem Veneto getroffen worden ist, sprich eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, welche die Verbindung zwischen dem Pustertal und dem Cadore prüft. Wenn mir das jemand bis vor ein paar Monaten erzählt hätte, hätte ich es als Illusion hingestellt. Aber man sieht, dass gerade auch mit dem Juncker-Plan Möglichkeiten geschaffen werden, die bis vor kurzem als unrealistisch angedacht gewesen wären, Beispiel Zugverbindung Vinschgau-Schweiz. Was mir als Pusterer sehr wichtig ist, ist die Riggertalschleife. Die Riggertalschleife ist eine Hilfe, damit wir es schaffen, künftig mehr Menschen vom Auto auf die Bahn zu bringen, gerade wenn wir an den Klimagipfel von Paris denken, wo es darum geht, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Hier gibt es meiner Meinung nach noch einiges zu tun. Wenn in den öffentlichen Nahverkehr an die 202 Millionen Euro investiert werden, sehen wir, welche Qualität wir im öffentlichen Nahverkehr haben.

Ich möchte jetzt den Flughafen ansprechen, auch wenn ich vorher auf die CO₂-Ausstoß-Reduzierung verwiesen habe. Ich spreche mich ganz klar für den Flughafen aus. Der Flughafen ist selbstverständlich ein wichtiges Standbein für den Tourismus, neue Gäste hereinzubringen. Wir müssen bedenken, dass über 80 Prozent der Gäste aus Deutschland, der Schweiz und Italien kommen. Wir haben auch gemerkt, was es heißt, wenn eine Wirtschaft schwächelt. Die italienische Wirtschaft schwächelt seit Jahren und dementsprechend sind auch weniger Gäste zu uns gekommen. Insgesamt ist die Tendenz der Gäste, immer kürzer zu verreisen, circa für 4,6 Tage. Dies gilt nicht nur für den Tourismus, sondern auch für Kongresse in Südtirol, für die Universität und für Betriebe, die immer mehr international tätig sind. Menschen, die von außen nach Südtirol kommen, wollen auch wieder auf dem schnellsten Weg zu ihren Firmen zurückkehren. Ich denke, hier gilt es auch Mut zum Mut zu haben. Unternehmensverbandspräsident Pan hat dieses Wort geprägt. Hier geht es um ein Gesamtprojekt der öffentlichen Mobilität. Wenn Kollege Schiefer auf die Belastung und Sorgen der Menschen im Unterland verweist, ist es natürlich wichtig, sie entsprechend offensiv zu informieren und einzubeziehen. Aber lassen wir uns die Chance dieses funktionierenden Regionalflughafens nicht entgehen! Auf der anderen Seite, wenn wir ein Mindestmaß von 170.000 Passagieren anpeilen, bekommen wir eine entsprechend höhere Wertschöpfung. Diese Wertschöpfung kann wieder hergenommen werden, liebe Kollegin Foppa, für andere Investitionen. Ich hoffe, dass dieser funktionierende Flughafen kommen wird und wir die Menschen aktiv und fair informieren. Der Wunsch von vielen ist, dass hier eine faire Kommunikation stattfindet. Ich bin bereit, mich entsprechend einzubringen.

Zuletzt noch zum Thema Sanität! Kollegin Amhof und Landesrat Achammer, wir waren ja vor einigen Wochen in Vorarlberg und hatten die Möglichkeit, mit dem dortigen Sanitätslandesrat zu reden. Auch dort hat man eine Sanitätsreform hinter sich. Seine Aussage war, dass er sie fast nicht überlebt hätte. Die Aussage der Landesregierung muss im Zentrum stehen, nämlich der Erhalt aller sieben Krankenhäuser. Ich hätte hier einen Wunsch an die Landesrätin in Bezug auf die Kommunikation, die in den letzten Monaten und Wochen stattgefunden hat. Sie war nicht immer hilfreich. Wenn ich gerade die letzte Aussage vom Notarzt in Innichen hernehme, dass während der Feiertage höchstwahrscheinlich kein Notarzt zur Verfügung stehen würde und dann zwei Tage nachher diese Meldung zurückgenommen wird, dann möchte ich ersuchen - bevor solche Informationen hinausgehen -, diese auch entsprechend bewertet werden. Man sollte nicht irgendetwas nur so hinausposaunen, da dies im Grunde genommen nur zu einer Verunsicherung der Bevölkerung beiträgt. Dass wir die Sanitätsreform brauchen, steht außer Zweifel. Die Aussage vom Landeshauptmann war auch ganz klar, dass die Peripherie gerade mit den Maßnahmen, die in diesem Haushalt drinnen sind, gestärkt werden soll. Bei der Vorstellung gab es ein ganz klares Bekenntnis zur Peripherie. Gerade unsere kleineren Krankenhäuser draußen sind unter anderem ein wichtiger Arbeitgeber und dienen der Sicherheit und Gesundheit unserer Menschen draußen.

STEGER (SVP): Herr Präsident! Das ist der größte Haushalt der Geschichte des Autonomen Südtirols und das trotz Zentralismus-Tendenzen in Rom mit einem Gesamtvolumen von 5,4 Milliarden Euro. Natürlich werden - das muss man dazusagen - davon 4,7 Milliarden Euro verwendet, aber das ist eine angemessene Größe, um dieses Land führen und regieren zu können. Fast 60 Prozent dieses Haushaltes fließen in drei Bereiche: Gesundheit, Bildung und Soziales. Auf den Bereich Gesundheit komme ich noch zu sprechen.

Der Bereich Bildung ist ein ganz wesentlicher Bereich, weil sich dort abzeichnet, ob für jeden und jede in unserer Bevölkerung Chancengleichheit besteht. Über die Bildung schaffen wir das, was in der Gesellschaft ganz wichtig ist, die Chancengleichheit für jeden und jede für uns, sich einzubringen und sich verwirklichen zu können. Deshalb ist es richtig, dass über eine Milliarde Euro in diesen Bereich fließt. Wir haben gerade in den letzten zwei Jahren gesehen, dass auch Reformen ohne großen Aufschrei möglich sind. Wenn Sie sich an die vergangenen Legislaturperioden erinnern, dann ging es im Bildungsbereich um Reformen, bei denen es in der Gesellschaft ganz große Unsicherheiten und viel Kritik gab. Wir sehen, dass es gerade in den letzten zwei Jahren gelungen ist, einige wesentliche Elemente in der Bildungspolitik - einige Entscheidungen sind natürlich auf römischer Ebene getroffen worden und andere, weil wir sie so wollten - unter Beteiligung der Betroffenen auf den Weg zu bringen. Ob das jetzt die Lehrpersonen oder die Eltern waren, es ist gelungen, in einem partizipativen Prozess einen Weg zu finden, gemeinsam die Weichen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte im Bildungsbereich zu stellen. Ich glaube, das ist einer der großen Pluspunkte dieser Landesregierung in den letzten zwei Jahren.

Gerade im Bereich Soziales zeigt sich etwas in der Gesellschaft: Entweder sie hat es oder sie hat es nicht, nämlich die Solidarität denjenigen gegenüber, die es nicht so leicht haben, die größere Schwierigkeiten haben als andere. Auch in diesem Bereich wollte man wiederum einen Schwerpunkt setzen, und das ist in diesem Haushalt gut gelungen. Wenn man dann noch den Bereich der öffentlichen Verwaltung mit den Kosten für das Personal dazu nimmt, dann sind wir bei nahezu 70 Prozent des Haushaltes, der in diese wesentlichen Bereiche fließt. Das muss man einfach feststellen und all jenen entgegen, die diesen Haushalt als zu wirtschaftslastig und als zu einseitig kritisieren. Ja, dieser Haushalt ist vielleicht einseitig, aber einseitig in die richtige Richtung, wo es um Solidarität, um Chancengleichheit und um Gesundheit geht. Diese Stabilität in diesem Haushalt und diese Möglichkeit haben wir, weil es erreicht worden ist, dass wir endlich Sicherheit in Bezug auf die Finanzen für die nächsten Jahre haben. Wir können planen. Gestern wurde sogar mehrmals kritisiert ist, dass wir viel zu defensiv in Sachen Autonomie sind. Ich glaube, dass wir hier offensiv gewesen sind. Wir haben dem Staat eine Regelung abgerungen, einen Finanzpakt zu schließen, der uns sicherlich - auch das ist gesagt worden - einiges kostet, 476 Millionen Euro, aber uns vor allem auch Planungssicherheit gibt. Wenn Sie sich den heutigen Haushalt anschauen, dann müssen Sie sagen: Mit diesem Ausmaß des Haushaltes können wir für unser Land vieles tun. Wir haben Sicherheiten erreicht, die wir mit dem Mailänder Abkommen in dieser Form noch nicht hatten. Jetzt haben wir Sicherheiten für die nächsten Jahre. Das ist der Landesregierung zugute zu halten, insbesondere Landeshauptmann Kompatscher. Ich möchte, dass das bei aller Fairness auch von den Kolleginnen und Kollegen der politischen Minderheiten festgestellt wird. Das ist aktive und offensive Autonomiepolitik, Kolleginnen und Kollegen! Das ist keine defensive Autonomiepolitik!

In Bezug auf die Autonomie ist zu sagen, dass es vielleicht weniger sexy ist, als von Selbstbestimmung, zurück nach Österreich oder hin zum Freistaat zu reden. Es schaut vielleicht defensiv aus, wenn man um die größtmögliche Selbstständigkeit in diesem Land über eine Landesautonomie agiert. Vielleicht ist das weniger sexy, aber es ist auch nicht defensiv. In meiner Partei sind schon alle der Meinung - natürlich gibt es solche, die die Sache offensiver angehen und andere, die die Sache defensiver angehen - und überzeugt davon, dass der einzige Weg, der in Verantwortung gemacht werden kann, jener der Autonomie ist. Wir haben als politische Mehrheit Verantwortung in diesem Land. Jede Entscheidung, die wir diesbezüglich treffen, hat am Tag danach Folgen. Für die politischen Minderheiten kann es vielleicht auf der einen Seite frustrierend sein, wenn man nicht selber das Szepter in der Hand hat. Auf der anderen Seite ist es aber auch recht angenehm, weil man Forderungen stellen kann, von denen man weiß, dass sie in der Öffentlichkeit gut ankommen. Wer will nicht mehr Selbstständigkeit? Wer will nicht hundert Prozent der Entscheidungen treffen? Auch wir wollen das! Aber man muss aus meiner Sicht einen Weg der Vernunft gehen, einen Weg des Verantwortungsgefühls, einen Weg, der friedvoll zu erfolgen hat, einen Weg, der soweit wie möglich alle hier im Lande ansässigen Volksgruppen mitnehmen kann. Ich denke, dass die Südtiroler Volkspartei diesen Weg in der Vergangenheit konsequent gegangen ist. Kollege Heiss, Sie können versichert sein, dass wir diesen Weg auch in Zukunft couragiert weitergehen werden. Dass es intern in einer Sammelpartei unterschiedliche Auffassungen gibt, halte ich für eine Stärke unserer Partei. Viele halten es uns als Schwäche vor, aber wir werden tagtäglich gefordert, unsere Argumente jeden Tag neu auszujustieren, um dann die richtige Entscheidung zu treffen. Sonst haben wir intern nicht die Mehrheit. Insofern denke ich, dass uns das in

der Vergangenheit gelungen ist. Sie können sicher sein, dass wir uns bemühen werden, das auch in Zukunft mehrheitsfähig zu machen. Ich bin überzeugt, dass das so ist. Auch in den Gremien intern ist es so, dass man den Weg, den Landeshauptmann Kompatscher vorgegeben hat, couragiert mitgehen will.

Ich möchte jetzt zu einigen Bereichen im Haushalt eingehen. Vielleicht zunächst noch ein ganz wesentlicher Aspekt neben der Autonomiepolitik, die ich schon angesprochen habe! Seit dem Beginn dieser Legislaturperiode war das Thema Entlastungen von Arbeitgebern und Entlastungen von Arbeitnehmern der Landesregierung ein Anliegen. Das ist auch die beste Wirtschaftsförderung. Diesen Weg will die Landesregierung auch dieses Jahr 2016 couragiert weitergehen. Die No-Tax-Area wird bei der Einkommenssteuer von 20.000 auf 28.000 Euro hinaufgehoben, um damit gerade den weniger Verdienenden noch mehr zur Seite zu stehen. Es werden Steuerreduzierungen im Bereich der Landesumschreibungssteuer und der Kfz-Steuer vorgesehen. Es sind insgesamt über 300 Millionen Euro, die wieder reduziert werden. Das wird positive Auswirkungen haben. Wir setzen diesen Weg der Entlastungen für die Bürger fort. Es ist besser, dem Bürger Geld in seiner Tasche zu lassen, als es abzunehmen mittels Beitrag und sehr bürokratisch aufwendig wieder zurückzugeben. Es ist effizienter bei Bürokratie Null. Darum geht es! Man darf natürlich nicht aus den Augen verlieren, dass man Umverteilungsinstrumente aufrechterhalten muss, weil man das ja auf jeden Fall - ich habe das vorhin schon gesagt - auch im Bereich von Solidarität und Sozialeinsatz umverteilen muss. Aber im Wesentlichen ist die Zielsetzung zu entlasten, Bürokratie auf Null zu setzen und dadurch dem Bürger mehr Geld in der Tasche zu lassen. Allerdings - und das ist ein Punkt, den wir nicht unterschätzen dürfen, aber den vor allem die Bürger auch verstehen müssen - bedeutet das Geld beim Bürger zu lassen auch ein Mehr an Eigenverantwortung. Was ich nicht abnehme und umverteile, bleibt dort und muss verantwortungsbewusst von den Bürgerinnen und Bürgern verwaltet werden, weil das eine und das andere ist nun mal nicht möglich. Insofern ist auch das ein wesentlicher Aspekt der Regierungsarbeit und der Regierungsziele, die in dieser Legislaturperiode angepeilt werden. Auf der einen Seite versucht man zu entlasten und auf der anderen Seite natürlich dem Bürger mehr Eigenverantwortung zu überlassen. Ich glaube, das ist im Sinne aller und ein richtiger Ansatz.

Wie wir an den Daten sehen können, wirken diese Maßnahmen auch. Es ist schon von einigen Vorrednern auf die positive Entwicklung nach der größten Wirtschaftskrise Europas nach dem Zweiten Weltkrieg verwiesen worden. Wir dürfen das nicht vergessen. Mit einem blauen Auge haben wir es überstanden. Wir haben sie noch nicht überwunden, aber wir sehen, dass sich die Rahmenbedingungen in einer globalisierten Welt oft sehr schnell verändern. Das hat es vor 20 Jahren noch nicht gegeben. Das gibt es, seit die Welt wirklich geöffnet worden ist, seit die Märkte offen sind, seit wir in einer globalisierten Welt leben. Anfang der 90er Jahre hat es begonnen. Die Effekte davon haben sich in den Nuller-Jahren fortgesetzt und jetzt leben wir sie direkt. Das heißt, die Vollen, die sich auf den Weltmärkten ergeben, werden von uns noch schneller wahrgenommen, als es zuvor war. Das heißt also, dass wir uns wahrscheinlich in Zukunft in vielen anderen Lebensbereichen von einer absoluten Stabilität und Sicherheit verabschieden werden müssen. Wir leben in einer Zeit der relativen Stabilität. Wir müssen uns tagtäglich darum bemühen, die richtigen Entscheidungen diesbezüglich zu treffen. Also, die Wirtschaftssituation hat sich aufgehellt, die Konsumentenzuversicht ist gestiegen und die Arbeitslosigkeit wieder rückläufig. Wir sind in einer Situation, in der wir in den letzten 20 Jahren auch waren, das heißt, dass wir nicht mehr weit darüber sind. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist wieder weit zurückgegangen. Die Maßnahmen der Südtiroler Landesregierung haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass es so weit kommen konnte. Selbstverständlich gibt es dafür viele andere objektive Gründe auch, aber die Regierungshandlungen und Regierungsentscheidungen in diesem Bereich haben sicher dazu geführt, dass wir jetzt zuversichtlich in die nächsten Jahre gehen können.

Ich möchte jetzt kurz auf einige Bereiche eingehen. Von vielen meiner Vorredner ist schon darüber gesprochen worden und ich möchte nun auch noch auf das Thema Gesundheitsreform eingehen. Kolleginnen und Kollegen! Von Anfang an war klar, was die Zielsetzung der Mehrheit der Südtiroler Volkspartei in diesem Bereich ist. Wir haben immer gesagt, was wir wollen, und zwar die sieben Spitäler in diesem Lande aufrecht zu erhalten. Wir haben auch gesagt, dass wir das Territorium stärken wollen. Wir denken an ein achttes Spital, nämlich ein virtuelles Spital, wie es in einer Anhörung des neuen Generaldirektors angeklungen ist. Mir hat dieser Terminus "achtes Spital", gemeint als virtuelles Spital, gut gefallen. Die Informatik muss also zusammengeführt werden, weil es in Zukunft enorm viele Spielräume im präventiven Bereich geben wird. Der ganze onkologische chirurgische Bereich wird sich in den nächsten 10, 20 oder 30 Jahren radikal verändern, wenn wir bestmöglich vernetzt sind und die Informationstechnik auf den besten Standard gebracht wird. So haben die Ärztinnen und Ärzte die Möglichkeit, die Personen, die sie behandeln, bzw. die Patienten perfekt zu kennen. Wenn sich ein Patient beispielsweise einer Untersuchung in Bruneck unterzogen hat, sollte man auch in den anderen Krankenhäusern wissen, wie die Gesamtsituation des Patienten ist. Dieses sogenannte virtuelle Spital wird ganz wesentlich sein. Das kostet viel Geld.

Die Frau Landesrätin hat bereits öffentlich gesagt, dass das in den nächsten drei, vier und fünf Jahren 75 bzw. 80 Millionen Euro kosten wird. Diesen Punkt werden wir angehen. Es tut mir leid, dass das in der Öffentlichkeit immer wieder zum Anlass genommen wurde, die Gesundheitsreform zu kritisieren, weil man sparen wolle. Das ist ein Blödsinn! Wir werden im Bereich Gesundheit nicht sparen. Die Gesundheit ist das wichtigste, was wir als Bürgerinnen und Bürger haben. Wenn Sie sich den Landshaushalt 2016 anschauen, dann werden Sie sehen, dass das nicht stimmt und dass immer mehr Geld in die Hand genommen wird. Eine Reform ist unumgänglich. Deshalb müssen wir die Augen aufmachen, um zu sehen, was in 10, 20 oder 30 Jahren in Südtirol sein wird. Auch vom demographischen Wandel ist gesprochen worden. Ich sage: Gott sei Dank hat unsere Generation die Möglichkeit, vielleicht ein paar Jahre länger und gesünder zu leben als es frühere Generationen konnten. Das ist ein Glücksfall und den müssen wir managen. Deshalb müssen wir sicherstellen, dass wir den älteren Menschen auch die notwendige Pflege garantieren können. Das muss jetzt vorbereitet werden. Es müssen Prioritäten gesetzt werden, weil die Ressourcen nicht endlos sind. Wir wollen in dem Bereich investieren. Wir wollen auch in Zukunft mehr investieren, aber die Ressourcen sind nicht endlos. Deshalb müssen wir Prioritäten setzen. Vielleicht ist es uns am Anfang nicht gelungen, den Bürgern diese Zielsetzungen klar genug zu unterbreiten. Wir wollen die sieben Spitäler aufrecht erhalten. Wir wollen auch, dass der ländliche Raum im Gesundheitswesen bedient wird. Wir wollen das Territorium stärken. Das ist unsere Zielsetzung und diese werden wir auch erreichen. Wir müssen uns gemeinsam bemühen, damit wir nicht den einen gegen den anderen ausspielen, da wir ja alle - wie wir hier sitzen, jeder von uns - dasselbe Ziel haben, und das Gesundheitssystem in Südtirol auch in Zukunft funktionieren kann. Natürlich haben wir Sorge, weil es einen Ärztemangel gibt. Natürlich haben wir Sorge, weil das Territorium nicht immer in der Form betreut werden kann, wie wir es gerne hätten und wie es in Zukunft aufgrund der demographischen Entwicklung notwendig sein wird. Aber lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten! Machen wir es mit einem positiven Grundgedanken! Wir alle wollen dasselbe Ziel erreichen. Wir wollen sicherstellen, dass der ländliche Raum in Südtirol - das ist eine Grundvoraussetzung jeder politischen Tätigkeit der letzten 20, 30 Jahre, zumindest was meine Partei angeht - aufgewertet wird. Wir wollen keine Verstärkung und keine Zentralisierung, sondern die Menschen in den Tälern lassen. Die Lebensqualität ist dort größer und zu den Diensten, die sie brauchen, gehört ein funktionierender Gesundheitsdienst genauso dazu wie andere funktionierende Dienstleistungen. So kann man in einer entlegenen Ortschaft entsprechend gleichberechtigt leben, wie jemand, der in einem zentralen Raum lebt. Wir müssen in diesem Bereich Sicherheit und Klarheit schaffen. Wir wollen es tun und bemühen uns, die Vertrauensverluste der letzten Monate wettzumachen. Wir bemühen uns, Klarheit zu geben. Wenn Reformen gemacht werden, braucht es Klarheit und Sicherheit für den Bürger. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen, aber Schwerpunkte sind notwendig. Das müssen wir alle verstehen. Man kann nicht alles zu jedem Preis garantieren. Man muss Prioritäten setzen. Diese sind mit den Bürgern abzusprechen. Es ist klar, dass wir uns auch in Zukunft massiv dafür einsetzen werden, damit das Gesundheitswesen in Südtirol a) funktioniert und b) dies auch in ganz Südtirol und nicht nur in einzeln ausgewählten Orten geschieht. Und dafür stehen wir und die Landesrätin ein. Wir werden diese schwierige Reform, die schon lange ansteht, gemeinsam meistern. Wie gesagt, aufgrund der demographischen Entwicklung müssen wir sie unbedingt umsetzen, damit wir dann nicht in 10 oder 20 Jahren sagen müssen: "So, und jetzt stehen wir da und haben nicht mehr die Chance, eine Gesundheitsversorgung mit einem adäquaten Qualitätsstandard aufrechtzuerhalten." Das ist unsere Ambition. Ich weiß, dass wir daran gemessen werden, aber wir werden uns bemühen, eine ehrliche Reform auf den Weg zu bringen, die diese Zielsetzung, die ich kurz angesprochen habe, auch beinhalten wird. Wir bemühen uns auch - diesbezüglich wird der Landesregierung immer etwas angekreidet, was nicht stimmt - um die jungen Ärzte. Es gibt wirklich viele Versuche, junge Ärzte anzuwerben. Aber auch da müssen wir der Ehrlichkeit halber sagen, dass es in Zukunft so sein wird, dass sich viele junge Ärzte zunächst einmal in die Welt hinaus bewegen und sich dort formen wollen. Es war ja immer schon so und jetzt noch mehr, da die Welt ein Dorf geworden ist. Aber denken wir an das Mittelalter und an die spätere Zeit! Da sind auch die Handwerker auf die Walz gegangen, da ist man weggegangen, um zu lernen, um dann, wenn man ausgelernt war, die Möglichkeit zu bekommen, wieder zurückzukommen. Das ist die Aufgabe der Politik und der wollen wir uns auch in Zukunft stellen.

Im Bereich Wirtschaft hat diese Landesregierung wesentliche Schwerpunkte gesetzt, wenn es um Tourismusmarketing, Regionalmarketing, Exportförderung, Forschung und Innovation, Infrastrukturen und darum geht, die Nahversorgung zu sichern. Ich denke, hier ist man auf einem guten Weg. Gerade im Regionalmarketing braucht es eine weitere Professionalisierung. Ich hoffe sehr, dass wir diesbezüglich schnell wieder auf der Schiene sein werden. Es hat ja Umstellungen gegeben. Wir sind auf einem guten Niveau. Es ist ganz wesentlich, dass das Marketing im Tourismus funktioniert. Wir müssen in Südtirol auch wissen, dass das nicht nur einer unserer Schwerpunkte, sondern eine unserer Chancen ist. Eines der wesentlichen Alleinstellungsmerkmale Südtirols be-

steht darin, dass wir ein Tourismusland sind, das einzigartig ist und das wir in der Welt, international, staatlich und auch regional ausspielen. Wir sind attraktiv für all diese Ebenen. Da braucht es natürlich auch Mitteleinsatz seitens der Landesregierung. Ich hoffe sehr, dass die Landesregierung hier im Bereich des Tourismusmarketings auch in Zukunft Schwerpunkte setzen wird. Wenn dieser Bereich funktioniert, dann ist das ein unglaublicher Hebel für andere Wirtschaftsbereiche. Der zweite Wirtschaftsbereich, der ein großer Hebel ist, ist die Exportwirtschaft. Da stellen wir uns oft zu sehr unter den Scheffel. Wenn wir uns die absoluten und nackten Zahlen anschauen, sind es natürlich wenige im Verhältnis zu anderen Regionen, aber wir haben Top-Betriebe. Vielleicht sind sie im Schnitt kleiner als anderswo, aber wir haben Top-Betriebe, kleine und mittelständige Unternehmen, die familiengeführt sind und auf den internationalen Märkten Furore machen. Und die Exportwirtschaft ist extrem wichtig, auch für das Bruttoinlandsprodukt und die Möglichkeit, qualifizierte Arbeitsplätze im Lande zu organisieren. Hier wird von dieser Landesregierung ein Schwerpunkt gesetzt, den ich für ganz wichtig halte, auch im Hinblick auf die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes. Das ist die Voraussetzung, damit man auch als Wohlstandsland funktionieren kann.

In den Bereichen Forschung und Innovation - das ist von meinen Vorrednern schon gesagt worden - wird viel investiert. Das ist notwendig, weil es der typische Bereich ist, bei dem man in die Köpfe investiert. Egal, ob das jetzt Betriebsunterstützungen oder Förderungen in Forschungseinrichtungen sind, es ist gut investiertes Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht sieht man nicht immer sofort die Folgen dieses Mitteleinsatzes, aber es ist gut investiertes Geld. Es ist Geld, das in Köpfe investiert wird, genauso wie im Gesundheitsbereich auch im Wirtschaftsbereich eine Politik für den ländlichen Raum zu garantieren. Da müssen wir uns bemühen, dass die Anbindung an das Breitbandnetz kurzfristig auf die Schiene gebracht wird. Das ist heute die Straße des 21sten Jahrhunderts. Im vorigen Jahrhundert, wenn die Straßen noch nicht in die Täler gebaut worden sind, hat man nicht überleben können, dann hat es Abwanderung gegeben. Heute müssen wir in diese Netze wie das Breitbandnetz investieren, damit sichergestellt wird, dass der Arbeitsplatz im Tal genauso wertvoll ist wie im Zentrum. Das heißt, dass man dort die gleichen Voraussetzungen und Möglichkeiten hat. Das sehe ich als ganz große Herausforderung in den nächsten Jahren. Weil wir nicht nur nackt an Wirtschaft denken müssen, wenn wir Wirtschaftspolitik machen, sondern auch an Solidarität und Soziales, gibt es die große Möglichkeit, auch den kleinsten und den kleinen eine Unterstützung zu gewähren. Die Nahversorgung in den Tälern ist nicht Selbstzweck für die Betriebe, die dort sind, ob das jetzt gastronomische Betriebe, Einzelhandelsbetriebe oder Dienstleistungsunternehmen sind. Nein, das ist Lebensqualität vor Ort, die wir fördern. Da hat die Landesregierung erst kürzlich einen Schritt gemacht, indem sie eine Nahversorgungsförderung auf den Weg gebracht hat, die vielleicht von der finanziellen Ausstattung nicht besonders hoch, aber ganz wichtig ist, weil sie gerade denjenigen, die es am schwierigsten haben, am Markt zurecht zu kommen, und einen Dienst am Bürger machen, weil sie im ländlichen Raum ihre Arbeit unternehmen, helfen. Das halte ich als einen Imperativ, den wir in der Wirtschaftspolitik auch in Zukunft weiterhin unterstützen müssen. Von der wirtschaftspolitischen Seite her ist in diesem Jahr die wichtigste Entscheidung getroffen worden, welche im nächsten Jahr umgesetzt werden muss. Ich spreche von der Anwendbarkeit des Vergabegesetzes und ich hoffe, dass dies so schnell wie möglich geschieht. Das ist - wenn es richtig gemacht wird - direkte Förderung für unsere familiengeführten Unternehmen, ob das nun im Bereich des Handwerks und der Industrie, aber auch im Bereich des Handels geschieht. Wenn wir die Umsetzungsmechanismen hier schnell auf den Weg bringen, können wir ganz, ganz viel für unsere Unternehmen und für unser Land sowie für unser Bruttoinlandsprodukt tun. Also, ich wünsche mir sehr, dass die Umsetzung des Vergabegesetzes sobald wie möglich auf den Weg gebracht wird. Infrastrukturprojekte sind im Gange und wesentlich für die Stabilisierung unseres Landes und für den Wohlstand in unserem Land. Der BBT und öffentliche Großinvestitionen helfen als Abfederungsmaßnahmen in wirtschaftlich schwächeren Zeiten ganz besonders und stellen insgesamt die Attraktivität und das "vorne Sein" unseres Landes sicher. Dazu gehört auch der Flughafen Bozen, bei dem ich mich allerdings weigere zu sagen, dass es ein Großprojekt ist, denn das ist es wirklich nicht. Wenn wir im Landeshaushalt sehen, wie viel Geldmittel in den Flugplatz gesteckt werden sollen, dann finde ich schon, dass man die Relationen halten sollte. Großprojekte sind andere, sind jene, in die wir Dutzende und Hunderte von Millionen Euro hineinstecken und das ist in diesem Bereich sicher nicht der Fall. Wenn Südtirol vorne bleiben will, dann muss es gerade bei den Infrastrukturen klare Ziele verfolgen.

Ich möchte nicht auf den Bereich Mobilität eingehen, da Kollege Tschurtschenthaler diesbezüglich mehr oder weniger alles gesagt hat. Wir müssen multioptional vorgehen, wir müssen in jedem Bereich vorne sein und wir können das schaffen. Deshalb erwarte ich mir, dass wir auch in Zukunft diesbezüglich attraktiv sein können.

Als Letztes sei mir noch erlaubt, auf ein paar Prioritäten, die die Landeshauptstadt betreffen, einzugehen. Es braucht dazu den Einsatz des Landes, den Einsatz des Landtages, aber vor allem auch den Einsatz der Lan-

desregierung. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Entwicklung des Bahnhofareals eine Zukunftsinvestition der Landeshauptstadt in Bezug auf die Lebensqualität ist. Die Verschiebung des Bahnhofs bringt diesbezüglich große Vorteile auch in Bezug auf die Wohnbaupolitik, bei der man erstmals seit vielen Jahrzehnten wieder in unmittelbarer Nähe der Hauptkirche des Doms investieren kann, weil wir im Zentrum der Stadt sind. Das ist eine Attraktivität und eine städteentwicklungsmäßige Geschichte, die es seit 100 Jahren nicht mehr gegeben hat. Wir sollten sie nutzen, aber da brauchen wir auch das Land. Ich bin überzeugt, dass diese große Investition auch finanzierbar ist. Da kann man auch innovative Finanzierungsmodelle andenken, um diese so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen.

Der Virgltunnel bzw. die Umfahrung des Zuges von der Landeshauptstadt ist eine entscheidende Infrastruktur, wenn wir die Lebensqualität steigern und das Bahnhofsareal realisieren wollen. Wenn der Virgltunnel und die Umfahrung von Bozen nicht geschaffen wird, kann leider auch die andere große Investition oder Infrastruktur nicht realisiert werden. Aber ich bin davon überzeugt, dass wir es gemeinsam mit der Landesregierung schaffen werden, diese wirklich langfristig nutzbare und langfristig entscheidende Investition und Infrastruktur bekommen zu können, genauso wie die zwei anderen großen Infrastrukturen, die wir in Bozen brauchen. Wir brauchen einfach die Nord-Süd-Umfahrung von Campill nach St. Jakob oder umgekehrt. Da brauchen wir eine Umfahrung, die notwendig für eine Stadt dieser Dimension mit den Zentralaufgaben ist. Es wird oft gesagt, dass es ein Vorteil ist, aber es kann auch ein Nachteil sein, wenn sich in einem Raum zuviel konzentriert. Mir wäre lieber, wenn die Zentralitäten oft weiter gefächert werden und wenn wir mehrere solche Zentralitäten hätten. Auch wenn ich in Bozen wohne, bin ich jemand, der vor allem den ländlichen Raum besonders sieht, wenn eine gute, austarierte Situation in ganz Südtirol ist und sich nicht alles auf die Landeshauptstadt konzentriert.

Ein Letztes noch! Ich möchte zwei wichtige Infrastrukturen nennen. Die eine hängt mit dem Tourismus zusammen. Das Ötzi-Museum sollte eine gute Heimat bekommen, denn derzeit ist es nicht in einer optimalen Situation. Es platzt aus allen Nähten. Hier sollte man dringend eine Lösung finden, weil das Ötzi-Museum noch viel besser verkauft werden könnte. Das ist wiederum so ein Alleinstellungsmerkmal, das wir in Südtirol und in diesem Fall in Bozen haben, das uns niemand nehmen kann. Das sollten wir bestmöglich nutzen.

Ich weiß, dass Kollege Achammer und der Landeshauptmann diesbezüglich am Arbeiten sind. Ich hoffe, dass die Thematik Aufschnaiter-Schule, die uns in Bozen besonders am Herzen liegt, endlich mit Hilfe der Landesregierung gelöst werden kann und wir diesbezüglich auch den nächsten Generationen ein angemessenes Schulgebäude zur Verfügung stellen können.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Der Landeshauptmann hat in seiner Haushaltsrede die Eigenverantwortung und die Vernetzung auf allen Ebenen als Ziel seiner Politik betont. Ich möchte hier noch einmal darauf eingehen, um gerade in der derzeitigen Situation die Bedeutung dieser Botschaft herauszustreichen. Gerade in einer Zeit der Angst, in der die Tendenz wieder in Richtung Abschottung zu gehen droht und Zäune gebaut werden, gilt es dagegegenzuhalten. Die Vernunft gebietet uns, die komplexen Probleme der heutigen Welt durch Zusammenarbeit und durch Vernetzung zu lösen, siehe auch die großen Themen, Kollege Heiss, Klimaerwärmung, Finanzkrise, Flüchtlingskrise usw. Ich finde, hier ist es unsere Pflicht, ein selbstbewusstes Zeichen gegen diese zunehmende Gefahr des Egoismus, der Abkapselung und der antisolidarischen Haltung verschiedener Regierungen und Parteien in Europa zu setzen. Gerade wir mit unserer Vergangenheit als mehrsprachiges Grenzgebiet müssen diese unbedingt notwendige Zusammenarbeit und Vernetzung propagieren. Wir haben damit sehr positive Erfahrungen gemacht, wir sind hier Vorreiter und wir sollten dies auch selbstbewusst nach außen tragen und unsere Politik danach ausrichten, gerade in Zeiten wie diesen, in denen viel die Politik der Zusammenarbeit, der Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung als nicht mehr opportun erscheint. Unsere Politik baut gerade darauf auf. Wir bauen auf die Solidarität und die Zusammenarbeit zwischen den sozialen Schichten, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen Ladinern, Italienern und Deutschen, zwischen Einheimischen und Flüchtlingen, zwischen den Gemeinden, zwischen Trient und Bozen, zwischen dem Bundesland Tirol, Trentino und Südtirol, zwischen den verschiedenen Alpenregionen und nicht zuletzt zwischen den Regionen und Staaten in Europa und in der Welt. Dieser Haushalt verkörpert diese Haltung und diese Politik und ist damit ein Zeichen für die Zukunftsfähigkeit unserer Politik und unseres Landes.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident! Der Kollege Clubobmann der Südtiroler Volkspartei hält es bei Debatten gerne mit dem Motto: "Das Beste kommt zum Schluss!" Deswegen möge er mir verzeihen, dass ich ihm heute dieses Motto sozusagen gestohlen und als Letzter das Wort ergriffen habe. Ich meinte in der Debatte, Sie, Herr Landeshauptmann, haben noch die Replik!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte zum Haushalt ist immer eine Art Einschätzung und Wertbeurteilung über die politische und wirtschaftliche Arbeit der Landesregierung und der getätigten Arbeiten des vergangenen Jahres. Nicht umsonst ist die Haushaltsrede des Landeshauptmannes auch in diesem Jahr wieder gekennzeichnet von wahren Lobeshymnen über die eigene Arbeit, über all das, was man geleistet hat, die es natürlich tunlichst vermissen lässt, darauf hinzuweisen, dass es auch Fehlentwicklungen gegeben hat, aber die primär von der Vorgabe ausgeht, vielleicht bei kleinen oder größeren Misschritten im Grunde genommen alles richtig gemacht zu haben. Fürwahr: Der diesjährige Haushalt ist mit einem Gesamtvolumen von rund 5,4 Milliarden Euro - um hier den Landeshauptmann zu zitieren - ein "historischer Haushalt". Es ist der größte Haushalt in der Geschichte dieses Südtiroler Landtages und er wird sicherlich auch im kommenden Jahr wieder viele Investitionen ermöglichen. Nur eines dürfen wir dabei nicht vergessen! Wir haben diesen Haushalt nicht deshalb, weil wir hier so gut gewirtschaftet haben, sondern weil in unserem Land gearbeitet wird, weil in unserem Land im Gegensatz zu anderen Regionen auch Steuern gezahlt werden und weil sich ein Großteil dieses Haushaltes durch erhöhte Steuereinnahmen lukriert. Und das ist in der Wirtschaftspolitik - wenn es auch um die Frage der Förderungen geht - gerade in einem Land wie Südtirol, das in der Vergangenheit manches Mal gewöhnt war, auch für diejenigen noch Fördermaßnahmen vorzusehen, die eigentlich keine Förderungen mehr bekommen, schon eine Frage, wie sich dieses Land zukünftig gestalten will, ob es sich manches Mal nicht vorteilhafter ausnehmen würde, den Menschen erst weniger aus der Tasche zu ziehen, um ihnen danach wieder mehr durch Förderungen geben zu müssen. In diesem Sinne ist der Haushalt sicherlich differenziert zu betrachten. Er ist ein Kennzeichen, ein Markenzeichen des Wohlstandes in unserem Land. Das soll nicht verhehlt werden, aber in einem Wohlstandsland muss man sich auch bewusst sein, dass Wohlstand nicht alleine eine Frage der pekuniären Liquidität, sondern wesentlich mehr ist. Wohlstand ist auch eine Frage des geistigen und kulturellen Reichtums und da gilt es sich, die Frage zu stellen, wie es um diesen geistigen und kulturellen Reichtum in unserem Land bestellt ist.

Fangen wir zunächst einmal mit der Identität an! Wenn der Landeshauptmann in seiner Rede gleich mehrere Seiten der Europaregion widmet und davon spricht - und jetzt erlaube ich mir, ihn zu zitieren - "*dass er zutiefst davon überzeugt ist, dass wieder zusammenwachsen wird, was zusammengehört*", so wäre das eigentlich angehtan, das Herz eines jeden Tirol-Patrioten kräftiger schlagen zu lassen. Nur, wie so oft im Leben, tut man gut daran, die Dinge an ihren Taten und Ergebnissen zu messen und nicht an ihren Worten oder anders ausgedrückt: Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! Diese kritische Haltung ist dabei nicht dem Umstand geschuldet, das, was bisher geleistet wurde, nicht anerkennen zu wollen, sondern vielmehr darauf hinweisen zu müssen, was bisher nicht geleistet oder - sagen wir es anders - unterlassen wurde. Es mag Absicht oder vielleicht Nachlässigkeit sein, aber dem aufmerksamen Leser - und das wurde im Zuge dieser Diskussion hier schon einmal angesprochen - wird es aufgefallen sein, dass der Landeshauptmann in seiner Rede geflissentlich das Wort "Europaregion Tirol" zu erwähnen vermeidet. Wir sprechen von einer Europaregion, von anderen Begriffen, aber dieser Begriff "Europaregion Tirol", der sich eigentlich in der Bevölkerung eingebürgert hat, wird in den letzten Jahren - und das fällt auf - tunlichst vermieden. Man spricht inzwischen von der Europaregion Tirol, Südtirol, Alto-Adige, Trentino und selbst das Logo, das man entworfen hat, ist noch so gestaltet, dass der Adler in seinen Teilen voneinander getrennt und in unterschiedlichen Farben sichtbar gemacht wird. Eine Trennung, die also bis ins Logo hinein sichtbar gemacht wird, wo nicht das Gemeinsame, sondern das Trennende im Vordergrund steht, gerade so, als ob in der Frage der Europaregion Tirol nicht Tirol der gemeinsame Nenner wäre, als ob das eine willkürliche Zusammenarbeit von Gebieten wäre, die nun einmal durch eine Grenze aneinander grenzen, aber keine gemeinsame Identität besitzen würde. Da tut es uns ganz gut, ein bisschen den Blick über den Tellerrand hinaus auf andere Europaregionen zu werfen, denn wenn wir hier immer so salopp von der Europaregion reden, dann entspricht das eigentlich wunderbar unserer Geisteshaltung, dass wir glauben der Nabel der Welt zu sein, gerade so, als ob es keine anderen Europaregionen in Europa gäbe, als ob jeder, wenn in Südtirol jemand von der Europaregion spricht, automatisch in ganz Europa damit die Europaregion Tirol meint. Nehmen wir als Beispiel die Europaregion Salzburg her, zu der ja auch das Bayrische Berchtesgadener Land gehört. Sie heißt nicht etwa "Europaregion Salzburg - Berchtesgadener Land" usw. Sie heißt einfach "Europaregion Salzburg", weil das verbindende starke Element in dieser Europaregion "Salzburg" ist. Genauso würden wir uns das auch von der Europaregion Tirol wünschen. Das soll jetzt keine Wortklauberei sein, aber ich möchte hier einmal einen Berühmteren als mich zitieren: "*Wo Worte selten sind, haben sie Gewicht.*" Wenn es um Begriffe wie "Identität" und "Tirol" geht, sind diese Worte selten. Umso mehr haben sie Gewicht, wenn sie von der politischen Regierung ausgesprochen werden.

Orientierungs- und identitätslose Worthülsen wie einfach nur "Europaregion", "Euregio", "EVTZ" oder "EU-SALP" - wie wir das jetzt gelesen haben - fördern keine Gemeinsamkeiten, keine gemeinsame Identität und kein gemeinsames Leben in dieser Europaregion Tirol. Sie sind vielmehr seelenlose Bezeichnungen einer institutio-

nellen Zusammenarbeit, aber nicht einer emotional und alltäglich gefühlten und gespürten Gemeinsamkeit. Eine jüngst veröffentlichte Studie einer Schülergruppe aus Osttirol, die in ihrer Schule eine Umfrage zur Europaregion Tirol gemacht hat, untermauert diese These. Fast niemand in dieser Schule hat bereits jemals etwas von dieser Europaregion Tirol gehört. Und das waren keine Volksschüler, sondern Oberschüler, die kurz vor der Matura standen. Das einzige, was man irgendwo von dieser Europaregion Tirol mitbekommen hat, waren diese bunten Züge, die jetzt plötzlich bis nach Lienz fahren. Das ist das Bild, das man zumindest in dieser Schule von der Europaregion Tirol hat. Und das sollte uns zum Nachdenken bewegen, ob diese schönen Sonntagsreden, mit denen wir uns bei Festlichkeiten immer wieder gegenseitig beweihräuchern, wirklich ausreichen, um diese Europaregion Tirol mit Leben zu wecken. Denn wie soll wieder zusammenwachsen, was zusammengehört, wenn die Politik immer wieder das Trennende in den Vordergrund stellt und das Zusammenwachsen durch eine Zusammenarbeit ersetzt? Selbst diese Zusammenarbeit schaut in der Realität oft nicht so aus, wie das in den schönen Sonntagsreden verlautbart wird. Ich möchte hier ein konkretes Beispiel nehmen, und zwar die direkte Zugverbindung von Lienz nach Innsbruck, eine bereits bestehende - noch bevor es EVTZ und andere Institutionen gab - Zusammenarbeit in dieser Europaregion Tirol. Wir reden davon, was wir alles in dieser Europaregion Tirol machen wollen und sollen, wie man investieren muss, damit etwas wächst, aber wir sind nicht einmal imstande, eine einfache Zugverbindung auf die Schiene zu bringen, mit der Begründung, dass das im Fahrplan sehr kompliziert einzubauen wäre, dass man da vielleicht mehr Investitionen tätigen müsste, dass man umsteigen könnte, und das müsste eigentlich reichen. Da sieht man, wie entenwollend eigentlich die konkrete Zusammenarbeit nicht in allen, aber oft in ganz banalen Bereichen in einer Europaregion Tirol ist. Und wenn Bürger in Lienz in einen Zug steigen und nicht mehr in der Lage sind, nach Innsbruck zu fahren und umsteigen müssen, dann ist das keine gelebte Gemeinsamkeit, dann ist das ein Zeichen dieser Trennung, wo man eben spürt, dass das keine direkte Verbindung und kein zusammengehörendes Land, sondern etwas ist, was dieses Land trennt.

Dass es um die Tiroler Identität der Landesregierung auch nicht immer zum Besten bestellt ist, zeigt uns das Kulturgesetz, das wir in diesem Landtag hier verabschiedet haben, in dem die Landesregierung sage und schreibe in der Lage gewesen ist, jeden Bezug zu Tirol aus diesem Landesgesetz herauszustreichen. Das Wort "Tirol" wird dort nicht einmal mehr erwähnt. Wir hatten ja versucht, in mehreren Anträgen in dieses Kulturgesetz auf die geistige und kulturelle Identität, bei der es in einem Kulturgesetz geht, hinzuweisen. Nichts, das wurde hinausgestrichen! Weil man immer so gerne auf die Autonomie verweist, Herr Kollege Landeshauptmann, habe ich mir etwas herausgesucht - ich kannte das auch nicht und ich weiß nicht, ob Sie das kennen -, und zwar ist das eine - nennen wir es - Denkschrift von einem Herrn namens Karl von Grabmayr, der ihnen bekannt sein wird. Er hat 1920 - wahrscheinlich wurde sie 1919 geschrieben - eine Denkschrift an die italienische Regierung überreicht, sozusagen einen Entwurf für ein Autonomiestatut für Südtirol, wie man sich eine Autonomie bzw. eine autonome Selbstverwaltung für dieses Gebiet vorstellt, das jetzt gegen seinen Willen zu Italien gekommen ist. Und was glauben Sie, auf was man gleich im ersten Absatz besonderen Wert gelegt hat? Das ist die Namensgebung. Darin heißt es - es ist auf Italienisch verfasst und ich möchte es zitieren -: "*La provincia che sarà istituita porterà il nome Tirolo.*" Da lag der Wert darauf, dieses "Tirol" zu unterstreichen und nicht dieses "Südtirol", wo das "T" vom "Tirol" eigentlich schon verschwindet und man dieses Tirol fast schon mit einer gewissen Verlegenheit erwähnt, weil man eigentlich mit Tirol nichts mehr zu tun hat. Es ist ganz interessant, dieses Autonomiestatut einmal durchzulesen, weil diese Dinge, die uns die Regierungspartei hier immer so schön von der Vollautonomie erzählt hat, in diesem ersten Autonomiestatut schon vorweggenommen worden sind. Dort ist eigentlich die Rede davon, dass nur die sogenannte "sovranià militara di rappresentanza all'estero" und die "sovranià giudiziaria" beim Staat verbleiben sollen. Alles andere soll ans Land übergehen. Tut mir leid, Sie haben es von 1920 bis heute nicht geschafft! Also, es ist eine lange Zeitspanne, die hier ins Feld geführt wird. Man sieht, dass sich manche Träume auch nicht verwirklichen lassen oder manches mit diesem Staat auch nicht umzusetzen sein wird. Also ist natürlich die Frage zu stellen: Inwieweit sind diese Dinge, die heute als einzig gangbarer Weg hingestellt werden, denn wirklich so gangbar, wenn man schon damals gesehen hat, dass man es von 1920 bis heute nicht geschafft hat, diese Dinge in dieser Form umzusetzen? Nicht, weil man vielleicht nicht das politische Durchsetzungsvermögen in dieser Hinsicht hatte, sondern weil das einfach mit dem italienischen Staat nicht umzusetzen war. Da sind wir schon beim Verhältnis zum italienischen Staat. Was haben wir hier nicht alles für tolle Dinge über diese Verfassungsreform gehört, die man abzulehnen gedenkt, die man überhaupt nicht im europäischen Geiste betrachtet, die im Grunde genommen ein Übel für Südtirol sein wird, der man aber brav zustimmt, weil man sich irgendeine Sonderstellung für Südtirol heraus verhandelt hat! Ich habe Ihnen das schon bei der Debatte im Landtag gesagt, Herr Landeshauptmann. Spätestens, wenn es dann um diese Volksabstimmung geht, wird auch die Südtiroler Volkspartei Farbe bekennen müssen, ob man dann für oder gegen diese Verfassungsreform ist. Dass diese Verfassungsre-

form für Südtirol nicht unbedingt den besten Segen bringen wird, trotz all dieser Dinge, die Sie herausgehandelt haben, zeigt uns ein Blick in die Haushaltsreden der vergangenen Jahre. Auch die habe ich mir einmal herausgesucht, um sie uns ein bisschen vor Augen zu führen. Es hat mir in den letzten beiden Tagen so gefallen, wie die Kollegen der Mehrheit dieser Haushaltsrede applaudiert haben und wie man alles so über den Klee gelobt hat. Nicht alle, es gab ja ein paar - nennen wir sie - Querulanten aus der westlichen Landeshälfte, die sich gewagt haben, auch ein paar Dinge zu kritisieren. Aber nichts desto weniger hat man es im Großen und Ganzen schon verstanden, diesen Haushalt zu loben. Also, schauen wir uns doch einmal an, was man von einer solchen Haushaltsrede langfristig zu halten hat und betrachten uns einmal die Haushaltsrede des Landeshauptmannes vom 3. Dezember 2011, als die Opposition hier im Landtag mehrfach davor gewarnt hat, dass die Wirtschaftskrise auch Südtirol heimholen könnte! Darin heißt es, dass diese Ängste unbegründet sind, da wir in der privilegierten Lage wären, an den anderen Ländern absehen zu können, wie sich Fehlentwicklungen in Wirtschaft und Politik auswirken, ohne dass sie unser Land betreffen. Mit derselben Euphorie hat man damals diesen Worten zuapplaudiert. Es ist aber - und das wissen wir, da uns die Zeit eingeholt hat - anders gekommen und wir gehen ja weiter. Wir müssen versuchen, unsere Autonomie auszubauen und uns unabhängiger zu machen. Unser steuerpolitischer Rahmen, auf den wir mit dem Mailänder hinspielen, ist die Steuerhoheit für Südtirol. Das ist die Vollendung und das wirklich einzige Konzept für die Zukunft: die Vollautonomie. Ich glaube, ich brauche hier niemanden zu erklären, was aus dem Mailänder Abkommen letzten Endes geworden ist. Auch da hat sich gezeigt, dass Papier in vielen Bereichen eine geduldige Sache ist.

Gehen wir ins Jahr 2012 weiter! Dort ging es dann schon um die Angriffe auf die Autonomie. Da heißt es dann: *"Der Versuch eines Aushungerns unserer Autonomie, den man landauf, landab hört, finanzielle Einschnitte, die uns die Regierung Monti abverlangt, kann ein versteckter Angriff auf die Autonomie sein."* Das sind Sie aber nicht, meine Damen und Herren, das war damals die Äußerung der Landesregierung zu den Angriffen auf die Autonomie. Das sind keine Angriffe auf die Autonomie. Dann heißt es weiter, dass es ja den Verfassungsgerichtshof geben würde: *"Noch haben wir keine Urteile vorliegen. Wir wissen ja, dass die Mühlen der Justiz in Italien nun einmal langsam mahlen. Trotzdem besteht für mich kein Zweifel, dass wir in den allermeisten Fragen vor Gericht Recht bekommen werden. Zu eklatant sind die Verstöße gegen die Verfassung, gegen das Autonomiestatut, gegen das Mailänder Abkommen, zu evident die Missachtung gegen geltendes Recht. Wir können also mit Fug und Recht davon ausgehen, dass man anerkennen wird, dass die römische Regierung vom falschen Konto abbucht bzw. unbefugt auf unser Recht zugreift und wir somit dieses Geld zurückbekommen werden."* Auch dazu gab es hier im Landtag großen Applaus. Was hat sich davon verwirklicht? Gar nichts! Das sollte uns schon einmal zu denken geben, bevor wir hier immer unreflektiert in Lobeshymnen ausbrechen, ob es manches Mal vielleicht nicht sinnvoller wäre, Dinge ein bisschen kritischer zu hinterfragen.

Und weil hier auch immer diese Lobeshymnen auf Europa gesprochen werden, möchte ich eine Pressemitteilung von gestern zitieren, die im Zusammenhang mit diesem grenzenlosen Europa in der Europaregion Tirol ausgesendet wurde. Darin heißt es plötzlich wieder: *"Grenzkontrollen am Brenner. Bei einem Treffen am Regierungskommissariat in Bozen wurde beschlossen, dass das italienische Militär Kontrollen am Brenner und in Winnebach - interessanterweise geschah dies nicht im Vinschgau, vielleicht weil dort der Bär umgeht, braucht man die Grenze nicht schützen - durchführen wird. Ab heute patrouillieren Vertreter der Alpini und des sechsten Regiments in der Nähe der Grenze. ... Die Abteilung für Notfälle, die Einheit für Sprengsätze und Sabotageakte sowie Scharfschützen sollen den Grenzraum überwachen ..."* Also im Vereinten Europa haben wir jetzt plötzlich in diesem grenzenlosen Europa, in dieser Europaregion Tirol am Brenner wieder Scharfschützen. Dass da vielleicht der eine oder andere an den Lobhuldigungen eines grenzenlosen Europas nicht mehr in dieser Form glauben wird, kann einem niemand verübeln.

Kollege Hans Heiss, weil du gestern von dieser Vernetzung und von der Sorge gesprochen hast, dass diese Vernetzung dann vielleicht auf rechter Seite kommen könnte, wenn eine Frau Le Pen und andere Gruppierungen in Europa gewinnen werden. Ja, diese Sorge muss man haben, wenn man keinen aufrichtigen Tirol-Patriotismus pflegt. Das erlaube ich mir schon zumindest für unsere Bewegung zu sagen. Wie könnten wir einen aufrichtigen Tirol-Patriotismus in Einklang mit den politischen Vertretern bringen, die am Brenner oben marschieren und den Brenner schließen wollen, die in Frankreich allein schon die Existenz von sprachlichen und kulturellen Minderheiten negieren? Dass das nicht unsere Politik ist, weißt du gut genug. Da muss man natürlich die Frage stellen und hinterfragen, ob politischer Patriotismus nicht etwas ganz anderes ist als dieser übersteigerte Nationalismus, der hier in Europa stattfindet. Es muss uns bewusst sein, dass daran auch die Gesellschaft und die Medien ein Stück weit schuld daran sind. Ich brauche nicht extra zu erwähnen, dass ich bestimmt kein Freund von einer Madame Le Pen bin. Aber wenn ich nach diesen Wahlen am Wochenende - und das ist in allen Medien so

unreflektiert wiedergegeben worden - von großen Wahlverlusten für den Front National gehört habe, dann frage ich mich doch, wer diese Journalisten sind, die so etwas verbreiten. Natürlich hat diese Partei keine Mehrheit in einer Region gewonnen. Aber Tatsache ist, dass diese Partei noch nie so viele Stimmen bekommen hat wie heute. Wie kann man also von großen Wahlverlusten reden? Im Grunde genommen wird die Bevölkerung für blöd verkauft. Heute ist dieses Zitat vom ZDF-Journalisten Peter Hahne durch die sozialen Medien gegeistert, der gesagt hat, dass sich das ganze Bewusstsein der Bevölkerung in den letzten Jahren so extrem nach links verschoben hat, dass das, was vor zehn Jahren noch als normal gegolten hat, heute als rechtsradikal abgestempelt wird. Und das ist schon in vielerlei Hinsicht eine Entwicklung, die uns zum Nachdenken anregen sollte, wenn plötzlich eine kritische Hinterfragung von sozialen und politischen Schieflagen in Europa automatisch als rechtsradikal abgestempelt wird. Wenn jeder Bürger, der sich nicht in eine Hurra-Willkommenskultur flüchtet, sofort als ausländischer Feind abgestempelt wird, wenn jeder, der sagt: Betrachten wir das Ganze einmal ein bisschen differenzierter, schauen wir uns an, wer in unser Land kommt! Können wir es hinnehmen, dass Rechtsstaatlichkeit zwar für die Staatsbürger unseres Landes gilt, aber für andere nicht gelten soll, dass plötzlich Staaten willkürlich einfach Gesetze außer Kraft setzen, dass Grenzkontrollen in dem Sinne, dass die Menschen, die nach Europa hereinkommen sollen, kontrolliert und registriert werden, nicht mehr durchgeführt werden. Wenn diese Menschen fragen, ob das die Politik so einfach hinnehmen will, ist das dann eine rechtsradikale Haltung? Oder ist das nicht das, was man eigentlich ein Verantwortungsbewusstsein nennen müsste? Auch gegenüber der eigenen Bevölkerung, denn es ist gut und wichtig, dass man großzügig ist. Es ist wichtig, gut und richtig, dass man Menschen hilft, die in einer Notsituation sind, die in unser Land kommen. Genauso ist es aber die Verantwortung der Politik, sich um die Menschen zu kümmern, die in diesem Land leben. Oft habe ich den Eindruck, dass das nicht mehr gemacht wird, dass zwar jeder willkommen ist, dass jeder geschützt werden soll, aber die eigene Bevölkerung das Ganze möglichst unreflektiert und unkommentiert hinnehmen soll. Das, meine lieben Damen und Herren, ist eine Entwicklung, die - und dessen Überzeugung bin ich - die Bevölkerung in Europa früher oder später nicht mehr mitmachen wird. Diese ganzen Entwicklungen, die es jetzt in Frankreich gegeben hat, auch andere rechte Kreise, ist doch eine Konsequenz dieser Politik, einer Politik, die auch nicht mehr versteht oder vielleicht inzwischen in einer Situation ist, in der man nicht zurück kann, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Seien wir doch einmal ehrlich! Wenn es um diese Flüchtlingsdebatte geht, hat niemand von uns eine Lösung parat, und da nehme ich mich nicht aus. Aber ich glaube, jedem von euch ist es doch schon einmal passiert, dass, wenn man die Nachrichten gesehen hat, man immer dieselben Floskeln hört. Jeder Politiker sagt: "Das ist eine Problematik, die nur auf gesamteuropäischer Ebene gelöst werden kann." Niemand sagt aber dazu, wer das dann auf gesamteuropäischer Ebene lösen soll. Das wird einfach so abgeschoben, so quasi, dass man es auf europäischer Ebene lösen muss, aber wenn es dann in Europa nicht gelöst wird, ist Europa schuld. Was ist dann die logische Folge davon? Diese Skepsis gegen dieses Friedensprojekt Europa wird noch stärker steigen, weil eben die Vertreter dieser Staaten nicht mehr in der Lage sind, diese politischen Probleme zu lösen. Nehmen wir nur als konkretes Beispiel den Vergleich zwischen der Finanzkrise in Griechenland und der Flüchtlingskrise her, auch was die mediale Berichterstattung angeht. Wie oft haben die Medien darüber berichtet, dass Nacht- und Sondersitzungen sowie diverse internationale Treffen stattfinden, um das Bankenwesen in Griechenland zu stabilisieren? Von derartigen Treffen, die regelmäßig stattfinden, um das Flüchtlingsproblem anzugehen, hat man wenig gehört. Da hat es Wochen gebraucht, bis die erste Sitzung anberaumt werden konnte, geschweige denn, dass man Lösungen findet. Jetzt redet man von einer Umverteilung in Europa, als ob das der Schlüssel zur Lösung des Problems wäre, ohne zu berücksichtigen, dass es Staaten in Europa gibt, die einfach sagen: "Wir wollen uns an dieser Umverteilung aber nicht beteiligen!" Man berücksichtigt auch nicht, dass es vielleicht Menschen gibt, die nach Europa gekommen sind, aber sich nicht umverteilen lassen wollen. Hier erlaube ich mir schon auch - das ist etwas, an dem ich persönlich hadere - zu sagen, dass die Europäische Union Gefahr läuft, daran zu scheitern. Das ist diese Doppelmoral. Auf der einen Seite verurteilt man zwar Staaten wie Ungarn, die einen Grenzzaun aufgebaut haben, was hat es dort für eine mediale Entrüstung gegeben? Auf der anderen Seite - wenn wir ehrlich sind - waren im ersten Moment die meisten Staaten froh, dass Ungarn hier einmal eine Atempause gemacht hat. Was haben die anderen Staaten jetzt gemacht? Sie ziehen nach. Ob das jetzt ein Zaun ist, das Türl mit den famosen Seitenteilen oder was auch immer, letzten Endes ist das die Entwicklung. Und ich erlaube mir, das vielleicht noch aus einer Generation heraus zu sagen, die gerade noch in diese Teilung Europas hineingeboren ist, wenn wir plötzlich miterleben müssen, wie 60, fast 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg plötzlich wieder Zäune in Europa hochgezogen werden, wo plötzlich eine Zugverbindung zwischen Österreich und Deutschland über Wochen nicht mehr funktioniert, wo plötzlich wieder Grenzkontrollen durchgeführt werden, wo man jeden Tag im Radio von Wartezeiten hört, weil wieder Grenzkontrollen durchgeführt werden, wo wir eben - wie ich vorhin zitiert habe - in der Zeitung lesen müssen, dass am

Brenner Scharfschützen positioniert werden. Dass man da zum Gedanken kommt, irgendetwas läuft schief in diesem Europa, irgendetwas läuft schief in diesem Staat bzw. in diesem Land, müsste doch nachvollziehbar sein. Das ist dann keine Schwarzmalerei, das ist auch keine Rattenfängerei! Das ist ein Auseinandersetzen mit den Problemen, die im Moment vorherrschen. Natürlich können wir das ignorieren und wegschauen. Wenn ich jetzt "wir" sage, dann meine ich uns Politiker im Raum. Aber die Menschen sehen das jeden Tag. Dann werden Menschen kommen, die das Problem einfach so lösen, indem sie sagen: "Machen wir oben am Brenner einfach auch einen Zaun, dann haben wir das Problem gelöst!" Da werden wir sicherlich auch Menschen finden, die dieser Ideologie nachrennen und darin die Lösung des Problems sehen. Dass damit aber nichts gelöst ist, sehen wir, wenn sich die Flüchtlingsströme jetzt um jeden Zaun herumverteilen. Gehen wir mal weiter! Was passiert, wenn Slowenien und Kroatien endgültig die Zäune zumachen? Wo kommen dann die Flüchtlinge? Dann kommen sie über Italien und sie werden oben am Brenner stehen. Dann haben wir das Problem mitten unter uns. Was ist dann die Lösung? Das klingt jetzt so salopp, aber das Thema ist schon zu ernst, als dass man das Ganze hier einfach nur so eben nebenher tangiert. Darüber sollten wir uns schon auch einmal Gedanken machen. Wir sind im Grunde genommen in derselben Situation wie die meisten Staaten in Europa. Wir agieren nicht mehr, sondern wir reagieren nur mehr. Wir schauen zu, wie andere Staaten irgendetwas machen, ohne selbst einen Beitrag dafür zu leisten, etwas ändern zu wollen. Diese Entwicklung - und davon bin ich überzeugt - wird langfristig nicht gut funktionieren.

Lassen Sie mich, weil sich meine Zeit dem Ende neigt, noch ein Wort zu dieser Vernetzung sagen, auf die der Landeshauptmann hingewiesen hat, und zwar auch zum Thema Flugplatz. Es wurde heute schon einiges über die Flugplatz gesagt. Wir werden noch genug Gelegenheit haben, uns bis zur Volksabstimmung darüber auszutauschen. Ich möchte hier noch einmal den Bericht des Landeshauptmannes von 2011 zitieren, weil darin die Rede davon ist, dass so quasi die Wirtschaft in Südtirol zugrunde gehen würde, wenn wir keinen Flughafen hätten. Das könnte man ja fast glauben, wenn man manchen Wirtschaftstreibenden in diesem Lande zuhört. Sie tun so, als ob von diesem Flughafen das Wohl und Gedeih unseres Landes abhängt. Damals hieß es noch: *"Nun aber das Wohl und Wehe der Erreichbarkeit zu bindend und die Totenglocken zu läuten, wenn einmal ein Verkehrsweg nicht ausgebaut wird, oder als Betrieb sofort mit Abwanderung zu drohen, nein, das wäre nun wirklich übertrieben, vor allem dann, wenn man sieht, wohin so manche Südtiroler Betriebe sich wenden, wenn sie das Land verlassen, nämlich nach Osttirol. Und Osttirol ist jetzt wahrlich kein Zentrum, kein Paradies der unbeschränkten Erreichbarkeit."* In dieser Aussage steckt doch ein bisschen Wahrheit drinnen, die wir uns vielleicht zu Gemüte führen sollten, wenn wir über den Flugplatz reden! Heute ist hier einiges über die Struktur des Flughafens gesagt worden. Nur eines - weil dieses Konzept hier so gelobt wurde - fehlt mir in diesem Konzept völlig. Kollegin Oberhofer hat vorhin auf dieses Ausstiegsszenario verwiesen. Wo ist in diesem Konzept ein Ausstiegsszenario? Da ist kein Ausstiegsszenario drinnen. In dieser Volksbefragung ist nur die Frage drinnen, ob man unter diesen Bedingungen den Flughafen weiter finanzieren soll oder nicht. Wenn das Konzept so nicht umgesetzt wird, dann wird man nicht weiter öffentliches Geld in den Flughafen stecken. Wo ist da das Ausstiegsszenario? Die Struktur des Flughafens ist ja nicht im Eigentum des Landes. Sie ist ja über Jahre vom Land finanziert worden. Was passiert dann mit dem Geld, das in den Flughafen investiert worden ist? Das wäre ein Ausstiegskonzept, festzulegen, dass, wenn wir nicht mehr investieren, dieses Geld wieder zurückkommen muss. Oder wenn ein Privater diesen Flughafen übernimmt, muss er eine Ausgleichszahlung machen. Was passiert denn mit diesem Flughafen danach? Diese Frage lässt man bewusst offen. Dieses Ausstiegsszenarium lässt man ja bewusst offen, um der Bevölkerung ein Ja aufzudrängen, um sagen zu können: "Wir wissen nicht, was danach passiert, jetzt ist schon investiert worden." Genau dieses Ausstiegsszenario fehlt in diesem Konzept. Und das ist der Vorwurf, den wir dem Landeshauptmann in dieser Frage machen.

Erlauben Sie mir nur noch eine abschließende Bemerkung zu dieser Zusammenarbeit mit Innsbruck! Natürlich wird es richtig sein, dass man in Innsbruck, auch was die Ankünfte am Flughafen anbelangt, tunlichst darauf bedacht sein wird, die Touristen sozusagen in der nördlichen Landeshälfte zu belassen. Nur ist das nicht auch ein Produkt der Politik der letzten Jahre? Ist das nicht auch ein Produkt des Auseinanderdriftens der Tiroler Landesteile? Wenn Südtirol sich darum bemüht, auf der ganzen Welt ja nicht irgendwie mit Tirol in Verbindung gebracht zu werden, wenn man überall auf der ganzen Welt in den vergangenen Jahren mit "Südtirol-Italia" geworben hat, wenn man zwar auf Dritt-, Viert- und Fünftermärkten irgendwo einen gemeinsamen Stand der Europaregion Tirol eröffnen möchte, aber sonst nicht auf touristischer Ebene zusammenarbeitet, dann ist das ein Produkt des Auseinanderdriftens der Tiroler Landesteile und kein Zusammenwachsen, wo zusammenwachsen soll, was zusammengehört, Herr Landeshauptmann!

Kurzum: Dieser Bericht des Landeshauptmannes wird sicherlich viele schöne Floskeln enthalten, aber letzten Endes wird die Frage zu stellen sein, ob er der Realität standhält.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zunächst für die interessante Debatte bei Ihnen bedanken, auch für das Lob, das ich und die Regierung geerntet haben, für den vorgelegten Vorschlag und für die Arbeit, die nicht nur von der Regierungsmehrheit geleistet worden ist. Ich danke besonders der Opposition für die Anerkennung, dass bestimmte Dinge nun funktionieren und dass wir eine Reihe von Zielen, die wir uns gesetzt haben, erreichen konnten. Ich danke auch für die konstruktive Kritik. Diese ist immer wichtig und bringt uns in der Dialektik und in der Debatte weiter. Damit werden auch Grundlagen gelegt, um wieder einen Schritt weiterzukommen und weitere Verbesserungen zu erreichen. Ich versuche jetzt nicht unbedingt in thematischer Reihenfolge - es ist also keine Prioritätsabfolge - zu antworten, sondern ganz einfach so zu einigen Punkten Stellung zu nehmen, wie ich die Notizen im Rahmen der Debatte gemacht habe. Sie haben sich sehr bemüht, sich an dieses Gentlemen's Agreement zu halten. Auch das ist in unser aller Interesse gewesen, die halbe Stunde Redezeit mehr oder weniger einzuhalten. Ich werde mich ebenso darum bemühen. Vielleicht kann es mir nach 8,5 Stunden Debatte über meinen Bericht passieren, dass ich etwas länger als 30 Minuten benötige. Aber ich werde mich sehr bemühen, mich kurz zu fassen.

Kollege Blaas, nachdem Sie sich zuerst gemeldet hatten, darf ich bei Ihnen beginnen. Sie haben wie viele anderen Kollegen auch - Kollegen Heiss, Foppa und viele andere mehr - das Thema Gesundheit angesprochen. Ich glaube, dass fast alle dazu Stellung genommen haben. Deshalb möchte ich auf dieses Thema eingehen. Sie fordern Klarheit. Das ist genau das, was wir liefern werden und was wir auch bisher geliefert haben. Sie dürfen nicht die öffentliche Debatte und das, was in den Medien geschrieben wird - weil vielleicht irgendein Weißer-Kreuz-Helfer gesagt hat, dass er befürchtet, morgen könnte irgendwo der Notarzt fehlen, und dann gibt es die große Schlagzeile -, damit verwechseln, was tatsächlich stattfindet. Wir haben einen Beschluss der Landesregierung vom Februar dieses Jahres, welcher klar festlegt, wohin die Reise gehen soll. Darin ist klar ersichtlich, warum wir diese Reform machen. Kollege Heiss, ich darf Sie daran erinnern, dass Sie vor einem Jahr hier gesagt haben, dass kein Mensch versteht, warum man jetzt glaubt, bei der Sanität Reformen machen zu müssen. Das haben Sie damals sinngemäß so gesagt. Ich glaube, dass wir das sehr wohl frühzeitig erkannt haben. Andere haben das nicht so gesehen. Wir wussten nämlich, dass wir eine Personalsituation haben und diese auch in Zukunft haben werden, die es uns nicht erlaubt, überall alles doppelt anzubieten. Wir können damit nicht die Qualitätsziele erreichen, selbst wenn wir das Personal hätten, weil die Fallzahlen nicht erreicht werden, welche heute gewisse medizinische Leistungen erfordern, damit sie in qualitätsvoller Weise erbracht werden. Deshalb gibt es dieses Konzept auf Bezirksebene: ein Krankenhaus, ein Kliniksystem, zwei Standorte, um natürlich Basisleistungen in allen sieben Krankenhäusern anzubieten. Diese Leistungen werden derzeit in den Arbeitsgruppen definiert. Was diese Standardleistungen betrifft, herrscht - das dürfte viele überraschen und vielleicht einige enttäuschen - eine doch relativ große Einigkeit unter den Primären, die am Tisch sitzen, und zwar aller Krankenhäuser. Das darf ich hier auch einmal vermelden. Es sind die Politiker, die glauben, besser definieren zu können, welches die Standardleistungen sind, aber unter den Ärzten herrscht eine relativ große Einigkeit darüber. Es geht um kleine Detailfragen, die zur Zeit noch diskutiert werden. Diese werden in allen Krankenhäusern erbracht werden. Wir müssen auch dafür noch zusätzliches Personal einstellen, denn selbst dafür haben wir heute nicht ausreichend Personal. Das ist die große Herausforderung. Und dann geht es darum, über diese Basisleistungen hinaus noch jeweils in einer arbeitsteiligen Weise Dienstleistungen anzubieten, um auch auf gesamter Bezirksebene das entsprechende Einzugsgebiet zu haben, das heißt auch die entsprechenden Fallzahlen und das spezialisierte Personal zu haben, welches mit diesen Fallzahlen arbeitet, um eine gute Auslastung der Infrastruktur, der Operationssäle usw. durch diese Arbeitsteilung und -definition "wer macht wo was?" zu erreichen. Das ist das Ziel dieses Beschlusses. In den Köpfen Südtirols muss endlich einmal dieses Denken weg, dass wir hier sieben eingeständige Gesundheitswelten haben, wo jeder für sich ein bisschen auf seinen Garten schaut und glaubt, alles selbst regeln zu können. Das ist das Problem! Gärten sind wichtig, Kollegin Foppa, aber man sollte nicht vergessen, ein bisschen über den Gartenzaun hinauszuschauen. Das machen wir zur Zeit. Ich möchte hier noch einmal wiederholen: Wir sollten diesen Arbeitstisch jetzt arbeiten lassen. Wir werden uns dann auf politischer Ebene damit auseinandersetzen, was aus dieser Arbeit hervorgeht. Am Ende wird die politische Entscheidung getroffen, und zwar innerhalb März, so wie es im Haushaltsbericht steht. Dann wird der Sanitätsbetrieb mit der Umsetzung beauftragt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf das Thema der Ärztinnen und Ärzte sowie des Pflegepersonals zu sprechen kommen. Ja, wir werben an und werben sogar ab. Wir sind von den Nachbarregionen auf das Heftigste für unsere Offensive, die wir gestartet haben, kritisiert worden, da wir Leute von anderen Regionen ab-

werben. Wir haben sogar einen Headhunter beauftragt, um für bestimmte Arztstellen, die wir ausgeschrieben haben und wo wir kein Personal finden, qualifiziertes Personal anzuwerben. Der Vorschlag in Bezug auf die Bezahlung, jetzt noch bestehende Verträge aufrecht zu erhalten, geht in diese Richtung, weil wir attraktiv für Ärzte sein wollen. Aber da ist die Diskussion plötzlich wieder eine andere, da man sagt: "Nein, das wollen wir nicht!" Auf der anderen Seite wird gefordert, dass wir uns um Ärzte bemühen sollen. Selbstverständlich braucht es Planungs- und Rechtssicherheit. Das wollen wir mit dieser Reform schaffen. Wir wollen die Möglichkeit bieten, sich in einem Kliniksystem, das größer ist, persönlich weiterentwickeln zu können. Das ist für die jungen Ärztinnen und Ärzte interessant. Wir sind im ständigen Austausch mit dem Planet Medizin der Organisation Südstern. Wir erhalten die Rückmeldungen, dass das sehr wohl interessant ist. Dann erfolgt die Rotation auf Bezirksebene. Es sträuben sich noch einige Alteingesessene dagegen, weil sie in einem anderen System aufgewachsen sind. Aber es ist nicht unsere Aufgabe, es allen Recht zu machen, die es sich in ihrem Garten gemütlich gemacht haben, sondern wir müssen ein zukunftsorientiertes Projekt auf die Beine stellen.

Kollege Blaas, noch schnell zwei Themen! Sie haben gesagt, dass der Mittelstand zu kurz kommt. Den Mittelstand fördern wir am besten, indem wir schauen, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Geld in der Brieftasche zu lassen, egal, ob sie Lohnabhängige oder Unternehmerinnen und Unternehmer sind, wobei wir über die Definition "Mittelstand" gerne streiten dürfen. Entweder sind alle Mittelstand oder keiner ist es mehr. Aber das ist genau das, was wir machen. Diese Steuererleichterungen haben wir für alle gemacht, nicht nur für die Wirtschaft. Es war übrigens interessant, mitzuerleben, wie wir auf der einen Seite zu linksliberal - übrigens danke für die Bezeichnung "linksliberal", denn es war nicht rein "links", Kollege Pöder - oder zu rechts, Kollegin Foppas, sind. Ich denke, wir befinden uns dann genau dort, wo wir hingehören, nämlich in der Mitte, weil wir eine ausgewogene Politik für unser Land machen.

Die Wirtschaftspolitik ist mehr oder weniger gelobt worden. Der Aussage, dass eine gute Wirtschaftspolitik die beste Sozialpolitik ist, möchte ich umgekehrt hinzufügen: Eine gute Sozialpolitik ist die beste Wirtschaftspolitik! Ich denke, bei der bleibe ich und zu der stehe ich. Es geht darum, dass man Menschen, die arbeiten, die Möglichkeit gibt, sicher zu sein, den Arbeitsplatz sicher zu haben, sich dort weiterbilden zu können und vor allem ein Einkommen zu erwirtschaften, dass man nicht mehr auf Transferleistungen angewiesen ist. Darum geht es! Das ist gleichzeitig eine gute Sozialpolitik, weil man dann die Transferleistungen für jene sicherstellt, die sie wirklich brauchen, die objektiv in einer Situation sind, dass man sie auch noch zusätzlich stützen muss. Und eine gute Wirtschaft erwirtschaftet auch die notwendigen Mittel, um Sozialpolitik betreiben zu können. Umgekehrt ist ein gutes soziales Umfeld der beste Boden dafür, dass wirtschaftliches Agieren überhaupt möglich ist. Das schafft soziale, aber auch effektive Sicherheit.

Kollegen Pöder, Dello Sbarba, Heiss und viele andere mehr, ich komme nun zur Autonomiepolitik! "Von der Defensive in die Offensive" war so ein bisschen das Schlagwort. Nun darf ich Sie vielleicht ein bisschen aufklären, wie sich die Situation darstellt. Zum Thema Defensive würde ich zunächst einmal die Finanzregelung zählen. Wir müssen jetzt den Einhalt gebieten und endlich Sicherheit schaffen. Dementsprechend haben wir das Ganze seinerzeit auch "Sicherheitspakt" genannt, da gebe ich Ihnen Recht. In diesem Zusammenhang haben wir gesagt, dass wir hier einen Riegel vorschieben und Sicherheit schaffen müssen. Das ist uns gelungen. Ich denke, dass der Haushaltsvoranschlag 2016 der beste Beweis dafür ist, auch die Tatsache, dass alle anderen Regionen wieder zur Kasse gebeten werden, nur wir nicht. Sie können das im staatlichen Stabilitätsgesetz kontrollieren bzw. nachschlagen. Alle anderen zahlen wieder. Das hat schon mit diesem Sicherheitspakt zu tun. Das ist dieser Sicherheitspakt. Auch die Tatsache, dass es jetzt international, also auf der bilateralen Ebene, erstmals mit Österreich abgesichert ist, gehört in diese Richtung, genauso wie auch noch das Thema, dass die reine Schutzklausel und die Verfassungsreform für uns nicht gelten würden. Das alleine wäre noch die defensive Ebene, nur zu sagen: Bitte nicht für uns, wenn wir schon feststellen mussten - ich wiederhole das -, dass Italien für sich einen Weg wählt, der Zentralismus heißt. Ich betone, dass fast alle von uns festgestellt haben, dass das nicht der richtige Weg ist, aber Italien hat diesen Weg für sich gewählt. Es fällt uns als Südtiroler schwer zu entscheiden, was der Staat Italien mit dem Latium, mit Kalabrien, mit Kampagnen oder mit der Toskana machen soll, und zu sagen: "Nein, das dürft ihr nicht! Ihr müsst ihnen mehr Kompetenzen geben, auch wenn sie selbst diese nicht einfordern." Es wäre schon ein bisschen vermessen, zu glauben, dass das unsere Position im römischen Parlament ist, dass wir ganz einfach sagen: "Moment, weil uns Südtirolern das nicht passt, dürft ihr das auch nicht mit den Marken machen!" Das ist doch ein bisschen eine sehr eigenartige Vorstellung, dass das funktionieren könnte. Aber wir haben es nicht damit belassen. Zunächst einmal gilt es für uns nicht. Dann ist diese Sicherungsklausel eindeutig offensiv formuliert, nämlich das Einvernehmen für die Überarbeitung des Autonomiestatutes. Kollege Leitner, es ist keine Wortklauberei! Wer weiß, wie viel zu Magnagos und Benediktors Zeiten über jedes einzelne Wort, das im

heutigen Autonomiestatut steht, verhandelt worden ist? Wir wissen, dass Worte in diesem Zusammenhang sehr wichtig sind. Die ursprüngliche Fassung war anpassen, die jetzige ist überarbeiten. Wir hatten damals schon politisch vereinbart, dass das geändert werden muss. Nur bis es unter Dach und Fach war, haben wir natürlich mit dem anderen Artikel arbeiten müssen. Aber es ist dann - wie mit der Regierung Renzi vereinbart - geändert worden und nun heißt es überarbeiten. Das heißt, wir müssen uns nicht unter das zentralistische Konzept geben, sondern das Autonomiestatut wird im Einvernehmen überarbeitet. Und das ist jetzt die Offensive. Das ist für uns die Chance, endlich wieder aus der Defensive herauszukommen, nach vorne zu arbeiten, den Kompetenzenkatalog sauber und neu zu schreiben. Genauso steht es übrigens im Haushaltsbericht. Ich darf es hier wiederholen. Das ist sehr wohl Offensive, um das wiederherzustellen, was in der Vergangenheit verloren gegangen ist, aber auch dazuzugewinnen. Und dazu dient die Dynamisierungsklausel, die drinnen ist. Erstmals ist es jetzt möglich, primäre Gesetzgebungsbefugnisse vom Staat ans Land zu übertragen mit einfachem Staatsgesetz. Das ist jetzt vorgesehen. Das hat es früher für Südtirol nicht gegeben. Dazu hätte es eine Verfassungsänderung gebraucht und das haben wir jetzt vorgesehen, weil wir eben sehr wohl die Umwelt dazu erhalten und unsere Autonomie ausbauen wollen. Wir glauben weiterhin an einen Weg der Autonomie, aber nicht in einer Art und Weise, sie irgendwie unter den Glaskasten zu stellen. Keineswegs, es ändern sich ständig die Rahmenbedingungen auf europäischer und auf staatlicher Ebene. Das heißt, dass wir auch ständig das Erfordernis haben, unsere Autonomie weiterzuentwickeln, nicht an irgendjemanden anzupassen, der etwas macht, was uns nicht gefällt, sondern sie weiterzuentwickeln. Das ist der Weg, den wir haben. Es ist uns auch gelungen, diesen Weg gemeinsam mit Österreich zu vereinbaren, denn es wird auch klarerweise so sein: Damit der internationale Schutz drauf bleibt - und hier, Kollege Leitner, darf ich Sie noch einmal ansprechen -, können wir in diesem Fall das Paket aufschnüren. Es ist klar, dass es wieder die ausdrückliche Bezugnahme auf den Pariser Vertrag braucht, und zwar bei allem, was wir hier machen. Sonst gibt es mit Sicherheit keine Zustimmung zu irgendeiner Änderung. Das ist der Schutz und daran haben wir sehr wohl gedacht. Das ist mit dem österreichischen Bundespräsidenten und dem österreichischen Bundeskanzler sowie mit dem Außenministerium so abgesprochen und vereinbart worden. Deshalb gibt es hier eine klare Strategie, und zwar eine Offensivstrategie, wie wir unsere Autonomie weiterentwickeln. Hinzu kommt aber natürlich die europäische Perspektive. Das ist wiederum Thema des Konvents. Ich habe es nicht für notwendig gehalten, hier auch den Konvent und die ganze Vision Südtirol noch einmal im Haushaltsbericht für das Jahr 2016 auszubreiten. Bitte, Kollegen, ich darf darauf verweisen, dass wir als Regierung das machen, was wir angekündigt haben. Ich habe das Wahlprogramm der Südtiroler Volkspartei seinerzeit mitgenommen. Vorher gab es noch meine persönliche Südtiroltour. Das ist in dieses Wahlprogramm eingeflossen, wo ganz klar - bitte, das ist auch im Internet veröffentlicht - die europäische Vision und die Brückenfunktion Südtirols geschildert wird, dieses Landes, das mehrsprachig ist und eine starke Verwurzelung in der Tiroler Kultur und Tradition hat, sich aber hin nach Europa öffnet. All das ist hier aufgezeichnet. Das ist die Vision eines starken Landes, das die Autonomie weiter ausbaut, auf dem europäischen Weg unabhängiger wird, sich weiterentwickelt und eine Vernetzung vorsieht. Übrigens sind auch die anderen Dinge enthalten, unter anderem der Flughafen. Wer noch kein solches Exemplar hat, dem möchte ich gerne eines austeilen. Hier steht drinnen: *"Die zivile Nutzung des Flughafens Bozen ist wichtig für die Erreichbarkeit Südtirols. Eine solche Infrastruktur fördert direkt und indirekt die Wirtschaft und die kulturelle Entwicklung Südtirols. Der Flugverkehr bringt aber auch Nachteile, wie die Belastung der Anrainer mit sich. Daher bedarf es für die Weiterentwicklung des Flughafens eines klaren langfristigen Konzeptes, das mit allen Vor- und Nachteilen transparent und nachvollziehbar in einer breiten Diskussion mit der Öffentlichkeit besprochen wird. Unser Ziel ist es, dass die gesamte Südtiroler Bevölkerung von dieser Infrastruktur einen Nutzen ziehen kann."* 2013, sehr geehrte Damen und Herren! Wir tun das, was wir versprochen haben und Sie können das überall nachlesen. Es geht in allen Bereichen weiter, wenn es heißt: *"Flughafen: f) Förderungen. Südtirol hat sich im Laufe der Jahre ein umfangreiches gleichzeitiges, aber auch kompliziertes Förderwesen aufgebaut, welches heute nicht nur einen ungemeinen bürokratischen Aufwand mit sich bringt, sondern für den Einzelnen vielfach unübersichtlich geworden ist. Daher müssen diverse Förderungen neu überwacht, vereinfacht angestrebt und zugleich Entlastungsspielräume genutzt werden. Steuerliche Entlastungen: Stichwort Querverweis."* Sie können das ganze Programm durchlesen. Ich darf mit Freude sagen, dass wir den allergrößten Teil bereits erledigt haben. Das ist die Vision für Südtirol und das ist das, was wir liefern. Das Ganze hat dann in das Koalitionsabkommen der Landesregierung Eingang gefunden. Auch hier können Sie die Vision für Südtirol nachlesen, sehr geehrte Damen und Herren. Auch das ist klar aufgeschrieben. Es geht um dieses Land, welches in Europa vernetzt ist. Auch das Thema der Vernetzung war damals schon drinnen, insbesondere - Sie können sich vielleicht daran erinnern - mit Wien, Brüssel und Rom, was ich immer gesagt habe. Und ich glaube, das ist das, was ich auch ganz persönlich

liefere. Deshalb darf ich hier schon mit einer gewissen Genugtuung feststellen, dass wir das machen, was wir versprochen haben.

Weiter aber zum Thema Autonomiepolitik, Kollege Pöder! Zur Offensive gehört auch das Memorandum mit Renzi neben der Dynamisierungsklausel, übrigens auch im Memorandum vorgesehen und umgesetzt und jetzt im Verfassungsgesetzentwurf drinnen als Verfassungsgesetz, weil es im Memorandum drinnen stand, das wir in Bozen vereinbart haben. Auch die Durchführungsbestimmung Jagd ist inzwischen mit einem positiven Gutachten auf den Weg gebracht und wird demnächst verabschiedet. Dasselbe betrifft das Stifiser Joch, das Gerichtspersonal, die Zweisprachigkeit vor Gericht, die Erfolge mit der Schulreform, bei der wir neue Zuständigkeiten im Bereich der sogenannten "Buona scuola" erhalten haben, das Vergabegesetz, wo wir erstmals in einem Delegierungsgesetz den Verweis auf unsere Zuständigkeit haben, die Autobahn A22, die wir in dieses Memorandum geschrieben haben. Wir werden diesen Prozess noch in diesem Jahr, vielleicht zu Beginn des nächsten Jahres abschließen. Ich verweise noch auf vieles andere mehr, der neue Vertrag mit der RAI usw. Das ist Ausbau der Autonomie Schritt für Schritt. Ja, ich zähle auch die A22 zum Ausbau der Autonomie. Kollege Dello Sbarba, beim Thema Energie - danke für die Komplimente zumindest im Sinne von "intelligent gehandelt" - haben Sie wörtlich auf einen "super Wirtschaftslandesrat" verwiesen. Ich denke, es wäre schade, wenn Südtirol diesen verlieren würde. Deshalb habe ich schon vor, dieses Amt noch auszuüben. Aber keine Sorge, es kommt sicher zu keiner Schieflage. Das beweist allein der Haushalt: 57 Prozent des Gesamtvolumens stehen für Gesundheit, Bildung und Soziales zur Verfügung, soviel wie noch nie! Und auch bei den Entlastungen denken wir in besonderer Weise an die Bürgerinnen und Bürger.

Kollege Heiss hat das Thema Umwelt angesprochen. Ich habe das auch in den Medien gehört. Dieses Thema ist ebenso wie das Thema Flüchtlinge in meinem Vortrag sehr wohl vorgekommen. Ich habe zum Text zusätzlich noch einige Dinge gesagt, wo das sehr wohl deutlich angesprochen ist. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Energieeffizienz wurde als zentrales Thema genannt. Als oberstes Ziel gilt, Synergien nicht zu verbrauchen. Noch bevor wir sagen, dass wir umweltfreundlich produzieren, sollten wir zunächst so wenig wie möglich verbrauchen. Das ist ein zentrales Thema meines Berichtes, welches Sie auch nachlesen können. Das steht so drinnen. Ich habe mich sehr darüber gewundert, was ich im Radio gehört habe. Das können Sie nachlesen. Es ist ein zentrales Thema, auch wegen der Perspektive Klimaland, wegen des Klimaschutzes. All das steht so drinnen und Sie können es gerne nachlesen. Daran werden wir auch weiterhin arbeiten. Das steht auch in dem Zusammenhang drinnen, wo Südtirol genau in diesem Bereich die Leadership in der europäischen Makrostrategie Alpen übernommen hat. Wir haben inzwischen den Beschluss auf Brüsseler Ebene. Wir werden Leader der 48 Regionen im Bereich Energieeffizienz sein, genauso wie die Europaregion Tirol. Nein, man lernt nicht dazu, Kollege Knoll, ich bitte Sie schon korrekt zu sein. Sie waren selbst bei der Sitzung anwesend. Im Text steht die derzeit amtlich geltende Bezeichnung. Es gehört auch zum Amt eines Landeshauptmannes, der eine Institution vertritt, nicht seine politischen Vorlieben so oder so irgendwie herzunehmen, sondern die amtlich geltende Bezeichnung zu verwenden. Sie waren aber selbst in der Sitzung des EVTZ - und auch das ist die amtliche Bezeichnung - anwesend, wo Sie diesen Punkt aufgeworfen haben und ich mich auch dafür ausgesprochen habe. Diesbezüglich hat es den entsprechenden Beschluss noch nicht gegeben. Deshalb bitte ich Sie, korrekt zu sein. Die Europaregion wird für die Mobilität zuständig sein. Wir werden hier gerade im Bereich Umwelt entsprechend aufzeigen, dass wir Vorreiter sein wollen. Das gehört übrigens auch zur Vision des Landes Südtirol, dass wir gerade in diesen Bereichen, wo wir Kernkompetenzen haben, Vorreiter sein wollen. Zur Vision gehört aber auch der kulturelle Bereich. All das ist in den Dokumenten nachlesbar. Dieses mehrsprachige Land, dieses Aufeinandertreffen der Kulturen, dieses Zusammenwirken der Kulturen, aus welchen sich ein Mehrwert ergibt, auch in Zusammenhang mit der traditionellen Volkskultur mit dem Regionalen, mit dem Authentischen, mit dem Bewussten und dem Blick nach außen, ist die Vision für unser Land. Ich denke, dass sehr viele Bürgerinnen und Bürger gerne an diesem Projekt mitarbeiten.

Kollege Urzi hat mehrmals das Thema der Stadt Bozen angesprochen. Ich stelle fest, dass, wenn wir eine handlungsfähige Stadtregierung haben werden, sicher sehr vieles möglich sein wird. Ich stelle fest, dass wir zur Zeit mit der kommissarischen Verwaltung einige Dinge sehr unbürokratisch auf den Weg bringen können. Deshalb geht es vor allem darum, dass die Stadt endlich in die Lage versetzt wird, ein Partner auf Augenhöhe zu sein, denn an der Landesregierung soll es nicht liegen. Das Problem ist, dass es bisher nicht möglich war, mit der Stadt Dinge, die vereinbart waren, auch umzusetzen. Mit diesen sehr schwierigen Mehrheitsverhältnissen in Bozen hat es große Umsetzungsschwierigkeiten gegeben. In diesem Zusammenhang kommt eine gewisse Verantwortung auf uns zu, wenn wir vielleicht in einigen Wochen im Regionalrat darüber reden werden, wie ein neues Wahlgesetz ausschauen soll, damit man Bozen in diese Lage versetzt. Ich appelliere hier wirklich an alle, die persönlichen

und parteilichen Interessen etwas hintanzustellen und mitzuwirken, dass Bozen künftig handlungsfähig wird. Dann wird vieles gelingen. Wir werden jetzt wahrscheinlich mit der kommissarischen Verwaltung das Thema der thermischen Restmüllverwertungsanlage eh schon ordentlich hinbringen. Landesrat Theiner hat seinen Vorschlag in den Medien bereits bekannt gegeben. Es dürfte somit bekannt sein. Genauso werden wir am Bibliothekszentrum rasch weiterarbeiten. Wir haben das Projekt inzwischen inhaltlich verbessert, damit es wirklich ein Begegnungszentrum und ein Medienzentrum für das ganze Land mit einer Strahlkraft über das Land hinaus sein wird. Wir werden auch über die Querfinanzierung durch die A22 das Thema der Umfahrung angehen können, um nur einige zu nennen.

Die Toponomastik, Kollege Zimmerhofer, haben wir nicht vergessen. Dieses Thema wird uns beschäftigen. Wir werden nämlich noch einmal über das Landesgesetz diskutieren müssen, weil es eine Anfechtung vor dem Verfassungsgerichtshof gab. Es gibt aber inzwischen auch eine Vereinbarung, die von meinem Vorgänger Luis Durnwalder und Graziano Delrio unterzeichnet wurde. Damit ist die Voraussetzung gegeben, das Landesgesetz noch einmal nachzubessern, ganz im Sinne einer nicht historischen - das wird nicht möglich sein -, aber pragmatischen Lösung auch im Sinne der Verwendung der originären Namen, im Besondern im Bereich der Flurnamen, tatsächlich wirksam umzusetzen. Damit werden wir uns hier gemeinsam zu befassen haben.

Die Durchführungsbestimmung wird erlassen werden, zeitgleich nahezu mit dem Landesgesetz. Man will das parallel machen, um genau aufzuzeigen, wie das Ganze interpretiert wird. So ist das politisch vereinbart und auch sinnvoll. Es geht ja nicht darum, dass der eine den anderen über den Tisch zieht, sondern dass man einerseits wirklich eine zeitgemäße Lösung findet, die letztlich der Tradition und Kultur unseres Landes Rechnung trägt, und andererseits auch der Tatsache Rechnung trägt, dass inzwischen viele Jahre vergangen sind und viele Bezeichnungen als Teil einer Heimat aufgefasst werden. Aber ich bin davon überzeugt, dass wir hier eine moderne Lösung gemeinsam mit allen drei Sprachgruppen im Lande herbeiführen werden können.

Kollege Schiefer, wir werden das Unterland nicht mit einem unterirdischen Tunnel zwangsbeglücken. Das ist nicht die Absicht der Landesverwaltung, sondern es liegt am Unterland, zu erkennen, dass das die beste Lösung ist. Wenn man anderer Auffassung ist oder zu einer anderen Auffassung gelangt, dann wird die Landesregierung dem Rechnung tragen. Das möchte ich an dieser Stelle klar betonen. Es geht nicht um eine weitere Belastung für das Unterland, sondern es geht genau um das Gegenteil, nämlich um ein Angebot, das Unterland zu entlasten. Es liegt nun am Unterland, dieses Angebot anzunehmen.

Kollegin Foppa, ich habe mich in Ihren Ausführungen zum Teil recht gut amüsiert, im Sinne von "gut unterhalten", also nicht negativ gemeint. Mit Verlaub, es war doch ein bisschen Küchenpsychologie bei diesem Bild des kleinen Kindes, das heranwächst. Aber ich denke, die Vision ist jetzt hinlänglich dargelegt, auch angesichts der Tatsache, dass ich noch zwei Minuten Redezeit oder vielleicht eine Kleinigkeit mehr an Redezeit habe, wenn ich mich ungefähr an das halte, was vereinbart wurde.

Kollegin Hochgruber Kuenzer hat sich ja zum Teil über die Gesundheit geäußert. Dazu habe ich schon einiges gesagt. Das Marketing findet statt und das habe ich auch angesprochen. Es wird gezielt angeworben und Leute werden gezielt kontaktiert. Wir bemühen uns, die Arbeitsplätze gezielt und attraktiv gerade für junge Ärzte zu gestalten. In diesem Zusammenhang sind auch die Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu nennen. Wir wollen Mittel dafür bereitstellen, aber es stößt nicht immer auf große Gegenliebe bei den Gewerkschaften, dass wir das gerade für junge Ärzte attraktiver machen wollen. Aber das liegt vielleicht in der Natur der Dinge, wenn man weiß, wer von den Gewerkschaften vertreten wird. Das sind nicht diejenigen, die noch kommen sollten, sondern diejenigen, die schon hier sind.

Ich komme zum Thema Landwirtschaft. Kollege Noggler ist jetzt nicht da, Entschuldigung, da hinten sitzt er, also nicht an seinem angestammten Platz. Kollege Noggler, Sie müssen den Haushalt schon richtig lesen. Kollege Schuler wird dann noch die Gelegenheit bei anderen Anlässen haben, dies im Detail darzulegen. Früher war auch die Kofinanzierung der EU-Projekte im Landwirtschaftskapitel drinnen. Diese steht jetzt irgendwo anders. Da müssen Sie - wenn Sie vergleichen - es entweder früher abzählen oder jetzt dazuzählen. Das sind viele Millionen Euro. Dann schaut der Vergleich schon anders aus und dann fügen Sie noch 17 Millionen Euro dazu, die wir im laufenden Jahr und im nächsten Jahr wieder zusätzlich ins Landwirtschaftskapitel geben. Dann werden Sie sehen, dass es mehr Geld als in der letzten Legislaturperiode ist. Das ist Mathematik, das ist keine Meinung.

Ich möchte Kollegin Stirner danken, dass Sie die Rolle der Medien noch einmal thematisiert hat. Natürlich ist auch unser eigenes Auftreten immer wieder zu hinterfragen. Auch das hat mit Glaubwürdigkeit der Politik zu tun. So ehrlich müssen wir schon sein. Aber es ist natürlich schon an die Verantwortung aller, die für das Bilden der öffentlichen Meinung verantwortlich sind, nicht nur zu appellieren, sondern anzumahnen, denn wir tun unserer Gesellschaft nichts Gutes, wenn wir politisches Handeln und Politik insgesamt sowie die Institutionen dauerhaft beschädigen. Das nützt am Ende niemanden und sollte mehr Menschen bewusst werden oder bewusst gemacht

werden. Ich möchte an den Landtag appellieren, hier gemeinsam den Mut aufzubringen und gemeinsam Initiativen zu setzen, um das deutlich zu machen.

Das LKW-Nachtfahrverbot, Kollegin Stirner - weil die Frage gestellt worden ist -, liegt außerhalb unseres Zuständigkeitsbereiches. Ich darf aber einen Erfolg vermelden. Im Vertrag, den wir unterzeichnen werden - so A22 -, steht erstmals drinnen und erstmals auch für ganz Italien - in Italien gab es noch nie so eine Regelung -, dass sonst keine Tarifierhöhungen gemacht werden dürfen, nur jene, die dazu dienen, den Schwerverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Hierzu darf eine gezielte Tarifpolitik gemacht werden. Glauben Sie mir, es war kein Leichtes, den römischen Ministerien klar zu machen, dass Südtirol diesen Weg gehen will. Das ist ein Novum in der italienischen Verkehrspolitik. Als Land Südtirol gehen wir hier wieder einmal einen anderen Weg.

Die Kollegin Oberhofer hat heute ein klares Statement in Bezug auf die Erreichbarkeit und in Bezug auf die Bedeutung des Flughafens abgegeben. Es ist ganz klar, dass wir noch viel debattieren werden, mit der Möglichkeit, Vor- und Nachteile für alle Seiten aufzuzeigen. Ich hoffe aber, dass es am Ende nicht eine reine Bauchentscheidung bei der Bevölkerung wird, sondern eine Entscheidung anhand der dargelegten Argumente sowie der einen und der anderen sein wird. Dann bin ich persönlich relativ zuversichtlich, was jetzt meine Überzeugung angeht. Aber ich kann mich ja irren.

Ich darf mich abschließend - ich habe meine Redezeit eh schon überschritten - noch einmal für die Debatte bedanken, auch für das, was im Laufe - wir sind ja mehr oder weniger am Abschluss eines Jahres - dieser zwei Tage, hoffentlich nicht Nächten, mit diesem Haushaltsvoranschlag gemeinsam auf den Weg gebracht wird. Ich darf abschließend aber noch auf einen Punkt eingehen. Ich beziehe mich auf die Kritik an der Überforderung des Landtages insgesamt durch die Vorgangsweise, dass so viele Artikel und so viele Abänderungsanträge, über die wir uns jetzt unterhalten werden müssen, im letzten Moment eingegangen sind. Ich muss eingestehen, dass wir absolut unzufrieden damit sind, denn auch für uns und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war das eine enorme Belastung. Ich darf an dieser Stelle betonen, dass sie in den letzten Wochenenden - also nicht nur das letzte Wochenende - der letzten Monate jeden Samstag und jeden Sonntag durchgearbeitet haben. Es hat immer wieder Änderungen gegeben, auch weil sich bis zuletzt in Rom noch alles Mögliche getan hat. Das ist eine Umstellung, die wirklich von großer Bedeutung ist. Das hat alles verzögert. Auch dem Rat der Gemeinden haben wir viele Dinge erst im letzten Moment zugeschickt. Auch sie mussten sich beeilen. Also, es gilt für alle Beteiligten. Ich werbe hier für etwas Verständnis, in dem Sinne, dass es sicher nicht beabsichtigt war. Wir wissen auch, dass hier noch Luft nach oben besteht. Nächstes Jahr haben wir die Ausrede nicht, dass es ein neues System ist. Nächstes Jahr ist es das bestehende System und da müssen wir früher dran sein und sie auch entsprechend früher in die Lage versetzen. Wir sehen es auch an der Geschäftsordnung. Wir müssen uns momentan irgendwie händisch durchangeln, um das Ganze bei diesem ersten Mal ordentlich durchzubringen. Auch die Geschäftsordnung wird - nehme ich an - entsprechend angepasst werden müssen. Das obliegt dann Ihnen. Wir haben hier eine völlig neue Regelung, mit der wir zurechtkommen müssen. Deswegen ersuche ich dann anschließend um ein gemeinsames konstruktives Arbeiten. An uns soll es nicht liegen. Ich bedanke mich noch einmal für die Mitarbeit!

PRÄSIDENT: Die gemeinsame Generaldebatte zu den Landesgesetzentwürfen Nr. 61/15, Nr. 62/15 und 63/15 ist abgeschlossen. Wir kommen nun zu den 11 Tagesordnungen. Zwei davon sind noch in Übersetzung und werden anschließend verteilt. Der Einbringer darf jeweils zehn Minuten sprechen, dann pro Fraktion einer jeweils 5 Minuten, außer durch die Einbringerfraktion, falls dort mehrere Mitglieder sind, die Landesregierung fünf Minuten. Es gibt keine Replik. Wie gesagt, bei Annahme der Tagesordnung entfällt die Diskussion.

Abgeordneter Steger, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

STEGER (SVP): Ich ersuche um eine Unterbrechung der Sitzung, damit wir diese Tagesordnungen innerhalb der Mehrheit kurz anschauen können.

PRÄSIDENT: Gerne. Wie lange brauchen Sie dafür?

STEGER (SVP): Eine Viertelstunde bitte!

PRÄSIDENT: Ich gebe dem Antrag statt. Wir können auch für 25 Minuten unterbrechen. Abgeordneter Knoll, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Es handelt sich jetzt um Tagesordnungen zum Landesgesetzentwurf Nr. 61/15. Nachdem wir hier die Gesetze in vereinheitlichter Debatte behandelt haben, frage ich mich, ob die anderen Tagesordnungen getrennt oder alle gemeinsam behandelt werden.

PRÄSIDENT: Sie werden getrennt behandelt. Also zuerst werden die 11 Tagesordnungen zum Landesgesetzentwurf Nr. 61/15 behandelt. Danach kommt es zur Abstimmung vom Übergang von der General- zur Artikeldebatte. Es folgt die Artikeldebatte und danach die Schlussabstimmung zum jeweiligen Gesetz. In der Folge werden die Tagesordnungen zu den Gesetzentwürfen 62/15 und 63/15 behandelt, sowie die Gesetzesentwürfe selbst. Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 17.09 UHR

ORE 17.34 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir beginnen mit der Behandlung der Tagesordnungen. Wie gesagt, der Einbringer hat jeweils zehn Minuten Redezeit. Fünf Minuten gibt es pro Fraktion und fünf Minuten für die Regierung. Es gibt keine Replik. Bei Annahme einer Tagesordnung entfällt die Diskussion.

Tagesordnung Nr. 1 vom 15.12.2015, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend betriebliche Gesundheitsförderung.

Ordine del giorno n. 1 del 15/12/2015 , presentato dal consigliere Köllensperger, concernente promozione della salute a livello aziendale.

Betriebliche Gesundheitsförderung

Unser Arbeitsplatz, auf dem wir einen nicht unerheblichen Teil unserer Lebenszeit verbringen, übt einen starken Einfluss auf unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden aus. Unsere Arbeit kann uns beruflich fördern und unsere persönliche Entwicklung vorantreiben, uns aber auch krank machen, wenn man etwa nicht ausreichend qualifiziert und daher überfordert ist, unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen arbeiten muss oder von den eigenen Kollegen nicht unterstützt wird.

Eine betriebliche Gesundheitsförderung sieht Maßnahmen vor, die die Gesundheit der Beschäftigten verbessert. Diese sind zum Beispiel die generelle Ausrichtung eines Unternehmens, welches ihre Arbeitnehmer als Erfolgsfaktor sieht und nicht nur auf ihre Kosten reduziert, Mitarbeiterbeteiligung, eine Balance zwischen Arbeitsanforderungen und eigener Entwicklungsfähigkeit, aktive Gesundheitsförderungsziele in der Personalpolitik, integrierter Gesundheitsschutz. Entscheidende Faktoren für ein gesundes Leben sind vor allem Bewegung, Ernährung und Gelegenheit zur Entspannung. Betriebliche Gesundheitsprogramme machen sich durch niederen Turnover beim Personal, einer hohen Zufriedenheit der MitarbeiterInnen und einer steigenden Produktivität bemerkbar - es ist statistisch belegt durch zahlreiche Studien dass diese Investitionen durchwegs einen positiven Return of investment (ROI) aufweisen. Das macht sie auch volkswirtschaftlich interessant. Die betriebliche Gesundheitsförderung ist überdies ein wichtiges Instrument, um die Gesundheit der Bevölkerung aufrecht zu erhalten und geht somit über den betrieblichen Rahmen hinaus.

Aus diesem Grund sollten Leistungen des Arbeitgebers zur Verbesserung des Gesundheitszustandes seiner Mitarbeiter so weit möglich von der Besteuerung freigestellt bzw. von der Öffentlichen Hand unterstützt werden.

Aus diesen Gründen

fordert

der Südtiroler Landtag

*die Landesregierung auf,
im Rahmen der Zuständigkeiten des Landes konkrete Maßnahmen und Richtlinien zu definieren, um jene Betriebe finanziell zu begünstigen, die Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung ergreifen.*

Promozione della salute a livello aziendale

Il posto di lavoro, dove trascorriamo una parte non indifferente della nostra vita, influisce notevolmente sulla nostra salute e sul nostro benessere. Il lavoro può contribuire alla nostra crescita professionale e personale, ma può anche farci ammalare se non si ha una formazione adeguata e di conseguenza si è sotto stress, se si deve lavorare in condizioni che nuociono alla salute o se non si viene sostenuti dai propri colleghi.

Una politica aziendale che ha a cuore la salute dei dipendenti prevede misure specifiche in tal senso, tra cui un'impostazione che vede nei propri collaboratori l'elemento chiave del successo dell'azienda e non li riduce soltanto a mere voci di costo, la partecipazione dei dipendenti, un equilibrio tra esigenze lavorative e capacità individuale di sviluppo, una politica del personale che persegue attivamente obiettivi di promozione della salute, la tutela della salute integrata. Fattori determinanti ai fini di una vita sana sono soprattutto il movimento, l'alimentazione e la possibilità di rilassarsi. I programmi di tutela della salute a livello aziendale contribuiscono a ridurre il ricambio di personale, ad aumentare la soddisfazione dei collaboratori e delle collaboratrici e a incrementare la produttività. È statisticamente dimostrato che investire in tal senso ha un ritorno ai fini del rendimento degli investimenti (ROI). Ecco perché sono misure interessanti in termini economici. La promozione della salute a livello aziendale è inoltre un importante strumento per prevenire malattie nella popolazione, motivo per cui non è limitata all'ambito aziendale.

Per queste ragioni le prestazioni del datore di lavoro volte a migliorare lo stato di salute dei propri dipendenti dovrebbero essere per quanto possibile esentasse ovvero sostenute dalla mano pubblica.

Per questi motivi,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

invita

la Giunta provinciale

a definire nell'ambito delle competenze della Provincia misure concrete e direttive, al fine di sostenere finanziariamente le aziende che adottano misure di promozione della salute a livello aziendale.

Abgeordneter Köllensperger, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): *"Betriebliche Gesundheitsförderung - Unser Arbeitsplatz, auf dem wir einen nicht unerheblichen Teil unserer Lebenszeit verbringen, übt einen starken Einfluss auf unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden aus. Unsere Arbeit kann uns beruflich fördern und unsere persönliche Entwicklung vorantreiben, uns aber auch krank machen, wenn man etwa nicht ausreichend qualifiziert und daher überfordert ist, unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen arbeiten muss oder von den eigenen Kollegen gemobbt wird.*

Eine betriebliche Gesundheitsförderung sieht Maßnahmen vor, die die Gesundheit der Beschäftigten verbessert. Diese sind zum Beispiel die generelle Ausrichtung eines Unternehmens, die auf ihre Arbeitnehmer als Erfolgsfaktoren eingeht und nicht nur als Kostenfaktoren sieht, die Mitarbeiterbeteiligung, eine Balance zwischen Arbeitsanforderungen und eigener Entwicklungsfähigkeit, aktive Gesundheitsförderungsziele in der Personalpolitik, integrierter Gesundheitsschutz. Entscheidende Faktoren für ein gesundes Leben sind vor allem Bewegung, Ernährung und Gelegenheit zur Entspannung. Betriebliche Gesundheitsprogramme machen sich durch niederen Turnover beim Personal, einer hohen Zufriedenheit der MitarbeiterInnen und einer steigenden Produktivität bemerkbar - es ist statistisch belegt durch zahlreiche Studien, dass diese Investitionen durchwegs einen positiven Return of investment (ROI) aufweisen. Dies macht sie auch volkswirtschaftlich interessant. Die betriebliche Gesundheitsförderung ist überdies ein wichtiges Instrument, um die Gesundheit der Bevölkerung aufrecht zu erhalten und geht somit über den betrieblichen Rahmen hinaus.

Aus diesem Grunde sollten Leistungen des Arbeitgebers zur Verbesserung des Gesundheitszustandes seiner Mitarbeiter so weit möglich von der Besteuerung freigestellt bzw. von der Öffentlichen Hand unterstützt werden.

Aus diesen Gründen

fordert

der Südtiroler Landtag

die Landesregierung auf,

im Rahmen der Zuständigkeiten des Landes konkrete Maßnahmen und Richtlinien zu definieren, um jene Betriebe finanziell zu begünstigen, die Maßnahmen zu dieser betrieblichen Gesundheitsförderung ergreifen."
Danke schön.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Ich sehe das als eine sehr sinnvolle Maßnahme, weil es hier ja auch um Prävention und Gesundheitsvorsorge geht - um es einmal so zu sagen - gerade am Arbeitsplatz, wo auch durchaus chronische Krankheiten entstehen können. Wenn hier Prävention betrieben wird, wird die öffentliche Hand schließlich und endlich entlastet. Ich denke, dass es absolut sinnvoll ist, wenn im Rahmen der Zuständigkeiten des Landes ganz konkrete Maßnahmen in diesem Zusammenhang unterstützt werden. Wenn sich Betriebe darum bemühen, entsprechende Maßnahmen zur Prävention am Arbeitsplatz zu treffen, wo man darauf achtet, dass bestimmte Entwicklungen beeinflusst werden, damit Angestellte und Leute im Betrieb nicht krank werden, damit sie bestimmten Entwicklungen nicht ausgesetzt sind, dann halte ich es für richtig, dass die öffentliche Hand auch hergeht und sagt: "Das belohnen wir, denn ihr entlastet ja im Prinzip indirekt über diese Präventionsschiene die öffentliche Hand, weil Krankheitsentwicklungen vermieden werden."

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident! Das ist ein interessanter Vorschlag des Kollegen Köllensperger. Ich würde ihn nur gerne bitten, dass er uns vielleicht kurz zu verstehen gibt, welche Dinge er damit genau meint. Was versteht man unter der Gesundheitsförderung? Sie kennen vielleicht diese japanischen Berichte, bei denen die Mitarbeiter dann zu allen möglichen morgendlichen Turnübungen angehalten werden. Was ich damit sagen will, ist, dass es nicht zu einer Art Alibifunktion wird. Wenn ein Betrieb dann beispielsweise eine verringerte Unternehmenssteuer - um es jetzt einmal überspitzt zu sagen - erhält, sollte das Unternehmen nicht die freie Auswahl haben, irgendwelche Maßnahmen zu setzen, die jetzt gar die Gesundheitsreform an sich nicht einmal fördern. Der Betrieb könnte ja auch Gutscheine für ein Fitnessstudio ausstellen. Aber wenn die Leute dann gar nicht hingehen, hat er pro forma zwar seine Arbeit geleistet, um irgendeinen Beitrag für die Gesundheit der Menschen zu leisten, aber effektiv wäre es in seinem Betrieb vielleicht notwendiger, den Asbest zu entfernen oder eine besser Entlüftungsanlage einzubauen. Das hat er dann nicht gemacht. Deswegen frage ich hier, ob das damit gemeint ist, weil hier nicht klar hervorgeht, ob mit diesen Maßnahmen Bewegung gemeint ist, ob der Arbeitsplatz nach umwelttechnischen Maßnahmen gestaltet werden soll, Möbel, die nicht ausdampfen usw. Also, was ist damit konkret gemeint? Ich verstehe noch nicht ganz genau, was hier gemeint ist.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Ich möchte dem Kollegen Knoll antworten. Es handelt sich hier um Maßnahmen, die mit dem Gesundheitsbetrieb definiert werden sollen. Nur, wenn sie auch effektiv für die Gesundheit der Angestellten einen Vorteil bieten, sollten sie begünstigt und entsprechend gefördert werden. Ich glaube, es braucht keine Absprache mit dem Gesundheitsbetrieb, um sie effektiv als gesundheitsfördernde Maßnahmen definieren zu können. Ich denke bei diesen Maßnahmen vor allem an Bewegung, Entspannungen und Erholungsphasen und nicht so sehr an das Inventar.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Ich hatte vorhin übersehen, dass wir schon fast am Ende waren. Aber ich möchte unsere Zustimmung zu diesem Antrag auf jeden Fall ankündigen, auch in dieser allgemeinen Form, in der er vorgelegt wurde, damit Offenheit verbleiben kann, wie das umgesetzt werden könnte. Wir alle leiden unter unseren sitzenden Berufen. Gerade deshalb ist es wichtig, wenn hier eine Gesundheitsförderung und eine Aktivierung vielleicht auch in vielerlei Hinsicht möglich gemacht würde. Es sollte auf jeden Fall im Sinne der öffentlichen Hand, im Sinne der öffentlichen Verwaltung und auch im Sinne des Regierungsprogramms der Landesregierung sein, mit der wir all das mit unseren begrenzten geistigen Möglichkeiten nachstudieren werden. Es ist sicher auch im Sinne der Landesregierung. Unsererseits werden wir diesen Vorschlag auf jeden Fall unterstützen. Vollste Zustimmung!

PRÄSIDENT: Ich möchte bitten, sich immer vorzumerken, sonst weiß ich nicht, wer reden möchte. Landesrätin Stocker, bitte.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Nachdem ich vorhin schon gestanden bin, dachte ich, dass das noch nachwirkend wäre. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kollege Köllensperger! Es ist sicher richtig, was Sie in dieser Tagesordnung im einleitenden Text schreiben, sprich, dass auch die Unternehmen größtes Interesse daran haben, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese betriebliche Gesundheitsförderung anzubieten.

Kollege Sven Knoll hat sicherlich Recht, wenn er darauf hinweist, dass hier keine wirklich genaue Präzisierung vorgenommen worden ist. Soweit ich mich jetzt erinnere - und das sollte deshalb auch etwas genauer vertieft werden -, ist es so, dass eine relativ genau definierte betriebliche Gesundheitsförderung steuerlich abgesetzt werden kann. Das ist als Erstes genauer anzuschauen und genauer zu überprüfen. Als Zweites müsste man prüfen, welche Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden können. In dieser hier vorliegenden Fassung, bei der einerseits ganz allgemein und andererseits ganz klar definiert ist, dass wir jene Betriebe finanziell begünstigen sollen, die Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung ergreifen, glaube ich, dass wir eine Abklärung machen sollten, welche Betriebe wofür bereits entsprechende Förderungen bekommen haben, dadurch, dass sie steuerlich begünstigt sind. Es wäre uns wichtig, dies auch abzuklären.

Ich hätte noch einen wichtigen Hinweis. Wir haben im Rahmen der Diskussion um die Gesundheitsreform immer wieder einen ganz wichtigen Bereich unterstrichen, der eine zusätzliche Wichtigkeit bekommen soll, nämlich der Bereich der Prävention. Ich denke, es sollte noch genauer abgeklärt werden, was dort hineinfällt und wie wir in diesem Zusammenhang eine Förderung gewähren könnten. Somit bleibt möglicherweise ein Restbestand für das, was Sie hier ansprechen. Deshalb können wir die Tagesordnung in dieser Form nicht genehmigen, werden aber das Ganze noch einmal genauer prüfen.

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung über die Tagesordnung Nr. 1: mit 14 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die eben verteilte Tagesordnung Nr. 11, "Smart Südtirol", eingebracht von der Abgeordneten Mair, fälschlicherweise als Tagesordnung zum Gesetzentwurf Nr. 61/15 eingefügt wurde, sich jedoch auf den Gesetzentwurf 62/15 bezieht.

Tagesordnung Nr. 2 vom 15.12.2015, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend Teil-Krankenstand.

Ordine del giorno n. 2 del 15/12/2015, presentato dal consigliere Köllensperger, concernente congedo parziale per malattia.

Teil-Krankenstand

Derzeit gilt beim Krankenstand das „Alles-oder-Nichts-Prinzip“, d. h. ein Arbeitnehmer ist entweder zu 100 % arbeitsunfähig oder zu 100 % arbeitsfähig. Das Instrument einer „teilweisen Arbeits(un)fähigkeit“ gibt es in Südtirol und auf nationaler Ebene noch nicht, da die stufenweise Wiedereingliederung eines kranken und teilweise arbeitsfähigen Arbeitnehmers bzw. die Möglichkeit einer anfangs reduzierten Arbeitsleistung gesetzlich nicht vorgesehen ist. Vor allem nach langen Krankheitsphasen ist die Rückkehr an den Arbeitsplatz für die Betroffenen oft schwierig, da es nur selten möglich ist, in kurzer Zeit wieder von null auf hundert Prozent Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz zurückzugewinnen. Wer hingegen stundenweise in Kontakt mit seiner Arbeit und den Kollegen ist, bleibt nicht nur inhaltlich, sondern auch strukturell eingebunden.

Die Praxis des Teil Krankenstandes gibt es bereits in einigen skandinavischen Ländern. In Schweden beispielsweise gibt es Teilkrankenschreibungen seit 1990, später wurde diese Möglichkeit auch in Dänemark, Norwegen und Finnland eingeführt. Es hat sich gezeigt, dass Teilkrankenschreibungen den Wiedereinstieg erleichtern. Laut einer Studie des Finnish Institute of Occupational Health aus dem Jahr 2008 sind in Schweden etwa schon im Jahr 2006 36 Prozent der Krankschreibungen Teilkrankenschreibungen (39 Prozent Frauen, 32 Prozent Männer) und bis heute ist der Anteil relativ konstant geblieben. In Norwegen hatte der Anteil zwischen 2002 und 2006 von 12 auf 18 Prozent zugenommen.

Die Vorteile, die sich aus dieser Möglichkeit ergeben, sind zahlreich: durch raschere Wiedereingliederung in den Betrieb entfallen Krankenstände bzw. Krankheitstage, Krankenstandmissbrauch kann verringert werden, Personalkosten können gesenkt werden, Angestellte bleiben inhaltlich und strukturell miteingebunden, und vor allem bleibt das Know-how wertvoller Mitarbeiter, die nicht mehr voll arbeitsfähig sind, erhalten.

Wichtig ist, dass es sich dabei um eine freiwillige Entscheidung des Arbeitnehmers handeln muss. Eine Teilkrankenschreibung darf nur infolge eines Gesprächs zwischen Arzt und Patient erfolgen, auf das der Arbeitgeber keinen Einfluss hat.

Wer akut krank ist, eine ansteckende Infektion oder andere Krankheitsbilder aufweist die auch von einer teilweisen Arbeit abraten, aber auch wer sich noch nicht dazu bereit fühlt, muss bzw. darf nicht arbeiten. Es sollte dabei auch jeder Fall individuell vom Arzt begutachtet werden. Der Arbeitgeber sollte anschließend zustimmen können, wenn ein Arbeitnehmer übergangsweise in Teilzeit in den Job zurückkehren möchte.

Aus diesen Gründen

fordert
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung auf,

1. die Einführung des Teil-Krankenstandes im Sinne der Prämisse zu überprüfen und für die öffentlichen Bediensteten in Erwägung zu ziehen;
2. bei italienischem Parlament und Regierung zu intervenieren, damit der Teil-Krankenstand auch auf staatlicher Ebene vorgesehen wird.

Congedo parziale per malattia

Attualmente alle assenze per malattia si applica il principio del "tutto o niente", vale a dire che un dipendente è al 100% in grado o non in grado di lavorare. In Alto Adige e a livello nazionale manca ancora lo strumento della parziale non abilità al lavoro: la legge non prevede il graduale rientro di un dipendente malato ma parzialmente in grado di lavorare, né la possibilità di prestazioni lavorative inizialmente ridotte. Soprattutto dopo lunghi periodi di malattia il rientro è spesso difficile, perché solo in rari casi si è in grado di riacquistare immediatamente le piene capacità lavorative. Chi invece in alcune ore resta in contatto col proprio lavoro e con i colleghi, tiene il passo non solo riguardo ai contenuti ma anche strutturalmente.

Il congedo parziale per malattia è già realtà in alcuni Paesi scandinavi: p.es. in Svezia esiste dal 1990, e più tardi è stato introdotto anche in Danimarca, Norvegia e Finlandia. L'esperienza ha dimostrato che i congedi parziali per malattia facilitano il reinserimento. Secondo uno studio del 2008 del Finnish Institute of Occupational Health, in Svezia già nel 2006 il 36% dei congedi per malattia erano congedi parziali (39% donne, 32% uomini), e finora questa percentuale è rimasta relativamente costante. In Norvegia fra il 2002 e il 2006 la percentuale è salita dal 12 al 18%.

Questa formula ha numerosi vantaggi: il veloce reinserimento nell'azienda evita congedi o giorni di assenza per malattia; si possono ridurre gli abusi e il costo del personale; i dipendenti restano in contatto con l'azienda sia riguardo ai contenuti sia strutturalmente, e soprattutto restano nell'azienda le conoscenze e capacità di preziosi collaboratori non più in grado di lavorare al 100%.

In ogni caso deve trattarsi di una libera decisione del dipendente. Un congedo parziale per malattia può avvenire solo in seguito a un colloquio fra medico e paziente, sul quale il datore di lavoro non ha alcun influsso.

Non devono ovvero non possono lavorare i malati in fase acuta, chi ha un'infezione contagiosa o altre malattie per cui è sconsigliato anche il lavoro parziale, ma anche chi non si sente ancora pronto a fare questo passo. In ogni caso la scelta dovrebbe essere valutata individualmente dal medico. Inoltre il datore di lavoro dovrebbe poter dare la sua approvazione a un rientro temporaneamente a tempo parziale al lavoro da parte di un dipendente.

Per questi motivi,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
invita

la Giunta provinciale

1. a prendere in considerazione l'istituzione del congedo parziale per malattia per i dipendenti pubblici, come descritto nelle premesse;
2. a intervenire presso Parlamento e Governo affinché il congedo parziale per malattia sia previsto anche a livello statale.

Abgeordneter Köllensperger, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Ich mache gleich weiter mit der Gesundheit und den Betrieben. "Derzeit gilt beim Krankenstand das "Alles-oder-Nichts-Prinzip", das

heißt ein Arbeitnehmer ist entweder zu 100 Prozent arbeitsunfähig oder zu 100 Prozent arbeitsfähig. Das Instrument einer "teilweisen Arbeits(un)fähigkeit" gibt es in Südtirol und auf nationaler Ebene noch nicht, da die stufenweise Wiedereingliederung eines kranken und teilweise arbeitsfähigen Arbeitnehmers bzw. die Möglichkeit einer anfangs reduzierten Arbeitsleistung gesetzlich nicht vorgesehen ist. Vor allem nach langen Krankheitsphasen ist die Rückkehr an den Arbeitsplatz für die Betroffenen oft schwierig, da es nur selten möglich ist, in kurzer Zeit wieder von null auf hundert Prozent Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz zurückzugewinnen. Wer hingegen stundenweise in Kontakt mit seiner Arbeit und den Kollegen ist, ist nicht nur inhaltlich, sondern auch strukturell eingebunden.

Die Praxis des Teil Krankenstandes gibt es bereits in einigen skandinavischen Ländern. In Schweden beispielsweise gibt es Teilkrankenschreibungen seit 1990, später wurde diese Möglichkeit auch in Dänemark, Norwegen und Finnland eingeführt. Es hat sich gezeigt, dass Teilkrankenschreibungen den Wiedereinstieg in der Tat erleichtern. Laut einer Studie des Finnish Institute of Occupational Health aus dem Jahr 2008 sind in Schweden etwa schon im Jahr 2006 36 Prozent der Krankschreibungen Teilkrankenschreibungen (39 Prozent Frauen, 32 Prozent Männer) und bis heute ist der Anteil relativ konstant geblieben. In Norwegen hatte der Anteil zwischen 2002 und 2006 von 12 auf 18 Prozent zugenommen.

Die Vorteile, die sich aus dieser Möglichkeit ergeben, sind zahlreich: Durch raschere Wiedereingliederung in den Betrieb entfallen Krankenstände bzw. Krankheitstage, Krankenstandmissbrauch kann verringert werden, Personalkosten können gesenkt werden, Angestellte bleiben inhaltlich und strukturell miteingebunden, und vor allem bleibt das Know-how wertvoller Mitarbeiter, die nicht mehr voll arbeitsfähig sind, erhalten.

Wichtig ist, dass es sich dabei um eine freiwillige Entscheidung des Arbeitnehmers handeln muss. Eine Teilkrankenschreibung darf nur infolge eines Gesprächs zwischen Arzt und Patient erfolgen, auf das der Arbeitgeber keinen Einfluss hat.

Wer akut krank ist, eine ansteckende Infektion oder andere Krankheitsbilder aufweist, die auch von einer teilweisen Arbeit abraten, aber auch wer sich noch nicht dazu bereit fühlt, muss bzw. darf nicht arbeiten. Es sollte dabei auch jeder Fall individuell vom Arzt begutachtet werden. Der Arbeitgeber sollte anschließend zustimmen können, wenn ein Arbeitnehmer übergangsweise in Teilzeit in den Job zurückkehren möchte.

Aus diesen Gründen

fordert
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung auf,

1. die Einführung des Teil-Krankenstandes im Sinne der Prämisse zu überprüfen und für die öffentlichen Bediensteten in Erwägung zu ziehen; - wo wir ja Zuständigkeiten haben -
2. bei italienischem Parlament und Regierung zu intervenieren, - um dort das Gespräch anzuregen - damit der Teil-Krankenstand auch auf staatlicher Ebene vorgesehen wird." Danke schön.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident! Dies ist ein sehr interessanter Vorschlag. Die Kollegen, die bereits in der letzten Legislaturperiode hier waren, erinnern sich vielleicht noch daran, dass wir über dieses Thema bei der damaligen Gesundheitsreform diskutiert haben. Es ging nicht nur um den Krankenstand allein, sondern auch um die Handhabung der Krankschreibungen. Vielleicht könnte mir Kollegin Martha Stocker einen Moment ihre Aufmerksamkeit schenken, weil ich eine Frage an Sie hätte. Teilzeit-Aufmerksamkeit! Nein, es geht hier um die Methoden zur Krankschreibung. Etwas, was der Kollege Köllensperger richtig sagt, ist der Krankenstand als solcher. Ich hatte in der letzten Legislaturperiode das Beispiel gebracht, bei dem eine Person nach einem Herzinfarkt eine hundertprozentige Krankschreibung hatte. Der Betroffene hatte vom Arzt die Auflage erhalten, sich zu bewegen, aber durch diese Krankschreibung mit den ganzen Folgemaßnahmen musste er ständig daheim sein, außer in dieser kurzen Zeitspanne dazwischen. Deswegen wäre meine Frage gerade an das anlehend, was man tun könnte, um gerade solchen Patienten, für die körperliche Bewegung usw. auch außerhalb der vorgesehenen Therapien, entgegenzukommen. Könnte man die Handhabung der Krankschreibungen so gestalten, dass jemand nicht effektiv an Zuhause gebunden ist? Diese Person hätte ja nicht irgendwo hingehen wollen, um sich zu amüsieren, sondern derjenige hat ja vom Arzt die Anweisung bekommen, sich zu bewegen. Er konnte das aber kaum machen, weil er ständig daheim sein musste. Hier wäre meine konkrete Frage an Sie, ob es Möglichkeiten gibt, das etwas großzügiger zu handhaben.

Ansonsten stimmen wir diesem Tagesordnungsantrag zu, vor allem weil mir jener Punkt sinnvoll erscheint, der besagt, dass es gerade für jene Menschen nach einer Krankheit oft sehr schwierig ist, wieder voll in einen Betrieb einzusteigen. Das kann zu Belastungen führen und hat sehr oft auch mit Versagensängsten zu tun, gerade

bei älteren Arbeitnehmern, die oft eh schon ein bisschen Sorge haben, ob sie sich langfristig in einem Betrieb halten können. Wenn sie dann vielleicht noch Pech haben, durch eine Krankheit über eine längere Zeit auszufallen und nicht mehr voll im Betrieb drinnen zu sein, dann fällt es vielen Personen schwer, sozusagen von Null auf Hundert wieder einzusteigen. Ich glaube, dass ein solcher Teilzeit-Einstieg in die Arbeit diesen Wiedereintritt erleichtern würde. Deswegen stimmen wir dieser Tagesordnung zu!

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Ich betrachte das auch als sehr sinnvoll, denn die Hundert-Prozent-Regelung ohne Teilzeit-Möglichkeit geht davon aus, dass jeder beim kleinsten Wehwehchen zu Hundert Prozent krank geschrieben sein will, um Zuhause bleiben zu können. Aber das Gegenteil ist in vielen Fällen der Fall. Es gibt sehr viele Menschen, die aufgrund von Krankheit, Unfällen, Operationen usw. längere Zeit krank geschrieben sind und sehr gerne, wenn sie könnten, wieder teilweise im Betrieb arbeiten würden. Sie würden also einen bestimmten Teil Zuhause verbringen und teilweise arbeiten. Ich denke, dass diese Möglichkeit absolut geschaffen werden soll, soweit sie in irgendeiner Form gesetzlich möglich ist. Solche Möglichkeiten müssen natürlich immer im Gesetzesweg geändert werden. Ob wir das können oder nicht, ist eine zweite Frage. Das ist im Moment irrelevant. Aber wir sollten auf jeden Fall diese Möglichkeit in Betracht ziehen und sagen, dass diese Teilzeit-Arbeit auch im Krankenstand möglich sein soll. Es müssen natürlich eine Reihe von Aspekten berücksichtigt werden, unter anderem auch die Zahlungen. Das ist ganz klar. All das ist lösbar. Es handelt sich um bürokratische Entscheidungen, die zu treffen sind. Grundsätzlich ein Ja zu diesem Antrag!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident! Ich bin hier skeptisch - muss ich ehrlich sagen - und zwar aus zwei Gründen. Im vorletzten Absatz der Prämissen heißt es: *"Wichtig ist, dass es sich dabei um eine freiwillige Entscheidung des Arbeitnehmers handeln muss. Eine Teilkrankschreibung darf nur infolge eines Gesprächs zwischen Arzt und Patient erfolgen, auf das der Arbeitgeber keinen Einfluss hat."* Es ist ein Angestelltenverhältnis. Der Arbeitgeber kann nicht feststellen, ob der Angestellte krank oder wieder gesund ist. Der Arbeitgeber hat sicherlich ein Interesse daran, dass der Angestellte eine Leistung bringt. Der Wiedereinstieg in mehreren Schritten, also nicht zu hundert Prozent, klingt sehr gut, aber ich bin gegen Punkt 1. Wir schaffen hier wieder eine Ungerechtigkeit, denn es würde nur für die öffentlichen Bediensteten gelten, nicht aber für die Privaten. Wir sollten eigentlich alles tun, um diese Auseinanderdividierung zwischen öffentlichen und privaten Angestellten nicht noch weiter zu treiben. Das würde eine weitere Kluft öffnen und eine Ungerechtigkeit schaffen, denn die einen dürfen und die anderen dürfen nicht. Aus diesem Grund bin ich gegen den beschließenden Teil.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Voteremo a favore di questo ordine del giorno però con qualche precisazione. La prima era quello che diceva adesso il collega Leitner. Poi se davvero riuscissimo a fare un provvedimento del genere intanto riguarderebbe solo dipendenti pubblici, ma restringere a priori solo ai dipendenti pubblici questa cosa, ci sembra un boomerang.

Il secondo dubbio che avanziamo è questo. Il congedo per malattia è un diritto per la lavoratrice e per il lavoratore, e a volte è anche "sano" che se uno è malato sia malato, senza far entrare il lavoro anche nel periodo di malattia. È molto importante che questo diritto resti un diritto disponibile al lavoratore e alla lavoratrice, cioè che sia la persona che lavora che decide se tornare o meno. Non può essere un dovere verso l'azienda o un'imposizione da parte dell'azienda. Questo lo dico perché nel mercato del lavoro oggi c'è una fortissima pressione sulle persone che lavorano perché la logica aziendale gli entri anche nella vita personale e gli eroda i diritti fondamentali.

Visto che nell'ordine del giorno è chiarito che questa è una libera scelta della persona che lavora che non può essere imposta, può essere condivisibile, anche se con questa grossa cautela che riguarda i diritti del lavoro.

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Le osservazioni hanno la necessità di essere raccolte, ma credo si dovrebbe formalizzarle, altrimenti rimaniamo con un'enunciazione di principio e poi il documento rimane sospeso. Credo che laddove esista una disponibilità di fondo da parte della Giunta provinciale di recepire l'ordine del giorno si debba verificare con il proponente una formulazione che risolva i dubbi che eventualmente rimangono sospesi.

Detto questo, intervengo sullo spirito del documento e sulla volontà che non può che essere condivisa, anzi mi pare molto innovativo, il collega dirà che è innovativo solo per noi che non abbiamo pratica con le esperienze che ci derivano da realtà pure prossime come quelle che vengono citate nel documento, però molto innovativo nel nostro ambiente, anche nella nostra rigidità di approcci culturali prima che organizzativi, che incide profondamente. Credo che la restrizione di tutto questo al pubblico debba essere un passaggio preliminare importante ma

credo che si debba cogliere il pretesto di queste riflessioni per fare un ragionamento di più ampio raggio riguardo i diritti del lavoro e dei lavoratori conciliandoli però anche con le esigenze del mondo produttivo, perché non vorrei che poi i pesi si sbilanciassero, e questo sarebbe ingiusto. Il documento va a equilibrare situazioni paradossali dove il riconoscimento di un diritto oggettivo del lavoratore viene a pesare sull'economia del luogo in cui lavori, sia che esso sia privato che pubblico.

Ribadisco il mio approccio positivo al documento, voterò convintamente con la premessa che ho fatto in principio, quindi con la necessità di verificare se esistono delle perplessità di fronte ad una approvazione da parte della Giunta provinciale di risolverle in un testo che poi sia intellegibile e non presti il fianco ad interpretazioni successive.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Köllensperger, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Ich wollte zum Fortgang der Arbeiten noch eine Klärung, weil es laut Geschäftsordnung nicht ganz klar ist. Bei Tagesordnungen kann der Einbringer zehn Minuten sprechen. Kann er auch zweimal das Wort ergreifen, bis er seine gesamte Zeit verbraucht hat oder ist das nicht möglich? Es ist klar, dass es keine Replik gibt.

PRÄSIDENT: Grundsätzlich ist es nicht vorgesehen, dass man zweimal spricht. Wir haben es bis jetzt so gehandhabt, dass, wenn die Regierung noch nicht repliziert hat, es zugelassen wird. Bitte, Sie haben das Wort.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Dann bedanke ich mich. Ich wollte hier nur präzisieren - sollte das nicht ganz klar sein -, dass ich mich nicht nur auf die öffentlichen Bediensteten, sondern auf alle Bediensteten beziehe. Ich habe die zwei Punkte getrennt angeführt, weil das Land die Zuständigkeit für das eigene Personal und die eigene Organisation hat, nicht aber am italienischen Arbeitsrecht schrauben kann. Der zweite Punkt wäre eher ein Begehrensantrag, dass man dieses Thema dann in Rom vorbringt. Er wäre bitte in diesem Sinne zu verstehen und nicht, dass ich hier zwischen öffentlichen und privaten Bediensteten differenzieren will. Die Idee sollte generell für alle Arbeitnehmer gelten.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass dieser Tagesordnungspunkt durchaus interessante Aspekte aufweist. Allerdings muss man auch darauf hinweisen, dass er zwischendurch etwas irreführend erscheint, und zwar ist im einleitenden Text die Rede von der teilweisen Arbeitsunfähigkeit. Ich denke, das ist relativ einfach definierbar und ist möglicherweise auch über einen längeren Zeitraum gegeben. Es kann durchaus organisatorisch an einem Arbeitsplatz sehr vernünftig geregelt werden, wie es im Übrigen auch im öffentlichen Dienst der Fall ist. Wenn jemand eine längere eingeschränkte Arbeitsfähigkeit hatte, kann eine Ausgleichsmaßnahme in dem Sinne getroffen werden, dass eine zusätzliche Arbeitskraft für diese Position oder für diese Stelle vorgesehen wird. Das wäre die eine Geschichte.

Ich habe den Antrag aber so verstanden, dass wir zum Teil auf jeden Fall von etwas anderem reden. Sie denken möglicherweise an einen Teil-Krankenstand zum Beispiel, wenn jemand ein Bein gebrochen hat oder was auch immer. Derjenige müsste eigentlich krankgeschrieben werden, möchte aber trotzdem gerne arbeiten. Dann sollten wir so etwas wie einen Teil-Krankenstand vorsehen, wie ich es aus dem Text entnommen habe. Jetzt kann das positiv und vielleicht auch weniger positiv gesehen werden. Würde das wirklich als eine rechtliche Möglichkeit eingeführt werden, dann haben wir einerseits diejenigen, die eine Freude haben, wenn sie einen Teil-Krankenstand machen können, weil es vielleicht auch ganz angenehm ist, einen Teil Zuhause zu bleiben und den anderen Teil bei der Arbeit zu verrichten. Auf der anderen Seite kann es natürlich auch als Druck gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgenützt werden, so etwas auch bevorzugt zu wollen, was vielleicht nicht unbedingt immer im Sinne der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers ist. Von daher scheint es mir doch eine bedenkenswerte Maßnahme zu sein. Ich würde den Einbringer ersuchen, diesen Tagesordnungspunkt zurückzuziehen und das Ganze noch einmal etwas genauer anzuschauen. Wir könnten das eventuell auch gemeinsam tun. Ich habe auch verstanden, dass durchaus beides gemeint war, also der öffentliche Dienst und der private Bereich. Der Unterschied besteht darin, dass wir beim öffentlichen Dienst etwas tun können, nicht aber beim Privaten. Allerdings glaube ich, dass wir auch im öffentlichen Dienst etwas Schwierigkeiten hätten, weil ich nicht weiß, ob wir die Definition, was ein Teil-Krankenstand ist, tatsächlich in unserer Gesetzgebung festlegen könnten. Dies bezweifle ich. Auch von dem her würde ich ersuchen, diese Tagesordnung noch einmal zu überdenken, um dann vielleicht etwas Gemeinsames vorzulegen.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Zum Fortgang der Arbeiten! Ich nehme dieses Angebot an. Ich ziehe den Antrag zurück und werde ihn gegebenenfalls noch einmal als Beschlussantrag einbringen.

PRÄSIDENT: Wir fahren morgen mit der Behandlung der Tagesordnungen fort.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Danke die Sitzung ist geschlossen.

Ore 18.02 Uhr

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

BIZZO (20)

DELLO SBARBA (49)

FOPPA (3, 45)

HOCHGRUBER KUENZER (6)

KNOLL (31, 43, 45, 48)

KÖLLENSPERGER (1, 44, 45, 47, 50, 51)

KOMPATSCHER (19, 37)

LEITNER (12, 20, 49)

NOGGLER (8)

OBERHOFER (23)

PÖDER (45, 49)

RENZLER (17)

STEGER (27, 42)

STIRNER (21)

STOCKER M. (45, 50)

TSCHURTSCHENTHALER (25)

URZÌ (49)